



## **LANDTAGSWAHLPROGRAMM 2009**

**FÜR HESSEN:  
ÖKOLOGISCH.  
SOZIAL.  
KOMPETENT.**

beschlossen von der Landesmitgliederversammlung  
in Fulda am 29. November 2008

## **Inhalt**

<b>Präambel.....</b>	<b>1</b>
<b>Moderne Umweltpolitik made in Hessen.....</b>	<b>5</b>
<b>Beste Startchancen ins Leben für Kinder in Hessen.....</b>	<b>16</b>
<b>Ein neuer Aufbruch für Hessens Schulen.....</b>	<b>20</b>
<b>Wissenschaft. Bessere Qualität. Für mehr Studierende. In autonomen Hochschulen.....</b>	<b>31</b>
<b>Grüne Wirtschaftspolitik: Hessen zurück an die Spitze.....</b>	<b>36</b>
<b>Kultur und Medien: Kreativität wecken. Zusammenarbeit fördern. Vielfalt stärken.....</b>	<b>45</b>
<b>Selbstbestimmt und sozial – gegen Armut und Ausgrenzung.....</b>	<b>48</b>
<b>Zusammenleben in Hessen stärken .....</b>	<b>55</b>
<b>Grüne Frauenpolitik – selbstverständlich, selbstbewusst, sachorientiert .....</b>	<b>59</b>
<b>Hessen wagt mehr Demokratie und Bürgerrechte.....</b>	<b>62</b>
<b>Solide Finanzpolitik für Hessen.....</b>	<b>68</b>

Liebe Bürgerin,  
lieber Bürger,

vor einem Jahr haben wir schon einmal um Ihre Unterstützung für unsere inhaltlichen Ziele gebeten. Ein Ergebnis der Landtagswahl am 27. Januar 2008 war, dass eine Mehrheit in Hessen eine andere Politik als die der absoluten CDU-Mehrheit wollte. Ein weiteres Ergebnis war, dass die Mehrheit der Hessinnen und Hessen nicht mehr von einem Ministerpräsidenten Roland Koch regiert werden wollte. Angesichts des Einzugs der Linkspartei kam es jedoch zu einem Fünf-Parteien-System, in dem keine der klassischen Koalitionen (rot-grün bzw. schwarz-gelb) eine Mehrheit hatte.

Wir GRÜNE haben uns in dieser schwierigen Situation stets an unseren Inhalten ausgerichtet. Deshalb haben wir von Beginn an Gespräche mit allen anderen im Landtag vertretenen Parteien geführt, um trotz der komplizierten Lage eine Regierungsbildung zu ermöglichen. Dabei war unsere bis heute und ist unsere auch in Zukunft vertretene Maxime stets: **„Auf die Inhalte kommt es an.“**

Die Vorfestlegungen der anderen Parteien und die Suche nach inhaltlichen Schnittmengen haben gezeigt, dass wir unsere politischen Ziele am besten durch die Bildung einer rot-GRÜNEN Landesregierung mit Unterstützung der Linkspartei werden verwirklichen können. Nach dem Scheitern des ersten Anlaufs an der fehlenden Geschlossenheit der SPD und der sich daraus ergebenden geschäftsführenden CDU-Landesregierung hat sich gezeigt, dass der Politikwechsel ohne einen Regierungswechsel unvollständig bleiben muss. Wir sind deshalb – nachdem SPD und Linkspartei verbindlich ihre Geschlossenheit und Verlässlichkeit zugesichert hatten – im Oktober in Koalitionsverhandlungen zur Bildung einer rot-GRÜNEN Landesregierung eingetreten und haben diese zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht.

Leider müssen wir heute feststellen, dass der Politikwechsel und die Ablösung der Regierung Koch wiederum an der SPD gescheitert sind. Dadurch konnten der dringend notwendige Kurswechsel beispielsweise in der Bildungspolitik, eine konsequente Umwelt-, Energie- und Klimaschutzpolitik sowie Maßnahmen für ein sozial gerechteres Hessen nicht verwirklicht werden. Wir haben uns deshalb dazu entschieden, erneut vor den Souverän zu treten und Sie, die Wählerinnen und Wähler, erneut um Ihre Stimme zu bitten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen treten auch bei dieser Wahl an, um dem ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Wandel in Hessen Kraft zu verleihen und Richtung zu geben. Wir betrachten es als unsere Aufgabe, wirtschaftliche Vernunft mit ökologischer Verantwortung und sozialer Gerechtigkeit zu verbinden. Dabei setzen wir auf die Stärken unseres Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger. Unsere Politik ist dem Wohle der in Hessen lebenden Menschen und dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen verpflichtet.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen sind Garanten eines umfassenden Politikwechsels: Wir stehen ein für ökologische Verantwortung, wirtschaftliche Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit, chancengerechte Bildung, Toleranz und Weltoffenheit. Unsere Politik trägt eine klare Handschrift zugunsten der Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern. Wir wollen den Politikwechsel nicht nur, wir sind auch in der Lage ihn umzusetzen, wenn Sie uns dabei unterstützen.

Die Bereiche Umwelt, Bildung und Soziales, aber auch die Erneuerung der politischen Kultur, machen eine Kursänderung besonders dringlich:

### **Krise als Chance: Mit GRÜNEN Ideen schwarze Zahlen schreiben**

Die Wirtschafts- und Finanzkrise wird Hessen in besonderem Maße treffen. Als wichtiger Standort der Automobilindustrie, aber auch als Standort des Finanzplatzes Frankfurt tragen wir besondere Verantwortung für die von der Krise betroffenen Menschen. Staatliche Lenkungs- und Unterstützungsmaßnahmen erleben derzeit eine Renaissance. Aktuelle Aufgabe von Politik ist es, die Folgen der Krise für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abzumildern sowie Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Wiederholung der Krise vermeiden helfen.

Gleichzeitig bietet die aktuelle Krise die Chance, das Ruder herumzuwerfen: Wir fühlen uns dem Prinzip der Nachhaltigkeit und der Verantwortung für die uns nachfolgenden Generationen in besonderem Maße verpflichtet. Die deutschen Automobilhersteller müssen jetzt die Gelegenheit wahrnehmen, endlich ihren technologischen Vorsprung zu nutzen und ihre Produktionslinien auf spritsparende, moderne Fahrzeuge umzustellen, für die eine sich immer weiter steigende Nachfrage besteht. Auch Finanzdienstleistungen und –produkte müssen sich statt an vermeintlichem kurzfristigem Profit an den Prinzipien nachhaltigen Wirtschaftens ausrichten.

Gerade als traditioneller Industriestandort, aber auch als Banken- und Finanzplatz von internationaler Bedeutung muss es uns gelingen, die Stärken unseres Landes zu erhalten und auszubauen, gleichzeitig aber auch die Teilhabe aller am Wohlstand zu sichern.

Wir werden die wirtschaftlichen Stärken unseres Landes weiterentwickeln, den Mittelstand stärken und dem Fachkräftemangel begegnen. Dabei setzen wir auch auf die Energiewende und die Innovationskraft von Mittelstand und Handwerk. Wir wollen bürokratische Hürden beseitigen und privaten Investitionen die Türen öffnen. Den Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Unternehmen werden wir verbessern. Die Instrumente der Wirtschaftsförderung werden wir neu organisieren, um den Interessen von Beschäftigten und Unternehmen gerecht zu werden.

### **Neue Energie: Hessen zum Musterland für Umwelt-, Klima- und Naturschutz machen**

Eine lebenswerte und intakte Umwelt und die Potenziale des boomenden Umweltsektors sind für Deutschland wie für Hessen das Kapital für die Zukunft. Hessen hat alle Möglichkeiten, zu einem führenden Land für Umwelt- und Klimaschutz und besonders für die Energiewende zu werden. Als waldreichstes Bundesland und mit seinen vielfältigen Kulturlandschaften, Mittelgebirgen, Ferien- und Naherholungsgebieten sowie nicht zuletzt dem Nationalpark Kellerwald und dem Biosphärenreservat Rhön ist der Wert einer intakten Natur und die Notwendigkeit ihres Schutzes in Hessen mit Händen zu greifen.

Wir werden durch den Ausbau Erneuerbarer Energien Hessen unabhängig von fossilen Energieträgern machen und so das Klima schonen. Die Atomkraftnutzung mit ihren unverantwortlichen Folgen werden wir beenden. Neue Kohlekraftwerke lehnen wir wegen ihrer langfristigen schädlichen Folgen für das Weltklima ab. Den Belangen der Natur und dem Tierschutz wollen wir endlich wieder eine angemessene Bedeutung geben. Wir werden den ökologischen Landbau stärken und dem Wunsch der Verbraucherinnen und Verbraucher nach gentechnikfreien Lebensmitteln Rechnung tragen. Wir steuern um in der Verkehrspolitik, setzen auf integrierte Verkehrssysteme und wollen die Potenziale besonders von Bussen und Bahnen für eine nachhaltige Mobilität besser ausschöpfen.

Unser Ziel ist die Erhaltung und Weiterentwicklung der Wirtschaftskraft nach dem Grundgedanken der Nachhaltigkeit, was die Entwicklung zu Ressourcen sparender und umweltschonender Wirtschaftsweisen voraussetzt. Gerade durch nachhaltiges Wirtschaften entstehen erhebliche Beschäftigungschancen, die wir nutzen wollen.

### **Kraftvoller Aufbruch in der Schul- und Hochschulpolitik**

Als rohstoffarmes Land ist die Bundesrepublik und ist Hessen darauf angewiesen, dass sich Kreativität und Vielfalt der hier lebenden Menschen entwickeln können und sie von Anfang an gefördert

werden. Bildung ist ein kulturelles Recht eines jeden Menschen und der Schlüssel zu einem selbst bestimmten Leben, zur Teilhabe an unserer Gesellschaft und für die Chancen in der Arbeitswelt. Der Wohlstand unseres Landes basiert nicht darauf billiger, sondern besser, innovativer und kreativer als andere zu sein. Der Wettlauf um niedrigere Löhne ist für Hessen nicht zu gewinnen – der Wettlauf um bestmögliche Bildung schon.

Die Chancen für einen guten Schul- und einen Hochschulabschluss sind heute unterschiedlich verteilt. Wir wollen deshalb Chancengleichheit herstellen. Der Bedeutung der frühkindlichen Bildung durch die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans, der Ausweitung einer flexiblen Schuleingangsstufe und kleineren Klassen an den Grundschulen werden wir deshalb in besonderem Maße Rechnung tragen. Wir wollen mehr Zeit zum Lernen und zur individuellen Förderung in allen Schulformen. Mit der „Neuen Schule“ werden wir längeres gemeinsames Lernen bis zum Ende der Mittelstufe auf den Weg bringen. Ganztagsangebote in offener oder gebundener Form werden wir ausweiten, die gymnasiale Schulzeitverkürzung stressfreier gestalten und unseren Schulen mehr Freiheit und Selbstbestimmung ermöglichen.

Durch die von uns maßgeblich durchgesetzte Abschaffung der Studiengebühren ist die Aufnahme eines Hochschulstudiums nicht mehr vom Geldbeutel abhängig. Damit steht sie Menschen aus allen Schichten offen und sorgt für Chancengerechtigkeit.

### **Für ein neues soziales Netz**

Wir werden Menschen in Not und schwierigen Lebenslagen wieder die Hilfe zur Verfügung stellen, die sie benötigen. Wir wollen Bürgerinnen und Bürger in ihrer Selbstbestimmung mit dem Ziel stärken, das Armutsrisiko zu mindern, Notlagen und Krisen besser zu meistern und Wege aus der Armut aufzuzeigen. Neben innovativen Projekten bauen wir auf existierende Partner und Strukturen, z.B. in den Kirchen und Sozialverbänden. Wir setzen uns für einen Armuts- und Reichtumsbericht als Handlungsgrundlage für wirksame Armutsbekämpfung und mehr soziale Gerechtigkeit ein. Diejenigen, die anderen ehrenamtlich helfen, werden wir professionell unterstützen.

Regional- und branchenspezifische Mindestlöhne sind wichtige Voraussetzungen für eine faire Gesellschaft. Wir werden uns dafür einsetzen, in einer der wichtigsten Wirtschaftsregionen Europas mehr Menschen in Arbeit zu bringen.

Umwelt, Bildung und Soziales sind zentrale Schwerpunkte unserer Politik. Aber auch in den anderen Politikfeldern werden wir Notwendiges sichern und Neues auf den Weg bringen:

### **Teilhabe und Emanzipation**

Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit sind Leitmotive unseres politischen Wirkens. Wir setzen auf die Solidarität der Generationen und die Stärken der älteren Menschen – im Arbeitsleben, in der Familie und im Ehrenamt.

Das Ziel der Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern ist seit Jahrzehnten untrennbar mit den GRÜNEN verbunden. Benachteiligung von Frauen, besonders bei der Entlohnung oder bei Aufstiegschancen im Beruf, wollen wir beseitigen. Neben Gender Mainstreaming setzen wir uns deshalb für eine konsequente Förderung von Frauen ein.

Hessinnen und Hessen mit Migrationshintergrund, die bei uns eine Heimat gefunden haben, sind eine Bereicherung für das Zusammenleben in unserem Land. Wir wollen Probleme im Dialog lösen und die Chancen eines friedlichen Zusammenlebens in kultureller Vielfalt nutzen. Wir werden Hessen wieder zu einem weltoffenen Land machen, das von Emanzipation, Toleranz und gegenseitigem Respekt geprägt ist.

### **Freiheit und Sicherheit**

Für die Stabilität jeder Demokratie sind die Freiheit und die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger von zentraler Bedeutung. Sie zu gewährleisten gehört zu den zentralen Aufgaben, die der Staat zu erfüllen hat. Dabei muss er der tatsächlichen Bedrohungslage Rechnung tragen und für ein positives Sicherheitsgefühl seiner Bürgerinnen und Bürger sorgen. Absolute Sicherheit gibt es aber nicht. Sicherheit darf nicht zu Lasten der offenen, freien und demokratischen Gesellschaft gehen. Sie lässt sich erst recht nicht durch den Abbau fundamentaler Freiheitsrechte erreichen. Wir GRÜNE wollen die Balance von Freiheit und Sicherheit gewährleisten wissen und lehnen unverhältnismäßige Eingriffsbefugnisse der Sicherheitsbehörden ab.

### **Mehr Transparenz und Demokratie**

Wir stehen für die Stärkung der Elemente direkter Demokratie auf kommunaler und Landesebene. Der Datenschutz, besonders auch im privatwirtschaftlichen Bereich, erhält Priorität. Durch ein Informationsfreiheitsgesetz werden wir die Transparenz staatlichen Handelns erhöhen.

### **Hessen erneuern**

Die seit Jahrzehnten ritualisierte Auseinandersetzung zwischen den Lagern ist in keinem Bundesland so ausgeprägt wie in Hessen. Die Erfahrungen des letzten Wahlkampfs, aber auch die Ereignisse des hinter uns liegenden Jahres zeigen, dass eine Veränderung dieser politischen Grundhaltung notwendig ist. Wir wollen diese Veränderung zum Wohle unseres Landes und rufen alle Parteien dazu auf, diesen Weg gemeinsam zu beschreiten und so zu zeigen, dass die politisch Verantwortlichen aus den zurückliegenden Monaten gelernt haben. Fehleinschätzungen waren auf allen Seiten vorhanden, alle sind aufgerufen, sich das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger erneut zu verdienen.

Wir setzen auf die Kraft, den Willen und den Ideenreichtum aller Hessinnen und Hessen. Deshalb wollen wir den Austausch und die Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Gruppen intensivieren. Inner- und außerhalb des Parlaments wollen wir zu einer Kultur beitragen, in der konstruktiv und stets in wechselseitigem Respekt vor der Position des Gegenübers um das bessere Argument gestritten wird.

Wir werden dafür sorgen, dass Hessen zu einem Land der wirtschaftlichen Stärke, der ökologischen Erneuerung, der sozialen Gerechtigkeit, der Toleranz und der Weltoffenheit wird. Der Verwirklichung dieses Leitbilds verpflichten wir uns mit diesem Programm.

Liebe Bürgerin,  
lieber Bürger,

können wir Sie von unserem Angebot überzeugen? Haben Sie weitere Fragen? Sprechen Sie unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Hessischen Landtag, aber auch Ihre GRÜNEN vor Ort jederzeit an, falls Sie es etwas genauer wissen wollen. Gerne stehen wir Ihnen dafür zur Verfügung!

## **MODERNE UMWELTPOLITIK MADE IN HESSEN**

Eine lebenswerte und intakte Umwelt und die Potenziale des boomenden Umweltsektors sind für Deutschland wie für Hessen das Kapital für die Zukunft. Hessen hat alle Möglichkeiten, zu einem führenden Land für Umwelt- und Klimaschutz und insbesondere für die Energiewende zu werden. Es hat eine Verpflichtung zur Bewahrung und nachhaltigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen durch wirksamen Naturschutz. Als waldreichstes Bundesland und mit seinen vielfältigen Kulturlandschaften, Mittelgebirgen, Ferien- und Naherholungsgebieten sowie nicht zuletzt dem Nationalpark Kellerwald ist in Hessen der Wert einer intakten Natur und die Notwendigkeit ihres Schutzes mit Händen zu greifen. Mit SMA in Nordhessen und anderen Firmen haben Unternehmen von Weltgeltung aus dem Sektor Erneuerbare Energien ihren Sitz in Hessen. In den 90er Jahren haben nicht zuletzt GRÜNE Politikerinnen und Politiker die Grundlagen für eine zukunftsweisende Energiepolitik gelegt, die u.a. mit der Vereinbarung über den Atomausstieg sowie der Förderung von Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien noch heute bundesweit prägend sind.

Hessen ist in den vergangenen zehn Jahren beim Umwelt-, Klima- und Naturschutz weit zurückgefallen. Der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung liegt mit unter sechs Prozent weit unter dem Bundesschnitt von 14 Prozent. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen sind entgegen dem Trend aller anderen Bundesländer gestiegen statt gesunken. Die Belastungen der Menschen durch Verkehrslärm und Abgase haben weiter zugenommen. Statt den ohnehin immensen Flächenverbrauch zu begrenzen, wurde der Schutz von Landschaft und Natur sogar abgebaut. Aus einem Land, das unter GRÜNER Regierungsbeteiligung beim Umweltschutz Vorbild für andere war, ist ein Land geworden, das von anderen müde belächelt wird.

Atomkraftwerke wie die Schrottreaktoren in Biblis setzen Mensch und Natur unnötigen Gefahren aus und hinterlassen unseren Nachkommen Unmengen radioaktiven Abfalls. Hessen verfügt über Alternativen: Es ist reich an Quellen erneuerbarer und umweltfreundlicher Energie, die bisher viel zu wenig genutzt werden. Statt auf die hochriskante und unberechenbare Atomkraft setzen wir auf den Ausbau einer regenerativen und dezentralen Energieversorgung bei reduziertem Verbrauch durch Energieeffizienz und -einsparung.

Ökologie und Ökonomie schließen einander nicht aus, sondern begünstigen sich. Inzwischen arbeiten bundesweit mehr als 1,8 Millionen Menschen im Umweltbereich und 250.000 Menschen allein im Bereich Erneuerbare Energien. Die Grundlagen für die Schaffung von Arbeitsplätzen durch mutige Unternehmerinnen und Unternehmer wurden von einer Bundesregierung unter GRÜNER Beteiligung geschaffen. Das Potenzial dieser wachsenden Branche ist noch lange nicht ausgeschöpft. Wir werden für die Entstehung weiterer zukunftsorientierter Arbeitsplätze durch die Förderung und Anwendung neuer nachhaltiger Technologien sorgen.

### **Hessens Beitrag zum Klimaschutz**

Die größte ökologische und ökonomische Herausforderung unserer Zeit ist der von Menschen verursachte Klimawandel. Seine negativen Auswirkungen treffen Mensch und Natur überall auf der Erde – auch in Hessen. Extreme Wetterereignisse wie Stürme, Starkregenfälle, Hochwasser oder Dürren nehmen an Zahl und Intensität zu, die volkswirtschaftlichen Schäden steigen. Diesen Auswirkungen des Klimawandels müssen wir mit Schutz- und Anpassungsmaßnahmen wie einem besseren Hochwasserschutz sowie neuen Konzepten der Gesundheitsvorsorge begegnen. Um den Folgen des Klimawandels entgegenzuwirken, muss der Ausstoß klimaschädlicher Gase auch in Hessen schnell und drastisch verringert werden. Die Klimaschutzziele, zu denen sich die Bundesrepublik Deutschland bereits verpflichtet hat, sind mit dem Neubau ineffizienter Kohlekraftwerke unvereinbar. Auf europäischer Ebene wollen wir uns dafür einsetzen, dass es zu keinen Stromimporten nach Deutschland aus umweltschädlichen Kraftwerken kommt.

Wir lehnen den Neubau von Kohlekraftwerken wie in Großkrotzenburg (Staudinger) oder auf der Ingelheimer Aue bei Wiesbaden entschieden ab und werden alle landespolitischen Möglichkeiten nutzen, um ihren Bau zu stoppen. Dazu gehören die Einführung einer Abgabe auf die Kühlwasserentnahme aus Oberflächengewässern (Wassercent) und landesplanerische Festlegungen zu Mindestwirkungsgraden, Brennstoffen und einer Pflicht zur Kraft-Wärme-Kopplung. Darüber hinaus setzen wir u.a. über das Landesplanungsrecht verbindliche Rahmenvorgaben für die Planungen und Maßnahmen von Kommunen, die für Art und Umfang des Energieeinsatzes und damit für die Umwelt- und Klimabelastung von Bedeutung sind. Mit diesen Vorgaben werden anspruchsvolle Mengenziele für die Senkung des Strom- und Wärmeverbrauchs, für den Einsatz erneuerbarer Energien, die Kraft-Wärme-Kopplung und für die Energierückgewinnung in einem klaren Zeitplan verankert. Weder Atomkraft noch die nicht einmal ansatzweise ausgereifte Kohlenstoffabscheidung sind eine Alternative zu einer wirklichen Energiewende.

### **Zukunftsenergie für Hessen: Wir ersparen uns Biblis**

Sicherheit beim Betrieb von Atomanlagen gibt es nicht. Dies zeigen Katastrophen wie in Tschernobyl und die vielen hundert Störfälle der hessischen Reaktoren in Biblis. Es gibt keine sichere Endlagerung des noch Jahrtausende strahlenden Atommülls. Die Belastungen, die wir nachfolgenden Generationen damit aufbürden, sind unkalkulierbar. Deshalb werden wir den Atomausstieg in Hessen wie vereinbart umsetzen. Die hochriskanten Schrottreaktoren in Biblis sollen endgültig stillgelegt werden. Nirgendwo wird deshalb das Licht ausgehen. Deutschland exportierte trotz des Stillstands von Biblis A und B in 2007 mehr Strom als beide Reaktoren in einem Jahr produzieren können.

Biblis kann uns allen erspart werden, wenn wir mehr Energie einsparen, sie effizienter nutzen und erneuerbare Energien fördern. Bei Neubauten wollen wir den Passivhausstandard, bei Sanierungen Drei- bis Sieben-Liter-Häuser zum Maßstab machen. Diese Ziele wollen wir durch eine Änderung der Bauordnung, des Nachbarrechtsgesetzes und ein hessisches Erneuerbare Wärmegesetz erreichen. Wir wollen eine Effizienzrevolution. Wir machen es uns zur Aufgabe, die Wärmedämmung des bestehenden Gebäudebestands voranzubringen und zu fördern. Die energetische Sanierung des Gebäudebestands ist ein wesentlicher Baustein zur Schonung unseres Klimas. Die Investitionen in die Modernisierung sind ein Klimaschutz- und gleichzeitig ein Konjunkturprogramm. Hessens Bürgerinnen und Bürgern werden wir ermöglichen, durch umweltschonende Heizsysteme, Antriebstechniken und Produktionsverfahren unabhängig von Erdöl und Atomkraft sowie den Strommonopolisten zu werden. Wir brauchen in Hessen wieder eine landeseigene Energie- und Klimaschutzagentur, die die Menschen, Unternehmen und Kommunen bei ihren Energiesparanstrengungen und beim Umbau der Energieversorgung beraten und unterstützen. Die Förderprogramme des Bundes werden durch zielgerichtete Maßnahmen auf Landesebene ergänzt, die insbesondere einkommensschwachen Haushalten zugutekommen.

Wir haben das Ziel, den Strombedarf unseres Bundeslandes innerhalb von zwei Jahrzehnten vollständig aus erneuerbaren Energien zu decken. Wir werden durch landesgesetzliche und förderpolitische Weichenstellungen die vorhandenen Potenziale der Solar- und Windenergie, Wasserkraft, Biomasse und Erdwärme endlich intensiver nutzen. Dank des während GRÜNER Regierungsbeteiligung im Bund verabschiedeten Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ist diese Branche ein Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft. Vielen mittelständischen Unternehmen, z.B. im Sanitär- und Elektrohandwerk, wurden neue Geschäftsfelder eröffnet. Diese Arbeitsplatzchancen gilt es auch in Hessen besser zu nutzen.

### **Grünes Land der blauen Dächer**

Das solare Zeitalter hat begonnen: Auch auf Hessens Dächern schimmern blaue Sonnenkollektoren. Wir werden sowohl die Photovoltaik als auch die Solarthermie mit einem Aktionsprogramm stärken.

Dazu gehört beispielsweise die Bereitstellung von Dachflächen öffentlicher Gebäude, Lärmschutzwänden oder Parkplätzen als Freiflächen für die Solarstromerzeugung. Wir wollen Bürgerinnen und Bürger durch Bürgersolaranlagen daran beteiligen. Öffentliche Gebäude sollen besser gedämmt und die Möglichkeiten des Energiecontractings müssen besser genutzt werden. Das Land soll mit gutem Beispiel vorangehen. Unser Ziel ist, die Landesverwaltung bis 2020 emissionsfrei zu gestalten. Als erster Schritt wird die Versorgung der Landesliegenschaften auf Ökostrom mit zusätzlichem Umweltnutzen, d.h. aus neuen Anlagen, die ineffiziente Kraftwerke ersetzen, umgestellt.

### **Wind ernten, Wasser nutzen, Erdwärme anzapfen**

Die Windenergie ist die auf absehbare Zeit erfolgreichste erneuerbare Energieform, sie kann bereits heute zu wettbewerbsfähigen Preisen erzeugt werden. Wir wollen bestehende Anlagen ausbauen (Re-Powering) und – wo es mit dem Naturschutz vereinbar ist – weitere Flächen ausweisen. Hessen ist dank der Blockadepolitik der großen Parteien bei der Windenergie inzwischen auf dem letzten Platz der Bundesländer. Die Stromerzeugung durch Wasserkraft in Hessen lässt sich durch Modernisierungsmaßnahmen steigern. Dabei kann gleichzeitig die ökologische Qualität der Gewässer verbessert werden. Strom und Wärme können aus Erdwärme (Geothermie) gewonnen werden, für deren Nutzung wir Anreize schaffen werden.

### **Biomasse – Energiekreisläufe nutzbringend schließen**

Biomasse ist gespeicherte Sonnenenergie und birgt ein hohes energetisches Potenzial. Dieses wollen wir in Hessen vorrangig für die dezentrale Erzeugung von Wärme und Strom nutzen.

Dazu gehören die naturschutzgerechte und nachhaltige Nutzung von Energieholz sowie die Erzeugung von Biogas vorwiegend aus Reststoffen der Land-, Lebensmittel- und Abfallwirtschaft. Der Anbau von Energiepflanzen soll möglichst nur ergänzend zur Nutzung von Reststoffen erfolgen. Durch die Einspeisung des Biogases in das vorhandene Erdgasnetz kann eine optimale Koppelung von Strom- und Wärmeproduktion erreicht werden.

Energetische Biomassenutzungen finden unsere Unterstützung, wenn sie mindestens die in der Lebensmittelerzeugung bestehenden Umwelt- und Sozialstandards erfüllen. Bei Anbau und Verwertung von Energiepflanzen ist darauf zu achten, dass keine Gentechnik eingesetzt wird und es nicht zu Monokulturen oder anderen Umweltbelastungen kommt. In Hessen hat der Anbau von Bioenergiepflanzen bisher kaum zur Verdrängung von Lebensmittelerzeugung geführt und wir werden uns dafür einsetzen, dass dies auch so bleibt. Initiativen wie Energie- Selbstversorgungskommunen, Bürgerkraftwerke oder Nahwärmenetze werden wir organisatorisch und finanziell unterstützen.

Durch die Nutzung von Biomasse und erneuerbarer Energiequellen können sich Landwirtinnen und Landwirte neue Einkommensmöglichkeiten erschließen. Dabei wollen wir sie durch Beratung und Fortbildung sowie gezielte Förderanreize unterstützen. Dies ist Bestandteil unseres Energiekonzeptes für Hessen. Wir wollen zusätzlich zur Lebensmittelwirtschaft auch im Bereich der Biomasse regionale Wirtschaftskreisläufe für Energie-, Rohstoffherzeugung und -verwertung schaffen, um eine möglichst hohe Wertschöpfung in den ländlichen Räumen und für die Landwirtschaft zu erhalten.

### **Mit Wasser verantwortlich umgehen**

Ohne Wasser kein Leben. Der Schutz von Grundwasser und Gewässern ist deshalb elementare Voraussetzung für eine umweltgerechte Entwicklung und ein nachhaltiges Wirtschaften. Wir wollen vorbeugenden Hochwasserschutz. Dazu werden wir natürliche Wasserkreisläufe wiederherstellen, Überflutungsräume zurückgewinnen, Fließgewässer renaturieren und Böden entsiegeln.

Mit der Wiedereinführung eines Wasserzents als marktwirtschaftlichem Lenkungsinstrument wollen wir insbesondere die Kühlwasserentnahme der Großkraftwerksbetreiber aus Flüssen reduzieren, den Wasserverbrauch weiter drosseln und gleichzeitig verschiedene ökologische Programme finanzieren –

von Klimaschutz- und Energiesparprogrammen über Bodenentsiegelungsmaßnahmen bis hin zum Kulturlandschaftsprogramm. Auf diese Weise werden wir auch zahlreiche Arbeitsplätze in kleinen und mittleren Unternehmen erhalten bzw. neu schaffen helfen.

Wir wenden uns entschieden gegen die zusätzliche Belastung der Werra durch die Einleitung salzhaltiger Abwässer und werden darauf drängen, dass es endlich eine Lösung der Problematik gibt. Wir werden durch die Optimierung der Kläranlagen die Gewässergüte landesweit verbessern.

### **Luft, Lärm, Gesundheit – die Belastungen reduzieren**

Eine gestörte Umwelt macht krank: Feinstaub, Lärm, Ozon und Elektromog belasten auch uns Hessinnen und Hessen gesundheitlich massiv. Wir werden dafür sorgen, dass Belastungen frühzeitig erkannt und Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Hierzu dient eine Gesamtbelastungsstudie Rhein-Main, die alle bestehenden und geplanten Kraftwerke und Verkehrsprojekte berücksichtigt. Durch eine leistungsfähige Umweltverwaltung sowie Human- und Biomonitoring wollen wir dazu beitragen, Belastungen frühzeitig zu erkennen und Gegenmaßnahmen zu ergreifen, um besonders gefährdete Personen und insbesondere unsere Kinder vor gesundheitsschädlichen Einflüssen zu schützen. Durch wirkungsvolle Aktions- und Luftreinhaltepläne werden wir die Bevölkerung von Feinstaub, Stickoxiden und anderen Abgasen entlasten. Schutzmaßnahmen, Rußfilter bei Dieselfahrzeugen, Nachtflugverbote, konsequenter Nichtraucherchutz und die Reduzierung von elektromagnetischer Strahlung, bewahren vor Gesundheitsgefahren. Wir setzen auf schadstofffreie und schadstoffarme Produkte und Produktionsverfahren, die die Vermeidung von Abfall verbessern. Die Beseitigung von Altlasten kann nicht allein über Steuern finanziert werden. Über einen Altlastensanierungsfonds werden wir die Verursacher an den Kosten beteiligen.

### **Natur und Umwelt schützen**

Hessen ist geprägt von einer reichen Natur einerseits und der Urbanität der Ballungsräume andererseits. Unser Land beherbergt eine einzigartige regionale Vielfalt, die es für seine Bewohnerinnen und Bewohner sowie seine stets willkommenen Gäste gleichermaßen attraktiv macht. Zahlreiche Naturschutzgebiete und eine reich strukturierte Kulturlandschaft laden vielerorts nicht nur zum Wandern und Verweilen ein, sondern sind auch Grundlage des Tourismus als einer wichtigen hessischen Wirtschaftsbranche. Die Existenz vieler landwirtschaftlicher Betriebe, die auf qualitativ hochwertige Produkte, ökologischen Landbau sowie deren regionale Vermarktung und Naturschutz setzen, ist eng damit verknüpft. Umwelt schützen bedeutet aktiv zu sein für saubere Flüsse, sauberes Grundwasser, gesunde Wälder, saubere Luft und den Schutz der hessischen Böden vor Belastungen.

Für uns GRÜNE haben Schutz und Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen sowie der biologischen Vielfalt (Biodiversität) eine hohe Priorität. Wir begreifen Naturschutz als eine Querschnittsaufgabe, die in allen Politikbereichen verankert werden muss. Der Schutz von Umwelt und Natur ist keine Schönewetteraufgabe, sondern muss auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten Beachtung finden.

Wir wissen aber auch, dass die Natur nur schützt, wer ihren Wert kennt und sie zu schätzen weiß. Integriert in Ganztagsangebote und außerschulische Jugendbildung soll der Umgang mit Natur und Umwelt den notwendigen Stellenwert erhalten. Wir werden die Umweltbildung in Hessens Schulen und Kindergärten stärken und einen Ideenwettbewerb der Schulen für die kreativsten Konzepte dafür ausrufen.

Wirkungsvolle gesetzliche Rahmenbedingungen sind unabdingbar, um in Zukunft die Vielfalt der Tier- und Pflanzenwelt um ihrer selbst willen zu schützen und sie auch für unsere Kinder und Kindeskinde zu erhalten. Hessen braucht wieder ein Naturschutzgesetz, das seinen Namen verdient. Wir werden für konkrete und verbindliche Regelungen zum Schutz von Natur und Landschaft in Hessen streiten – und uns auf Bundesebene für ein wirkungsvolles Umweltgesetzbuch einsetzen.

Wir wollen ein Biotopverbundsystem von mindestens 15 Prozent der Landesfläche schaffen und wieder große Landschaftsschutzgebiete ausweisen. Der ehrenamtliche Naturschutz soll deutlich mehr Beachtung und Rechte erhalten und das Verbandsklagerecht wieder hergestellt werden. Eine Mischung aus hoheitlichem und vertraglichem Naturschutz wird die großflächigen Schutzgebiete von Natura 2000, aber auch die kleineren Naturschutzgebiete langfristig sichern und deren Pflege sicherstellen. Der Nationalpark Kellerwald sowie das Biosphärenreservat Rhön sollen auch zukünftig umfassend in ihrer Ausrichtung und Weiterentwicklung unterstützt werden. Die Dienst- und Fachaufsicht für beide soll wieder dem für Naturschutz zuständigen Ministerium zugeordnet werden.

Der Erhalt der Biodiversität ist neben dem Klimaschutz eine zentrale Aufgabe von Politik und Gesellschaft. Wir wollen deshalb, dass in Hessen eine breit angelegte Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt entwickelt und zügig umgesetzt wird.

Naturschutz ist ein Standortfaktor – gerade in Ballungsräumen. Wer will schon im Rhein-Main-Gebiet arbeiten und leben, wenn es zuwenig Grün in den Städten und keine nah gelegenen Naturräume zum Erholen gibt. Nachhaltige Stadtentwicklungs- und Wohnungspolitik genießen deshalb Priorität. Dazu gehören der sparsame Umgang mit Flächen, eine behutsame Nachverdichtung und das Bewahren innerstädtischer Naturräume genau so wie der Schutz regionaler Grünzüge, von Natur- und Landschaftsschutzgebieten sowie von Naturparks. Der weiteren Zersiedelung, insbesondere durch großflächigen Einzelhandel auf der grünen Wiese, widersetzen wir uns.

Um die Lebensräume vieler Tierarten zu erhalten und besser zu verbinden, wollen wir ein Netz von Wildbrücken schaffen, welche die landschaftzerschneidende Wirkung von Verkehrswegen mindern. Wir befürworten eine staatliche Umweltlotterie, deren Erlöse zweckgebunden für den Naturschutz eingesetzt werden. Die landeseigenen Stiftungen „Natura 2000“ und „Stiftung Hessischer Naturschutz“ (SHN) sollen in ihrer Ausrichtung überprüft, in ihrer finanziellen Ausstattung und in ihrer Handlungsfähigkeit verbessert werden. Die Stiftung Natura 2000 soll für Maßnahmen außerhalb des Vertragsnaturschutzes im Wald geöffnet werden.

Das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) soll um den Bereich Naturschutz ergänzt und zu einer Fachbehörde für Umwelt, Natur und Geologie (HLUNG) ausgebaut werden.

### **Hessens Wälder erhalten und schonend bewirtschaften**

Hessen ist ein sehr waldreiches Bundesland. Wir wollen unsere Wälder durch nachhaltige Waldbewirtschaftung gesund, naturnah und strukturreich erhalten und schützen. Wald ist nicht nur als Produktionsstätte für nachwachsenden Rohstoff und als natürliches Refugium für Tier- und Pflanzenarten unverzichtbar, Wald wird außerdem zum Schutz unseres Bodens und Wassers, als Klima-, Immissions-, Lärm- und Sichtschutz, aber auch als Erholungsraum dringend gebraucht. Wir betrachten den öffentlichen Wald in Hessen als Bürgerwald, der im Interesse aller bewirtschaftet werden soll. Den Staatswald wollen wir nach den strengen Kriterien des Waldbewirtschaftungsrates Forest Stewardship Council (FSC) zertifizieren. Dadurch werden Mindeststandards für die Erhaltung der biologischen Vielfalt und für eine umwelt- und sozialverträgliche Bewirtschaftung des Waldes festgelegt.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass das hessische Forstgesetz zu einem hessischen Waldgesetz fortentwickelt wird. Dazu gehören eine weitgehend natürliche Verjüngung, angepasste Wildbestände, der Verzicht auf Kahlschläge und auf Chemieeinsatz im Wald. Notwendige Waldsanierungen sowie die Vorbereitung auf die geänderten Verhältnisse durch den Klimawandel repräsentieren eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Daseinsvorsorge.

Gerade Wälder in städtischen Gebieten erfüllen vielfältige Funktionen. Sie absorbieren schädliche Emissionen und dienen der Erholung. Deshalb werden wir die bestehenden Bannwälder und die bedrohten Wälder im Ballungsraum Rhein-Main besonders schützen und für das Rhein-Main-Gebiet

ein Walderhaltungsprogramm auflegen. Die Aufweichung der Bannwaldverordnung werden wir zurücknehmen.

Der hohe Waldanteil Hessens ermöglicht – unter Berücksichtigung ökologischer und nachhaltiger Kriterien – eine stärkere energetische Nutzung. Wir werden den Landesbetrieb Hessen-Forst in die Lage versetzen, den Wald naturnah und nachhaltig als Energielieferanten zu bewirtschaften. Die Forstwirtschaft ist in vielen ländlichen Regionen ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, die nachhaltige Nutzung der Wälder stärkt den ländlichen Raum sichert die regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze.

Wir wollen, dass im Landesbetrieb HessenForst ein Fachbeirat für ökologische Belange des Staatswaldes eingerichtet wird.

### **Lebendige ländliche Räume**

Die hohen Herausforderungen durch die stagnierende Wirtschaftsentwicklung und den demografischen Wandel wollen wir aufnehmen und neue Impulse für eine nachhaltige strukturelle und eigenständige Weiterentwicklung der ländlichen Räume in Hessen geben. Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch abseits der Ballungsräume eine bedarfsgerechte infrastrukturelle Versorgung und eine zukunftsorientierte Wirtschaftsstruktur für die Sicherung bestehender und die Schaffung neuer Arbeitsplätze weiter entwickelt werden. Auch auf dem Lande müssen die Menschen gut und gerne leben können. Uns geht es deshalb um eine integrierte Konzeption für eine zukunftsfähige Entwicklung des ländlichen Raums, in der alle relevanten Programme sinnvoll miteinander vernetzt werden. Wir wollen eine Regionalentwicklung mit den Menschen vor Ort. Sie sollen beteiligt werden an der Erarbeitung der regionalen Entwicklungskonzepte, die mit ihren Leitbildern die Basis für den Einsatz von Fördermitteln aus den unterschiedlichen Quellen bilden sollen.

### **Leitbild gesunde und umweltschonende Landwirtschaft**

Die Landwirtschaft ist nach wie vor ein wichtiger Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum. Sie hat eine hohe Verantwortung für den Erhalt der biologischen Vielfalt und der Kulturlandschaft, den Klimaschutz sowie für die Produktion gesunder Lebensmittel. Wir wollen möglichst viele landwirtschaftliche Betriebe in Hessen für diese wichtigen gesellschaftlichen Aufgaben erhalten und damit Arbeitsplätze und Infrastruktur sichern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die jetzige Agrarförderung stärker auf die drängenden Zukunftsaufgaben ausgerichtet wird. Dazu gehören ein besserer Klima-, Umwelt-, Natur- und Tierschutz, die Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen und der Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten.

Unser Leitbild für die umweltschonende und von Verbraucherinnen und Verbrauchern anerkannte Landbewirtschaftung ist der ökologische Landbau. Um hier in Zukunft einen deutlichen Zuwachs zu erreichen, werden wir ökologisch wirtschaftende und vor allem umstellungswillige Betriebe stärker fördern, sowie die Verarbeitung und Vermarktung ihrer Produkte unterstützen. Der Handel mit ökologisch erzeugten Nahrungsmitteln erzielt hohe jährliche Wachstumsraten, sichert und schafft neue Arbeitsplätze. Die hessischen Erzeugerinnen und Erzeuger sollen an dieser Entwicklung stärker teilhaben.

Wir werden die ländlichen Räume stärken, die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher ausweiten und dafür sorgen, dass alle Zugang zu gesunden Lebensmitteln – wenn möglich aus der Region – haben. Regional ist erste Wahl. Die Gesundheit der Menschen hat für uns stets Vorrang vor Profitinteressen. Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz sowie eine ökologisch orientierte Landwirtschaft gehen Hand in Hand, sorgen außerdem für eine positive ökonomische Entwicklung und für mehr Beschäftigung im ländlichen Raum.

### **Hessens Lebensmittel: Gentechnikfrei und aus der Region**

Unsere Agrarpolitik dient dem Ziel, gesunde und qualitativ hochwertige Nahrungsmittel regional zu produzieren. Die Gentechnik mit ihren unerforschten Risiken für Umwelt und Gesundheit hat daher weder in Lebensmitteln noch in der freien Natur etwas verloren: Wir wollen eine gentechnikfreie Land- und Forstwirtschaft in Hessen. Gentechnik ist auch im Sinne der Nachhaltigkeit ethisch nicht vertretbar.

Wir GRÜNE werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass alle rechtlichen und politischen Möglichkeiten genutzt werden, um den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher aber auch der gentechnikfreien Landwirtschaft sicher zu stellen. Der Anbau von Gen-Pflanzen birgt immer das Risiko von Auskreuzungen in der Nachbarschaft und gefährdet dadurch die Produktion und Vermarktung gentechnikfreier Produkte. Wir wollen zusätzliche gentechnikfreie Regionen in Hessen und setzen uns deshalb für die Einrichtung und Förderung eines hessischen Netzwerks zur Koordination und Ausweitung von solchen Regionen ein. So stellen wir sicher, dass auch zukünftig gentechnikfreie Lebensmittel in Hessen produziert und erworben werden können. Die gentechnikfreie Produktion von Lebensmitteln ist zudem ein wichtiger Standortvorteil der hessischen Landwirtschaft, da rund 80 Prozent der Bevölkerung gentechnisch produzierte Nahrungsmittel ablehnen.

Bereits heute müssen laut EU-Regelung gentechnisch veränderte pflanzliche Lebensmittel gekennzeichnet werden. Die Möglichkeit, jetzt auch tierische Lebensmittel mit dem Label „ohne Gentechnik“ kennzeichnen zu können, ist eine Chance für mehr Wahlfreiheit für Verbraucherinnen und Verbraucher beim Kauf von tierischen Produkten. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass das neue Label in Hessen breite Anwendung findet. Wir wollen, dass gesundes, regional und ohne Gentechnik produziertes Essen in allen Mensen, Kindergärten und Schulen angeboten wird.

Außerdem wenden wir uns gegen die Patentierung von Pflanzensorten und Tierarten und setzen uns auch auf europäischer Ebene für eine restriktive Genehmigungs- bzw. Zulassungspraxis bei der Freisetzung gentechnisch veränderter Pflanzen ein.

### **Hessens Verbraucherinnen und Verbraucher schützen**

Aufgeklärte, gut informierte und selbstbestimmte Verbraucherinnen und Verbraucher können ihre täglichen Konsumententscheidungen kompetent treffen und ihre Rechte wahrnehmen. Dafür wollen wir GRÜNE die Voraussetzungen schaffen, indem wir eine umfassende und unabhängige Verbraucherberatung in Hessen stärken. Gerade in den liberalisierten Märkten der Energie, Telekommunikation, Gesundheits-, Pflege- und Finanzdienstleistungen brauchen die Verbraucher kompetente Ansprechpartner. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass insbesondere die Verbraucherzentrale Hessen (VZH), dauerhaft finanziell abgesichert und somit in die Lage versetzt wird, den gestiegenen Anforderungen nachzukommen.

Zahlreiche Lebensmittelskandale haben gezeigt, dass es in Hessen erhebliche Defizite gibt. Die Kommunalisierung der Lebensmittelüberwachung hat vorhandene Strukturen zerschlagen und die Koordinationsfähigkeit der zuständigen Behörden reduziert. Wir werden das Kontrollsystem der Lebensmittelüberwachung auf Defizite überprüfen und verbessern sowie dafür sorgen, dass die Namen schwarzer Schafe der Lebensmittelbranche veröffentlicht werden können.

### **Tiere schützen**

Tiere sind keine Sachen. Sie sind Lebewesen und als solche zu respektieren. Wir werden uns dafür einsetzen, dass ihnen um ihrer selbst willen unnötige Schmerz und Leid erspart bleiben und sie artgerecht leben dürfen.

Nach wie vor nimmt in manchen Forschungszweigen die Zahl der tödlichen Tierversuche zu. Wir werden alternative Methoden in Industrie, Forschung und Lehre fördern, die den Einsatz von Tierver-

suchen überflüssig machen. Daher setzen wir uns für die Einführung einer Stiftungsprofessur für die Entwicklung von Alternativen zu Tierversuchen ein.

Wir werden die Haltungsbedingungen landwirtschaftlicher Nutztiere deutlich verbessern, indem wir artgerechte Haltungsverfahren gezielter fördern und Tiertransporte verkürzen. Durch verschärfte Kontrollen der Transport- und Haltungsbedingungen sowie der Schlachthöfe werden wir dem Nachdruck verleihen.

Die Bevölkerung wird durch rasseabhängige Maßnahmen nicht wirksam vor gefährlichen Hunden geschützt. Wir wollen, dass die Gefährlichkeit von Hunden nach wissenschaftlich anerkannten Kriterien beurteilt wird.

Wir wollen die Verbandsklage für anerkannte Tierschutzverbände einführen und wir setzen uns für die Gründung einer Landesstiftung Hessischer Tierschutz ein, aus deren Mittel zum Beispiel Tierheime unterstützt werden können. Das Jagdgesetz soll geändert werden, damit in Hessen nicht länger Hunde und Katzen in der freien Natur erschossen werden können.

### **Nachhaltige Mobilität für Hessen**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Hessen zu einer Modellregion für nachhaltige Mobilität machen. Wir wollen unter Beweis stellen, dass das Mobilitätsbedürfnis der Menschen und der Wirtschaft so gestaltet werden kann, dass die negativen Folgen für Mensch und Umwelt minimiert, die wirtschaftliche Entwicklung gesichert und eine Teilhabe unabhängig vom sozialen Status und dem finanziellen Hintergrund ermöglicht werden.

Der Verkehr trägt mit 37% zum CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Hessen bei. Wir brauchen eine Verkehrswende, die Mobilität sichert und die Belastung der Bevölkerung und der Umwelt durch Lärm, Abgase und sonstige Verkehrsbegleiterscheinungen spürbar reduziert. Durch die vielfach unmittelbare Nachbarschaft großer Verkehrswege zu Wohngebieten, Arbeitsstätten, Krankenhäusern, Freizeiteinrichtungen und anderen empfindlichen Nutzungen ist ein großer Teil der Hessinnen und Hessen jeden Tag insbesondere durch Lärm, Abgase und Stau negativ von den Auswirkungen des Verkehrs betroffen. Ohne ein Umsteuern in der Verkehrspolitik wird sich der Klimawandel nicht stoppen lassen und Mobilität die Lebensqualität von Menschen immer stärker beeinträchtigen.

Unser Ziel ist es, die CO<sub>2</sub>-Emissionen des Verkehrsbereichs bis 2020 um 30 Prozent zu senken. Dies kann nur mit konkreten Maßnahmen erreicht werden, die den notwendigen Verkehr umweltverträglicher gestalten. Wir werden bundespolitische Maßnahmen wie ein generelles Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und 30 km/h in Wohngebieten von Städten und Gemeinden, CO<sub>2</sub>-Grenzwerte für Autos von 120g/km, und die Umwandlung der Kfz- in eine CO<sub>2</sub>-Steuer unterstützen. Wir wollen, dass die LKW-Maut erhöht, auf Bundesstraßen ausgedehnt und bereits auf Fahrzeuge ab 3,5 Tonnen erhoben wird. Mautausweichverkehr wollen wir wirksam unterbinden.

In originärer Landes- bzw. kommunaler Verantwortung stehen wir für die Förderung eines leistungsfähigen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV), die Förderung des Rad- und Fußverkehrs und somit den Umstieg auf umweltverträglichere Verkehrsmittel. Darüber hinaus ist aber auch die Raumplanung zukünftig auf das Vermeiden unnötiger Wege auszurichten.

### **Umweltverbund: Zu Fuß gehen, Radfahren, Auto, Busse und Bahnen besser vernetzen**

Nachhaltige Mobilität bedeutet für uns die intelligente Kombination und das sinnvolle Miteinander aller Arten von Mobilität, sei es per Bus, Bahn, Auto, zu Fuß oder mit dem Rad. Bei der Planung von Verkehrsprojekten sind die Übergänge zwischen den verschiedenen Verkehrsmitteln besser zu berücksichtigen, beispielsweise durch sichere und wettergeschützte Fahrradabstellplätze an Bahnhöfen. Die Ausweitung des Carsharings werden wir fördern.

### **Busse und Bahnen: mehr, besser, preiswerter, barrierefrei**

Wir wollen das Angebot an Bussen und Bahnen sowohl in den Ballungsräumen als auch in der Fläche deutlich ausbauen. Dem Erhalt und der Erweiterung der Schienenverbindung als Rückgrat eines leistungsfähigen ÖPNVs kommt dabei auch in der Fläche (z.B. durch den weiteren Ausbau der Regio-Tram und die Reaktivierung und Modernisierung der Kurhessenbahn auf der Strecke Korbach-Frankenberg) eine besondere Bedeutung zu. In ländlichen Gebieten wollen wir durch flexible Instrumente wie Rufbusse und Anrufsammeltaxis ein attraktives Angebot erhalten bzw. schaffen. Wir wollen das ÖPNV-Angebot nachts und am Wochenende schrittweise ausbauen. Bereits existierende lokale Nachtverkehre müssen durch regionale Angebote vernetzt und erweitert werden.

Kundenfreundlichkeit gehört für uns zu einem leistungsfähigen ÖPNV. Wir wollen die Pünktlichkeitsgarantie des Nordhessischen Verkehrsverbunds auf ganz Hessen ausdehnen und in einer Kundencharta Nahverkehr verbindliche Verbraucherrechte verankern. Dazu gehört eine bessere und barrierefreie Information der Reisenden an den Haltestellen oder vor Fahrtbeginn durch Mitteilungen über Verspätungen per E-Mail und SMS.

Wir wollen durch eine spürbare Senkung der Fahrpreise mehr Menschen zum Umstieg vom Auto auf Busse und Bahnen bewegen. Wir halten eine Senkung der Fahrpreise um 20 Prozent an Werktagen und um 50 Prozent am Wochenende oder ein kostengünstiges Bürgerticket für erforderlich, um den zum Stopp des Klimawandels notwendigen Umstieg auf den ÖPNV zu erreichen. Die dafür nötigen Mittel werden sich nicht aus dem bestehenden Verkehrshaushalt erwirtschaften lassen. Wir werden daher neue Finanzierungsinstrumente prüfen.

Für Schülerinnen und Schüler werden wir analog zum Semesterticket für Studierende ein Schülerticket einführen, mit dem alle öffentlichen Verkehrsmittel in ganz Hessen an 365 Tagen im Jahr zu einem sehr viel günstigeren Preis als bislang genutzt werden können. Dies soll durch Informationen zu ökologischer Mobilität flankiert werden, dazu gehört auch eine bessere Umwelterziehung mit Schwerpunkt auf ökologischer Mobilitätskunde in den Schulen.

Wir werden nicht barrierefreie Zu- und Übergänge zum ÖPNV schrittweise beseitigen. Eine Behinderung darf keinen Ausschluss vom alltäglichen Leben bedeuten.

### **Fuß- und Radverkehr: schneller, sicherer, bequemer.**

Wir wollen die Rahmenbedingungen für Fahrradfahrer und Fußgänger grundlegend verbessern. Von fehlenden oder schlecht ausgebauten Geh- und Radwegen über nicht barrierefrei abgesenkte Bordsteine und fehlende Radabstellanlagen bis hin zur massiven Fehlnutzung von Geh- und Radwegen als Parkplatz besteht hier auf kommunaler und überörtlicher Ebene noch großer Handlungsbedarf.

Mit einem Maßnahmenpaket werden wir die Förderung des Radverkehrs im Alltags- und Freizeitverkehr bündeln und u.a. folgende Maßnahmen auf den Weg bringen: Schaffung eines landesweiten Radwegenetzes aufbauend auf den vorhandenen Radfernwegen; Ausbau der Infrastruktur, beispielsweise durch bessere Beschilderung und mehr Fahrradabstellplätze; Einrichtung einer „Servicestelle Radverkehr“, um die Aktivitäten von Land, Kreisen und Kommunen besser zu koordinieren; landesweite Kampagne zur Förderung des Radverkehrs.

### **Straßenverkehr in Hessen: sicherer und umweltverträglich gestalten, Belastungen reduzieren**

Häufig steht der Bau neuer Straßen in direktem Widerspruch zu den Interessen der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohner, den vorhandenen wirtschaftlichen Stärken von Regionen und den Belangen des Umwelt- und Naturschutzes. Wir werden den Straßenbau daher auf das notwendige Maß beschränken. Priorität hat die Sanierung und damit der Erhalt bestehender Straßen. Mit wirkungsvollen Aktions- und Luftreinhalteplänen werden wir die Bevölkerung von Feinstaub, Stickoxiden und anderen Abgasen entlasten. Instrumente hierfür können Umweltzonen oder auch die City-Maut sein. Das Land muss mit gutem Beispiel vorangehen, wir werden den Einsatz umwelt-

freundlicher Fahrzeuge und in der Gesamtbilanz umweltfreundlicher Treibstoffe fördern. Straßenverkehr in Hessen reduzieren heißt für uns eine Verkehrsplanung, die sich an den vorhandenen Strukturen (Infrastruktur, Siedlungszentren) orientiert, die vorhandene Verkehrsprobleme löst (z.B. Ortsdurchfahrten) und neue Betroffenheiten und Beeinträchtigungen in Siedlungsstrukturen vermeidet, die regionale landschaftliche Qualitäten bewahrt, den landschaftlichen Eingriff minimiert, auf Transitverkehr verzichtet und die Bahn stärkt. Der geplante Weiterbau sowohl der A44 als auch der A49 und der A4 sowie der Neubau der B 87n Fulda-Meiningen durch das Biosphärenreservat Rhön erfüllen diese Prämissen nicht und werden deshalb von uns abgelehnt.

Wir werden uns für eine Verbesserung der Verkehrssicherheit einsetzen. Dazu gehört beispielsweise ein generelles Tempolimit von maximal 30 km/h vor Schulen und Kindertagesstätten. Im Bundesrat werden wir uns für ein generelles Überholverbot für Lkw auf zweispurigen Autobahnen einsetzen. Wir orientieren uns an der „Vision Zero“, deren Ziel es ist, die Zahl der Verkehrstoten auf null zu reduzieren.

### **Belastung durch Flugverkehr reduzieren**

Der Flugverkehr gehört zu den größten Klimakillern. Er hat in den vergangenen Jahren weiter zugenommen und gilt trotz einiger Turbulenzen weiterhin als Wachstumsbranche. Internationale Wirtschaftsbeziehungen fördern ebenso wie der Tourismus die Nachfrage nach Fernreisen. Wir wollen Alternativen zum Flugzeug wie das Hochgeschwindigkeitsnetz der Eisenbahnen innerhalb Europas stärken, um die Belastungen durch den Flugverkehr für Mensch und Umwelt möglichst zu minimieren. Für Flugreisen im Auftrag des Landes Hessen wird eine Klimaschutzabgabe abgeführt. Wir werden uns für die Besteuerung von Flugbenzin einsetzen. Angesichts des zunehmend engen Luftraums und immer schärferer Sicherheitsvorkehrungen ist der schnelle Schienenverkehr nicht nur eine umweltfreundliche, sondern auch eine attraktive Alternative zu vielen Flügen.

### **Kein weiterer Ausbau des Flughafens Frankfurt**

Der Flughafen Frankfurt hat für die wirtschaftliche Entwicklung über das Rhein-Main-Gebiet hinaus hohe Bedeutung. Diese ist jedoch für die Zukunft nur zu sichern, wenn nicht immer weiter auf größtmögliche Expansion und damit wachsende Belastungen für die Bewohnerinnen und Bewohner der Region und der Umwelt gesetzt wird. Es nützt nichts, wenn zwar immer mehr Flugzeuge starten und landen, die Menschen aber aufgrund der Belastungen nicht mehr hier leben wollen. Die Funktionsfähigkeit des Flughafens wird am besten durch Kooperationen mit anderen bestehenden Flughäfen – z.B. in Köln-Bonn oder Hahn im Hunsrück – in Form einer sinnvollen Vernetzung und durch die Organisation als Flughafensystem gestärkt. Köln-Bonn ist schon jetzt mit dem ICE in weniger als einer Stunde direkt erreichbar. So können bestehende Arbeitsplätze nachhaltig gesichert und neue geschaffen werden.

Der Flughafenausbau zerstört weite Bereiche in seiner Umgebung als Lebensraum. Mehr als 300 Hektar Waldfläche werden vernichtet und bestehende wie geplante Wohngebiete durch Fluglärm nicht mehr oder nur noch eingeschränkt nutzbar sein. Die Region darf nicht zu einem öden Flughafenumfeld verkommen. Wir lehnen deshalb den Bau der neuen Landebahn weiterhin ab und werden alle Möglichkeiten nutzen, ihn noch zu verhindern.

### **Nachtruhe der Menschen schützen**

Der Planfeststellungsbeschluss der CDU-Landesregierung vom Dezember 2007, mit dem die Nordwestbahn und der gesamte Flughafenausbau genehmigt wurden, hat eine neue Situation geschaffen. Entgegen der vielfach gegebenen Versprechungen wurde der Ausbau genehmigt, ohne ein Nachtflugverbot zu verhängen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der Planfeststellungsbeschluss auf

keinen Fall so bleibt, wie er erlassen wurde und wollen einen effektiven Schutz der Nachtruhe der Menschen in einem ergänzenden Verfahren durchsetzen.

Aktuell soll der Bau der neuen Landebahn im Kelsterbacher Wald ohne gründliche Überprüfung nach nur einem gerichtlichen Eilverfahren noch in diesem Winter mit Rodungen begonnen werden. Dies lässt sich nur noch mit uns GRÜNEN in der Landesregierung verhindern.

### **Millionengrab Kassel-Calden verhindern**

Es gibt keinen Bedarf für den von der Landesregierung geplanten Flughafen Kassel-Calden. Mit Paderborn, Hannover, Erfurt und auch dem per ICE schnell erreichbaren Flughafen Frankfurt ist Nordhessen bereits heute von Flughäfen umzingelt. Das Prestigeprojekt Kassel-Calden ist eine gigantische Verschwendung von Steuergeldern. Wir werden die 150 Millionen Euro weit sinnvoller zur Struktur-entwicklung einsetzen und somit auch dauerhaft Arbeitsplätze in Nordhessen schaffen. Durch eine regionale Strukturpolitik beispielsweise mit Technologie- und Wirtschaftsförderung in den Bereichen Erneuerbare Energien, Kultur/Tourismus, Gesundheitswirtschaft und anwenderorientierte Forschung und Entwicklung entstehen zehntausende zukunftsfähige Arbeitsplätze – weit mehr, als für Kassel-Calden von den Neubau-Befürwortern prognostiziert.

## **BESTE STARTCHANCEN INS LEBEN FÜR KINDER IN HESSEN**

Kinderpolitik machen wir aus der Sicht der Kinder. Kinder haben das Recht auf Zuwendung und Rücksicht, das Recht auf ein Leben ohne Armut und auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, das Recht auf kompetente Eltern und auf Zeit mit den Eltern, das Recht auf beste Bildung, Erziehung und Betreuung von klein an sowie das Recht auf Mitsprache und Beteiligung. Kinder sind eigenständige Persönlichkeiten und brauchen individuelle Unterstützung und Förderung. Wir wollen die Talente aller Mädchen und Jungen fördern. Kinder brauchen nicht nur Familie, sondern eine ganze Gesellschaft, die sich ihrer Verantwortung Kindern gegenüber bewusst ist. Jedes Kind ist uns gleich viel wert. Wir werden in Kinder investieren, ohne ihnen Schulden zu hinterlassen.

Für uns ist es selbstverständlich, Bildung, Betreuung und Erziehung unserer Kinder zu fördern. Wir stellen uns dieser Verantwortung und werden die strukturellen Bedingungen für Kinder und Familien verbessern. Familie ist, wo Kinder sind: In einer Familie übernehmen Menschen unabhängig von verwandtschaftlichen Beziehungen und egal, ob hetero- oder homosexuell, füreinander Verantwortung. Aber auch Wahlfamilien und freundschaftliche Netzwerke werden wichtiger. Darüber hinaus gewinnen Wohngemeinschaften und Wohnprojekte an Bedeutung. Diese neuen sozialen Lebensgemeinschaften können sowohl Ein- als auch Mehrgenerationenprojekte sein. Wir setzen endlich eine Familienpolitik durch, die kinderfreundliche Strukturen schafft und so Frauen und Männer zur Entscheidung für Kinder ermutigt.

### **Gute Bildung, Betreuung und Erziehung von Anfang an**

Kindgerechte Bildung und eine anregende Umgebung fördern die motorische, musische, kognitive, emotionale und soziale Entwicklung von Kindern. Betreuungseinrichtungen sollen jedes Kind fördern und Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung unterstützen. Wir werden gemeinsam mit den Kommunen Unternehmen gemeinnützigen Trägern und Elterninitiativen ein flächendeckendes, qualitativ hochwertiges und quantitativ ausreichendes Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebot für alle Kinder in Hessen schaffen. Kinder und Eltern haben ein Recht auf freie Wahl der Angebote – egal ob in Krippen, Krabbelstuben, bei Tagesmüttern bzw. -vätern oder in Kindergärten. Die Einrichtungen sollen eingebettet in nachbarschaftliche Strukturen Teil des Gemeinwesens sein.

Kinder, die aufgrund ihrer Lebenssituation spezifischer Förderung bedürfen, genießen unsere besondere Aufmerksamkeit. Behinderte und nicht behinderte Kinder sollen gemeinsam aufwachsen und voneinander lernen. Einrichtungen mit einem solchen Angebot werden wir gezielt unterstützen. Je früher Kinder gefördert werden, desto größer sind ihre Chancen die Fähigkeiten auszubilden, die sie benötigen, um sich in unserer komplexen Welt zurecht zu finden. Deshalb werden wir den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten Lebensjahr schaffen. Auf der Grundlage des hessischen Bildungs- und Erziehungsplans werden wir die frühkindlichen Bildungsangebote systematisch weiterentwickeln: durch integrierte, früheste mögliche und altersgerecht gestaltete Sprachförderung für alle Kinder, durch die bessere Vernetzung von Kindertagesstätten und Grundschulen, den Ausbau von Ganztagsangeboten und durch die Verbesserung der Qualität in der Familientagesbetreuung. Um für jedes Kind die passende Förderung sicherzustellen, soll im 3. Lebensjahr eine umfassende Beratung der Eltern stattfinden. Wir streben hinsichtlich der pädagogischen Qualität in der Kinderbetreuung europäische Standards an.

Die Beseitigung der aktuellen Mangelsituation bei gleichzeitiger Verbesserung der Qualität und der Verlässlichkeit der Angebote hat für uns Priorität. Grundsätzlich sprechen wir uns für die Kostenfreiheit aller Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebote aus, um Kindern unabhängig von den finanziellen Verhältnissen ihres Elternhauses gute Lern- und Bildungschancen zu ermöglichen. Allerdings hat die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf Betreuung – also die Schaffung zusätzlicher Plätze – Vorrang vor der Ausdehnung der Kostenfreiheit.

## **Bildung, Betreuung und Erziehung aus einem Guss für Kinder von null bis zehn Jahren**

Wir wollen Kindergärten zu Bildungsgärten weiterentwickeln. Frühkindliche Bildung heißt gerade nicht Verschulung, sondern Förderung sozialer Kompetenz und Schaffung altersgerechter Bildungsprozesse und Entwicklungs(frei)räume. Die Verschulung des letzten Kindergartenjahres lehnen wir ab. Kindergarten und Grundschule müssen besser zusammenarbeiten und den Übergang für jedes Kind optimal gestalten. Um dies zu erreichen, werden wir schrittweise flexible Eingangsstufen an allen Grundschulen einführen.

Die ersten Lebensjahre sind für den Bildungserfolg von Kindern enorm wichtig. Wir werden Hessen deshalb zum ersten Bundesland mit einem Bildungs-, Betreuungs-, und Erziehungsangebot für alle Null- bis Zehnjährigen aus einem Guss machen. Eltern können sich darauf verlassen, dass es ein bedarfsgerechtes, aufeinander abgestimmtes und qualitativ hochwertiges Angebot mit individueller Förderung für alle Kinder gibt. Statt einer Förderung aus unterschiedlichen Töpfen und zersplitterten Zuständigkeiten setzen wir auf eine qualitative Steuerung, die sich am jeweiligen Bedarf vor Ort orientiert und die gesamte Bildungs- und Betreuungssituation im Blick hat. Wir werden die Landesmittel für Kinderbetreuung und Ganztagsangebote an Grundschulen zu einem einzigen Landesprogramm zusammenfassen, die administrative Zersplitterung überwinden und das Finanzvolumen für Personal und Qualifikation aufstocken.

Jungen und Mädchen brauchen männliche und weibliche Vorbilder, deshalb wollen wir mehr Erzieher in der Kinderbetreuung. Die Genderkompetenz der Erzieherinnen und Erzieher werden wir gezielt fördern. Die kontinuierliche Fortbildung des pädagogischen Personals in den Kinderbetreuungseinrichtungen und Grundschulen ist zur Sicherung der pädagogischen Qualität zentral. Das Amt für Lehrerfortbildung und das Institut für Qualitätsentwicklung sollen dazu ein landesweites Fortbildungsangebot entwickeln. Wir brauchen aber auch zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher. Für die hierzu notwendigen Ausbildungskapazitäten werden wir ein kurzfristiges „Überlastprogramm“ auflegen. Als mittelfristiges Ziel wollen wir Erzieherinnen und Erzieher auf Fachhochschulniveau ausbilden und besser bezahlen, um in Hessen Erziehung und Bildung in der Kinderbetreuung entsprechend dem europäischen Standard zu etablieren. Das schließt die Weiterqualifizierung der Familientagesbetreuung mit ein.

## **Kompetente Eltern – Kindeswohl stärken**

Wir wollen die Kompetenz von Eltern stärken. Dazu werden wir ein Programm für ein flächendeckendes Netzwerk auflegen. Wir werden Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren weiterentwickeln, in denen Angebote der Erziehungs- und Familienberatung, der Selbsthilfe, der Sprach- und der Gesundheitsförderung vernetzt werden. Familienzentren sollen zu wohnortnahen Treffpunkten für alle Kinder und ihre Familien werden. Niedrigschwellige miteinander vernetzte Beratungs- und Hilfsangebote werden Eltern von der Schwangerschaft an begleiten und ihnen Strategien und praktische Hilfen im Familien- und Erziehungsalltag anbieten. Wir wollen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mütter und Väter. Dazu müssen tradierte Rollenbilder überwunden, die Erziehungskompetenz gerade auch von Vätern gestärkt und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle gefördert werden. Der Landesdienst wird eine Vorbildfunktion einnehmen. Wir wollen unter anderem ein Programm „Studieren mit Kind für Väter“ starten.

Durch eine „Kindergarteneingangsuntersuchung“ im dritten Lebensjahr wollen wir Begabungen und Defizite von Kindern frühzeitig erkennen und Eltern geeignete Fördermöglichkeiten empfehlen können. Die Vernetzung von Kinderärztinnen und -ärzten mit den kommunal verantwortlichen Stellen – vor allem den Jugend- und Gesundheitsämtern – soll Kinder wirksamer vor Vernachlässigung und Misshandlung schützen. In Ergänzung kommunaler Hilfestrukturen werden wir ein Programm für frühe aufsuchende präventive Hilfe initiieren.

Wir wollen, dass alle Kinder gesund aufwachsen. Gesundheitsfördernde Verhaltensweisen können bei Kindern noch entscheidend beeinflusst werden. Die Stärkung ihrer Persönlichkeit, ausreichende Bewegung und gesunde Ernährung sind für die Gesundheit von Kindern besonders wichtig. Durch ein Landesprogramm auf der Grundlage von Gesundheitszielen und die Vernetzung des öffentlichen Gesundheitsdienstes mit Bildungs- und Betreuungseinrichtungen und Jugendhilfeangeboten fördern wir die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Dazu gehört auch, Grenzwerte für Schadstoffe an der Gesundheitsgefahr für junge Menschen auszurichten.

Mahlzeiten an Schulen und Kindertagesstätten sollen nach Möglichkeit aus regionaler und ökologischer Produktion kommen. Wir werden gemeinsam mit den Kommunen dafür sorgen, dass jedes Kind mindestens eine Mahlzeit sowie frisches Obst und Gemüse erhält. Es kann nicht sein, dass Eltern ihre Kinder aus finanziellen Gründen nicht zur Teilnahme am Mittagessen anmelden können.

### **Alle Kinder haben ein Recht auf gleiche Chancen**

Wo und wie ein Kind aufwächst, ist entscheidend für seine Zukunft. Kinder aus benachteiligten Familien haben geringere Chancen ihre Potenziale zu entfalten und höhere Bildungsabschlüsse zu erreichen. Diese strukturellen Benachteiligungen werden wir abbauen und allen Kindern – unabhängig von ihrer kulturellen und sozialen Herkunft – gleiche Lern- und Lebenschancen eröffnen. Wir statten die Sprachkurse in Kindergärten finanziell besser aus und beginnen sie früher. Allen Kindern mit Sprachproblemen oder anderen Entwicklungsverzögerungen wird der Kindergartenbesuch ab dem ersten Kindergartenjahr empfohlen. Wir werden eine Armutsberichterstattung etablieren, die die Lebenslagen von Kindern und Familien besonders berücksichtigt und die nötigen Handlungsoptionen für eine gerechte Familienpolitik aufzeigt.

Solange der Bund seiner Verantwortung nicht gerecht wird, werden wir den „Härtfonds Mittagversorgung in hessischen Schulen“ zu einem Sozialfonds „Mittagessen an Schulen und Kindertagesstätten“ in Ergänzung des Regelsatzes der Grundsicherung und in Abstimmung mit den Kommunen erweitern, damit in Hessen künftig kein Kind mehr aus finanziellen Gründen von einer gesunden, warmen Mahlzeit in Schule oder Kita ausgeschlossen wird. Wir begrüßen, dass der Bund mit dem Schulbedarfspaket die Teilhabe von Kindern an Bildung erleichtert, es reicht jedoch nicht aus. Wir setzen uns für einen eigenständigen Kinderregelsatz ein.

Um allen Kindern, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, den Zugang zu Freizeit- und Kulturangeboten zu ermöglichen, werden wir die Möglichkeiten der Ganztagsangebote nutzen und darüber hinaus gezielt Kinder aus benachteiligten Familien fördern. Alle Kinder werden altersgerecht über bestehende Angebote informiert und zur Teilnahme motiviert. Jedes Kind erhält die Möglichkeit, verschiedene Angebote (z. B. Musikschulen, Sportvereine, Büchereien, Museen oder auch Nachhilfe) wahrzunehmen. Vereine und Einrichtungen, die eine Förderung erhalten wollen, müssen pädagogische Konzepte vorweisen und mit Ganztagsangeboten kooperieren. Das Land setzt damit einen ausbaufähigen Impuls für eine stärker auf Kinder ausgerichtete soziale und kulturelle Infrastruktur.

### **Kinder- und Jugendrechte verwirklichen**

Den Interessen von Kindern und Jugendlichen muss mehr Gehör verschafft werden. Mit ihnen gemeinsam werden wir eine „Hessische Kindercharta“ entwickeln, die Rechte und Ansprüche von Kindern an die Landespolitik enthält.

Kinder- und Jugendparlamente sind wichtige Formen demokratischer Beteiligung. Sie sollen von den Schülerinnen und Schülern gewählt, ihre Entscheidungsbefugnisse müssen erhöht und ihnen sollen eigenverantwortliche Budgets und Antragsrechte in den jeweiligen Körperschaften gewährt werden. Wir brauchen in den Kommunen neben den strukturellen Jugendparlamenten auch niedrigschwellige Formen der Jugendbeteiligung. Deshalb möchten wir sowohl projektbezogene Arbeitsgruppen, sogenannte Jugendforen, als auch Jugendhearings für kinder- und jugendrelevante Themen fördern.

Parlamente sollen in ihrer Zusammensetzung die Gesellschaft widerspiegeln und Jugendliche an die Wahrnehmung ihrer demokratischen Mitverantwortung heranzuführen. Darum wollen wir das aktive Wahlalter bei Kommunalwahlen wieder auf 16 Jahre absenken und eine erneute Volksentscheidung zur Absenkung des passiven Wahlalters für den Landtag auf 18 Jahre vorbereiten.

## EIN NEUER AUFBRUCH FÜR HESSENS SCHULEN

Bildung entscheidet über die Chancen zur Teilhabe in unserer Gesellschaft. Sie muss allen Menschen – unabhängig von Herkunft, Einkommen oder sozialem Status der Eltern – zugänglich sein.

Bildung ist mehr als Faktenwissen. Jedes Jahr wächst die Menge verfügbaren Wissens. Deshalb wird der Erwerb von Methoden zur sinnvoll gefilterten Wissensaneignung immer wichtiger. Neben der Vermittlung von Wissen und Methoden haben Schulen und Eltern die Aufgabe, Kinder in ihrer Entwicklung zu sozial kompetenten und selbstständigen Persönlichkeiten zu unterstützen.

Jedes Kind ist einmalig und hat Stärken, die es zu entwickeln gilt: Kein Kind darf zurückgelassen werden. Individuelle Förderung nutzt sowohl den Starken als auch den Schwachen. Ihre Verwirklichung bedarf eines durchlässigen Bildungssystems. Wir werden sozial benachteiligte Kinder stärker unterstützen, das Bildungsniveau insgesamt verbessern und mehr Schülerinnen und Schülern das Abitur ermöglichen.

Wir unterstützen lebensbegleitendes Lernen für alle Menschen, vom Kleinkind- bis ins Rentenalter.

Wir GRÜNE wollen, dass endlich auch in Hessen Wirklichkeit wird, was zahllose engagierte Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Schülerinnen und Schüler sowie Erziehungswissenschaftlerinnen und –wissenschaftler seit langem fordern und was unsere in der Bildungspolitik erfolgreichen Nachbarländer ganz selbstverständlich längst tun. Schule soll Chancengerechtigkeit für alle ermöglichen, indem sie:

- alle Kinder bei der bestmöglichen Entfaltung ihrer Fähigkeiten und Talente umfassend unterstützt;
- Lehrerinnen und Lehrern Spielräume eröffnet und ihnen geeignete Rahmenbedingungen bietet, um Schülerinnen und Schüler bei der Entfaltung ihrer körperlichen, geistigen und sozialen Fähigkeiten zu begleiten und zu fördern und
- Eltern durch eine ermutigende Lernatmosphäre, förderliche Lernbedingungen und attraktive, zukunftsweisende Lernangebote zeigt, dass sie der Schule ihre Kinder ohne Angst vor sozialer Diskriminierung oder der Zementierung herkunftsbedingter Bildungsunterschiede anvertrauen können.

Die Verordnungsflut der CDU-Landesregierung hat viel Verwirrung angerichtet, aber nicht zu qualitativen Verbesserungen an Hessens Schulen geführt. Auch nach der Landtagswahl am 27. Januar 2008 hat die CDU wenig gelernt. Mit Ausnahme der Veränderungen an der verkürzten Schulzeit zum Abitur wurden sämtliche Korrekturen am Schulgesetz im Landtag gegen die Stimmen der CDU beschlossen. Unser Bundesland liegt in allen nationalen Vergleichsstudien in Mittelfeld oder unterem Drittel.

Vom „Bildungsland Nummer 1“ kann im nationalen Vergleich keine Rede sein – vom internationalen Vergleich ganz zu schweigen: Nicht die Förderung der Schülerinnen und Schüler, sondern deren Auslese stehen im Vordergrund; das herkömmliche dreigliedrige Schulsystem wird zementiert.

Bildungschancen sind weiter in hohem Maße vom Geldbeutel der Eltern und nicht allein vom Potenzial der Schülerinnen und Schüler abhängig.

**Es wird Zeit, mit einer solchen Politik Schluss zu machen. Die Kinder, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer in Hessen haben Besseres verdient.**

Was für Atomausstieg, Verbraucherschutz, ökologische Agrarwende oder eine zukünftige Energie- und Klimapolitik gilt, trifft besonders auch auf die Bildungspolitik zu: Wir GRÜNE greifen neue Erkenntnisse, zukunftsweisende Konzepte und gesellschaftliche Notwendigkeiten auf und machen sie zu praktischer Politik. Die anderen führen den Schulkampf von gestern und haben Schwierigkeiten, in der Wirklichkeit von heute anzukommen. Wir GRÜNE wollen eine Neue Schule. Dafür ist es längst an der Zeit. Wir versprechen nicht, dass mit uns über Nacht alles besser wird. Was andere über Jahre versäumt oder fehlgeleitet haben, lässt sich nicht von heute auf morgen korrigieren. Wir wissen, dass Bildungspolitik Verlässlichkeit und langen Atem braucht. Wir werben um Unterstützung und Verbündete. Wer die heutige Schulwirklichkeit kennt weiß, wie groß die Herausforderung ist. Sich ihr zu stellen erfordert zahlreiche Einzelschritte. Daher werden wir:

### **Mehr in Bildung investieren**

Nicht alle Probleme unseres Bildungssystems lassen sich mit Geld lösen, aber ohne zusätzliches Geld wird es nicht gehen. Die Bildung unserer Kinder muss uns etwas wert sein. Deshalb wollen wir die Ausgaben für Bildung spürbar erhöhen. Dazu werden wir Haushaltsmittel aus anderen Bereichen umschichten und der Bildung im Haushalt Priorität einräumen. Die im Zuge des demografischen Wandels in den kommenden Jahren sinkenden Schülerzahlen werden wir nicht zu Einsparungen im Bildungsbereich nutzen. Stattdessen werden wir in die Qualität unseres Schulsystems investieren. Für bessere Bildung sind darüber hinaus weitere Mittel erforderlich. Deshalb treten wir auf Bundesebene für verbesserte steuerpolitische Rahmenbedingungen ein, damit die Bundesländer stärker in Bildung investieren und die Bildungschancen der nachwachsenden Generation verbessern können.

### **105 Prozent Lehrerversorgung**

Wir wollen den Schulen wieder Luft zum Atmen, für kreative pädagogische Konzepte und individuelle Förderung geben. Schrittweise werden wir daher die Lehrerversorgung auf 105 Prozent erhöhen. Die Schulen können bei den zusätzlichen 5 Prozent frei zwischen einer Zuweisung von Lehrerstellen oder von Mitteln für die pädagogische Arbeit entscheiden. Aus dieser Zuweisung ist auch die verlässliche Schule zu gewährleisten. Wir sind uns sicher, dass die Schulen diesen neuen Freiraum für eine Vielzahl von kreativen Konzepten und pädagogischen Ideen nutzen werden. Wir werden eine Plattform schaffen, mit der Schulen sich im Sinne von Best-practice-Beispielen hierüber austauschen können. Die 105-prozentige Lehrerversorgung legt das Fundament für die weiteren Verbesserungen, die wir auf den Weg bringen wollen. Wir wollen zunächst den Stress und die Hektik aus den Schulen heraus nehmen, um auf solider Grundlage Neues beginnen zu können.

### **Mehr Freiheit und Eigenständigkeit, weniger Bürokratie und Gängelung für Hessens Schulen**

Gute Schulen werden vor Ort gemacht. Wir wollen den einzelnen Schulen vertrauen und ihnen etwas zutrauen. Eine Verbesserung der Qualität, des Lernumfelds für die Schülerinnen und Schüler und des Arbeitsplatzes Schule braucht mehr Freiheit und Eigenständigkeit und weniger Bürokratie und Gängelung.

Wir wollen in enger Zusammenarbeit mit den Schulen diese von unnötigen Vorgaben der Kultusbürokratie befreien. Die Einführung der neuen Verwaltungssteuerung (NVS) werden wir gemeinsam mit den Schulen und der Schulverwaltung einem Evaluierungsverfahren unterziehen. Es soll ein ergebnisoffener Prozess der Prüfung eingeleitet werden. Bis zum Abschluss der Prüfung wollen wir, dass ein Moratorium gilt. Die weiterhin bestehenden Probleme mit der Schulverwaltungssoftware LUSD sollen so schnell wie möglich gelöst werden.

Voraussetzung für Selbstständigkeit von Schule ist die Verlässlichkeit der Politik hinsichtlich der pädagogischen Zielsetzungen, der Unterstützung für die Schulen und der Bereitstellung personeller und finanzieller Ressourcen, denn die Gesamtverantwortung für Schule und Bildung verbleibt beim Staat. Wir werden die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Schulen im Rahmen der erhöhten Selbstständigkeit ihre Aufgaben erfüllen können. Auch werden die Schulen mehr Budgetverantwortung erhalten. Die Schulen sollen über den Einsatz der Sachmittel und über die Verwendung der Personalmittel stärker selbst entscheiden können. Die scharfe Trennung zwischen Sach- und Personalmitteln wird überwunden.

Wir werden in einen Dialogprozess mit den an Schule Beteiligten darüber eintreten, welche pädagogischen, personellen und organisatorischen Freiheiten sie zur weiteren Qualitätsverbesserung ihrer Schule brauchen.

Unser Grundsatz dabei lautet: Klarheit über die zu erreichenden Ziele, größtmögliche Freiheit bei dem Weg dorthin, Überprüfung der Ergebnisse. Die Schulen entscheiden in eigener Verantwortung auf der

Basis ihres Schulprogramms über Unterrichtsorganisation und Unterrichtsgestaltung. Keine Schule wird gezwungen, diesen Weg zu gehen, aber die Schulen, die es wollen, erhalten die Möglichkeit dazu.

In der Schule darf Demokratie nicht nur auf dem Lehrplan stehen, sie muss auch von der Schulgemeinde gelebt werden. Wir werden daher die demokratische Verfasstheit der Schule stärken. An den Entscheidungen werden Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sowie der Schulträger unter Einbeziehung des regionalen Umfeldes beteiligt. Dies stärkt die Identifikation mit der Schule und erzeugt eine höhere Verbindlichkeit der Entscheidungen.

### **Vorschulische Bildung und Grundschule stärken: Bildung, Betreuung, Erziehung aus einem Guss**

Wir werden die Landesmittel für Kinderbetreuung und Ganztagsangebote an Grundschulen zu einem Landesprogramm zusammenfassen und aufstocken.

Der Bildungs- und Erziehungsplan muss mit Leben erfüllt werden. Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass schrittweise alle Grundschulen Tandem-Vereinbarungen mit Kindertagesstätten und weiteren Bildungseinrichtungen im vorschulischen Bereich zur Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans schließen können. Um für diesen Prozess die notwendigen Voraussetzungen zu haben, wird in diesen Grundschulen die Klassenhöchstgrenze auf 25 Schülerinnen und Schüler gesenkt und das Schuldeputat für die Kooperation mit den Kindertagesstätten erhöht. Zusätzlich wird das Land ein gemeinsames Fortbildungsangebot für Grundschullehrerinnen und -lehrer und Erzieherinnen und Erzieher organisieren.

In der Grundschule wird die frühe Bildung durch eine Weiterentwicklung der ersten zwei Schuljahre zu einer Schuleingangsstufe gestärkt, in der Kinder je nach Entwicklungsstand zwischen einem und drei Jahren gefördert werden. Die Schuleingangsgruppen umfassen maximal 25 Kinder und werden zusätzlich durch Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen unterstützt. So können unterschiedliche Startchancen von Kindern zu Beginn der Grundschule besser ausgeglichen und individuelle Fördermaßnahmen realisiert werden. Mit einem jährlich anwachsenden Landesprogramm wollen wir es der Mehrzahl der Grundschulen bis zum Ende der Legislaturperiode ermöglichen, die flexible Eingangsstufe einzurichten.

Wir wollen die Schulträger dabei unterstützen, das pädagogische Konzept der sechsjährigen Grundschule einzuführen. Gerade angesichts zurückgehender Schülerzahlen ist die sechsjährige Grundschule eine Möglichkeit, ein wohnortnahes Bildungsangebot anzubieten. Die Entscheidung über ihre Einführung soll vor Ort im Dialog mit den an Schule Beteiligten getroffen werden.

Die Städte und Gemeinden, die die Schulträgerschaft für ihre Grundschulen von den Landkreisen übernehmen wollen, werden wir dabei unterstützen.

### **Die Neue Schule auf den Weg bringen**

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass sich Schulreformen nicht von oben verordnen lassen. Sie müssen von den an Schule Beteiligten getragen werden. Anders als in Ländern wie beispielsweise Finnland gibt es innerhalb unserer Gesellschaft keinen breiten Konsens über die Schulstruktur. Anhängerinnen und Anhängern des strikt gegliederten Schulsystems auf der einen Seite stehen Befürworterinnen und Befürworter eines stärker skandinavisch orientierten Schulsystems auf der anderen Seite gegenüber. Eine verantwortungsvolle Bildungspolitik sollte nicht versuchen, diesen Konflikt mit der Brechstange oder mittels knapper parlamentarischer Mehrheiten zu entscheiden.

Wir gehen einen anderen Weg: Wir setzen auf Veränderungen, die – verbunden mit den dafür notwendigen Mitteln von Landesseite – von den Schulen ausgehen, statt auf ihre flächendeckende Verordnung von Wiesbaden aus. Wir wollen durch die Qualität und die Attraktivität der Neuen Schulen überzeugen. Uns geht es um eine Schulreform von unten. Konkret wollen wir bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode der Hälfte aller weiterführenden Schulen ermöglichen, sich freiwillig zu

Neuen Schulen weiterzuentwickeln. Dieser Weg steht allen bisherigen Gymnasien, Haupt- und Realschulen, kooperativen und integrierten Gesamtschulen offen, ist also nicht auf eine bestimmte Schulform begrenzt. Wir werden die personellen, sachlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen, damit Schulen sich zu Neuen Schulen entwickeln können, ohne die Bedingungen für diejenigen Schulen zu verschlechtern, die diesen Weg nicht oder noch nicht gehen wollen. Die Initiative, eine Neue Schule werden zu wollen, liegt bei der Schulgemeinde – den Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern sowie den Eltern jeder einzelnen Schule – und natürlich beim Schulträger. Kennzeichen der Neuen Schulen ist die inhaltliche und qualitative Weiterentwicklung des schulischen Angebots:

**Alle Abschlüsse an einer Schule:** Die Neuen Schulen bieten alle Bildungsabschlüsse der Sekundarstufe I und die allgemeine Hochschulreife (als G9 und nicht G8) an. Zu diesem Zweck führen sie entweder eine eigene Oberstufe (wenn sie aus Schulen entstehen, die derzeit auch eine Oberstufe haben) oder schließen eine Kooperationsvereinbarung mit benachbarten Schulen der Sekundarstufe II ab.

**Länger gemeinsam lernen:** In den Neuen Schulen lernen Schülerinnen und Schüler in der Regel gemeinsam bis Klasse 9 bzw. 10. Insbesondere während des Prozesses der Weiterentwicklung der bestehenden Schule zu einer Neuen Schule kann die Schulkonferenz ab Klasse 7 über Abweichungen vom Prinzip des gemeinsamen Lernens entscheiden.

**Keine Klasse mit mehr als 25 Schülerinnen und Schülern:** In den Neuen Schulen, die sich für die pädagogisch aufwändigere Binnendifferenzierung statt für die äußere Differenzierung entschieden haben, wird die Klassenhöchstgrenze auf 25 Schülerinnen und Schüler gesenkt, um diese Arbeit zu unterstützen.

**Bedarfsgerechtes Ganztagsangebot:** Die Neuen Schulen erhalten die notwendigen Mittel, um durch ganztägige Angebote pädagogische Freiräume zu eröffnen (u.a. durch eine andere Rhythmisierung des Unterrichts), auf die Stärken und Schwächen jeder bzw. jedes Einzelnen besser eingehen zu können und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern.

**Individuelle Förderung statt Querversetzung und sitzen bleiben:** Anstelle dieser demotivierenden, pädagogisch weitgehend wirkungslosen und zudem teuren Instrumente tritt die individuelle Förderung jeder einzelnen Schülerin und jedes einzelnen Schülers.

**Vernetzung von Schule, Jugend- und Sozialarbeit:** Schulträger, die am Landesprogramm Neue Schule teilnehmen wollen, müssen ein Konzept zur Kooperation vorlegen.

**Förderung von Risikogruppen:** Unser Konzept sieht ab Klasse 5 eine regelmäßige Begleitung durch in den Schulalltag fest integrierte Sozialpädagoginnen und -pädagogen, Sozialarbeiterinnen und -arbeiter sowie Jugendberufshelferinnen und -helfer vor. Dies gilt insbesondere für Schülerinnen und Schüler, die zu der in der PISA-Studie definierten „Risikogruppe“ gehören.

Vor der Landtagswahl 2014 werden wir auf Grundlage der Erfahrungen mit dem Landesprogramm Neue Schule einen Vorschlag für die weitere Gestaltung der Schulstruktur in Hessen machen und ihn erneut mit den an Schule Beteiligten diskutieren.

### **Ausweitung des Ganztagschulprogramms: Schulen als Lern- und Lebensort gestalten**

Ganztagschulen ermöglichen mehr individuelle Förderung, Qualitätsentwicklung und Kooperation der Lehrkräfte untereinander, eine bessere Zusammenarbeit mit Eltern und Jugendhilfe sowie die verstärkte Öffnung zum schulischen Umfeld. Gerade Kinder aus benachteiligten Schichten profitieren von längeren Schultagen, in denen kindgerechte und effektive Lernrhythmen verwirklicht werden können. In den Ganztagschulen können aber auch Kinder mit besonderen Begabungen besser gefördert werden.

Ganztagsangebote und Ganztagschulen sind ein entscheidender Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sie entsprechen den Anforderungen an eine moderne Familienpolitik, die auf die Veränderungen von Familienstrukturen reagiert und Antworten bereithält.

Viele Schulen und Eltern wollen mehr als eine pädagogische Mittagsbetreuung. Sie wollen Ganztagschulen mit rhythmisiertem Tagesablauf, in denen neue Bildungskonzepte verwirklicht werden können. Sie wollen einen Schulalltag, der fächerübergreifende Förderung organisieren hilft und Unterricht, Erziehung und individuelle Förderung besser miteinander kombinieren kann. Deshalb wollen wir GRÜNE das Ziel des Ausbaus der Ganztagschulen in offener und gebundener Form verwirklichen: Bis zum Jahr 2015 wollen wir an allen Schulen ein an den örtlichen Bedarf angepasstes Ganztagsangebot verwirklicht haben, so dass jedes Kind und alle Eltern, die dies für ihre Kinder wünschen, wohnortnah ein Angebot einer ganztägig arbeitenden Schule finden. Die Schulkonferenz selbst soll über die für die Schule gewünschte Form des Ganztagsangebots entscheiden können.

Wir wollen die Schulen weiter öffnen und unterschiedliche Partner einladen, sich an der Gestaltung der Schule im Rahmen des Schulprogramms zu beteiligen. Wir setzen dabei auf einen Ausbau der schon bestehenden erfolgreichen Zusammenarbeit mit Vereinen und Institutionen. Wir werden die Beratungs- und Unterstützungsleistungen für Ganztagschulen aufbauend auf der Arbeit der Serviceagenturen „Ganztägig Lernen“ in Kassel und Frankfurt am Main ausbauen.

### **Unterrichtsinhalte – ein durchlässiges Schulsystem stärken**

Zur Erhöhung der Durchlässigkeit im gesamten Bildungssystem werden wir Hürden, die die CDU-Landesregierung aufgebaut hat, wieder zurücknehmen. Wir wollen individuelle Förderung und individualisiertes Lernen in allen Schulformen stärken. Im Zuge der Entwicklung von Bildungsstandards müssen die Lehrpläne und ihre Inhalte gründlich überarbeitet und reformiert werden. Die Unterrichtsinhalte der Schulen sollen besser auf das Leben sowie die Studien- und Berufswahl eingehen. Die Vermittlung von Kenntnissen in den Bereichen Sozialwissenschaften, Rechtswissenschaften, Lebensführung, Hauswirtschaft, Konfliktlösung, gesellschaftliche Partizipation, Ernährung, Gesundheit, Medienkompetenz und Ökologie muss einen größeren Stellenwert in der Schule erhalten. Die Schulen müssen die Möglichkeit erhalten, stärker in projektbezogenen Unterrichtsformen zu unterrichten. Die Schulgemeinde kann entscheiden, die Ziffernoten bis zum Ende der Klasse 7 durch schriftliche Bewertungen zu ergänzen oder zu ersetzen.

Schulformbezogene Schulen können bei Verzicht auf Abschulung und Nichtversetzung zusätzliche Zuweisungen für individuelle Förderungen in Anspruch nehmen.

### **G8 verändern, Schulzeitverkürzung stressfreier gestalten**

Die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit in der Mittelstufe (G8), wie sie in Hessen eingeführt wurde, hat für die Schüler und Schülerinnen und deren Familien zu erheblichen Belastungen geführt. Vielfach organisieren Eltern die notwendige Vertiefung des Unterrichtsstoffs in eigener Verantwortung. Außerdem wurde die Durchlässigkeit des hessischen Schulsystems durch G8 faktisch aufgehoben.

Vor diesem Hintergrund ist es ein erster Erfolg, dass auf Grundlage von Vorschlägen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Rahmenbedingungen von G8 verbessert werden konnten. Den begonnenen Weg, die maximale Schülerzahl am Gymnasium auf zu senken (Abschaffung der so genannten Sternchen-Regelung), werden wir schrittweise fortsetzen und im Dialog mit den an Schule Beteiligten weitere kurzfristig wirksame Entlastungen auf den Weg bringen.

Es muss aber auch über grundsätzliche Weichenstellungen sorgfältig nachgedacht und diskutiert werden. Wir wollen ein Konzept prüfen, das es ermöglicht, nach einer sechsjährigen Sekundarstufe I die Oberstufe in zwei oder drei Jahren zu durchlaufen. Eine größere Wahlfreiheit bei der Belegung der zur Abiturprüfung erforderlichen Pflichtkurse und höhere Flexibilität sind Ziele dieser Oberstufenreform. Den Schülern und Schülerinnen soll die Möglichkeit eröffnet werden, der individuellen Leistungsentwicklung entsprechend die Kurse der Oberstufe bis zum Abitur in zwei oder drei Jahren zu absolvieren und so das Abitur nach 12 oder 13 Jahren abzulegen.

Dabei werden wir den Fehler der CDU-Landesregierung bei der Einführung von G8 nicht wiederholen: Bevor ein solches neues Konzept in die Praxis umgesetzt wird, muss es sorgfältig vorbereitet und in der Kultusministerkonferenz abgestimmt sein. Ein hessischer Sonderweg in dieser Frage wäre nicht zu verantworten. Schon heute sind die Hürden der verschiedenen Schulsysteme für ihre Eltern beim Umzug von einem Bundesland in ein anderes hoch genug.

### **Zentrale Abschlussprüfungen auswerten, Tests und Vergleichsarbeiten evaluieren**

Für die Haupt- und Realschulen zeigen die bisherigen Ergebnisse der zentralen Abschlussprüfungen, dass die versprochene Verbesserung der Leistungen bislang nicht hinreichend feststellbar ist. Das Zentralabitur wurde 2007 zum ersten Mal geschrieben. Rückmeldungen aus den Schulen zeigen, dass sich die zentralen Abschlussprüfungen insgesamt nicht positiv auf die Qualität und die inhaltliche Tiefe des Unterrichts auswirken. Wir werden zur Mitte der Legislaturperiode die Ergebnisse der zentralen Abschlussprüfungen an Haupt- und Realschulen sowie des Landesabiturs auswerten und weiter entwickeln.

Im Hinblick auf die Vielzahl von zentralen Tests und Vergleichsarbeiten streben wir eine Evaluierung der einzelnen Instrumente zur Qualitäts- und Leistungsfeststellung an. Diese zentralen Tests und Prüfungen sollen auf das erforderliche Mindestmaß reduziert und gleichzeitig soll sichergestellt werden, dass die Ergebnisse tatsächlich zur Qualitätsentwicklung genutzt werden.

### **Gemeinsamen Unterricht ausbauen**

Wir werden den gemeinsamen Unterricht (GU) von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf an allen Schulen durch zusätzliches Personal deutlich ausweiten und die Förderung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf vom Rand in die Mitte der bildungspolitischen Debatte holen und besonders unterstützen. Wir wollen deren Isolierung vermeiden, denn wer von Anfang an nicht ausgeschlossen wird, muss auch später nicht wieder integriert werden. Unser Ziel ist es, den GU innerhalb von zehn Jahren von der Ausnahme zur Regel zu machen. Wir werden die Vorschläge unter anderem des Landkreistages aufgreifen und wollen gemeinsam mit einzelnen Landkreisen und mit kreisfreien Städten die gemeinsame Beschulung aller Schülerinnen und Schüler modellhaft erproben, um diese Erfahrungen anschließend landesweit nutzen zu können.

### **Integrative Hochbegabtenförderung ausweiten**

Wir halten die Integration der Hochbegabtenförderung in den Regelunterricht für den richtigen Weg. Ein solcher Ansatz benötigt ein angemessenes pädagogisches Förderkonzept sowie Freiräume und geeignete Rahmenbedingungen, um die Begabungs- und Leistungspotenziale aller Schülerinnen und Schüler entwickeln zu können. Wir werden die Breitenförderung von Hochbegabten ausweiten. In den bestehenden „Gütesiegel-Schulen“ wird Heterogenität bereits als Chance gesehen. Wir unterstützen diese Prozesse, halten wissenschaftliche Begleitung für hilfreich und wollen, dass die Erfahrungen im Sinne von „Best-practice-Beispielen“ anderen Schulen zugänglich gemacht werden.

Die begabungsdagnostische Beratungsstelle BRAIN werden wir noch stärker unterstützen, um die langen Wartezeiten für Ratsuchende zu verkürzen.

Wir wollen die Internatsschule Schloss Hansenberg in eine freie Trägerschaft überführen.

### **Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund verbessern**

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund wollen wir besser unterstützen, indem wir die frühkindliche Bildung ausbauen und verbessern, Eltern in ihrer Erziehungskompetenz stärken und Sprachkompetenz – sowohl in der Herkunftssprache als auch in Deutsch – systematisch fördern, individuelle Förderung ausbauen und Bildungsbarrieren abbauen. Wir werden uns dafür einsetzen, deutlich mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund für unsere Schulen und Kindertages-

stätten zu gewinnen. Interkulturelle Kompetenz muss stärker in der Lehreraus- und -fortbildung sowie bei der Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher verankert werden. Wir werden Schulen unterstützen, die verbreitete Herkunftssprachen (z.B. Türkisch, Russisch) als reguläres Schulfach oder zweite Fremdsprache anbieten wollen. Ferner werden wir ein Konzept entwickeln, das den herkunftssprachlichen Unterricht wieder in den Schulalltag integriert.

Wir werden uns um die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache durch in Deutschland ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer bemühen. Wir werden weiter nach einem dafür geeigneten Partner suchen. Alternativ werden wir einen islamkundlichen Unterricht einführen.

Wir werden allen Kindern unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus freien Zugang zur schulischen Bildung gewährleisten. Jedes Kind hat ein Recht auf Bildung - ganz gleich, wo es lebt und mit welchem Aufenthaltsstatus. Wir werden in Hessen die Voraussetzungen zur Verwirklichung dieses Rechts schaffen.

### **Schüler mit besonderem Bedarf besser fördern**

Häufig führt eine Kombination von schulischen und außerschulischen Problemen dazu, dass Schülerinnen und Schüler ihr jeweiliges Bildungsziel nicht erreichen und unzureichend auf ihren weiteren Lebensweg und den Start in das Berufsleben vorbereitet sind. Oftmals landen diese Schülerinnen und Schüler nach der Schule in Programmen der Bundesagentur für Arbeit, die nachträglich aufwändig versuchen, Qualifizierungsdefizite auszugleichen. Wir streben eine Vereinbarung mit der Bundesagentur für Arbeit an, mit der modellhaft präventive Förderansätze bereits in der allgemeinbildenden Schule erprobt werden, so dass Qualifizierungsdefizite möglichst gar nicht erst entstehen. Eine Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendberufshilfe ist anzustreben.

### **Ein wohnortnahes Schulangebot erhalten**

Wir wollen kreative Lösungen zum Umgang mit rückläufigen Schülerinnen- und Schülerzahlen statt Schulschließungen. Alternativen zu starren Richtgrößen und Schulzweigschließungen sind jahrgangsübergreifender Unterricht und schulformübergreifende Bildungsangebote. Der Grundsatz „kurze Beine, kurze Wege“ ist uns wichtig. In allen Regionen muss ein wohnortnahes Schulangebot sichergestellt werden.

### **Die Fortbildung und das Unterstützungssystem verbessern**

Die Aufgaben der Lehrerinnen und Lehrer und die an sie gestellten Erwartungen sind in den letzten Jahren stetig gestiegen. Wir werden daher ein leistungsfähiges Unterstützungssystem für unsere Schulen schaffen, um durch Qualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer sowie Einbeziehung anderer Professionen den Anforderungen an Schule gerecht werden zu können. Konkret werden wir

- die Lehrerinnen- und Lehrerfortbildung ausbauen und stärker an den tatsächlichen Bedürfnissen orientieren. Das unsinnige, bürokratische und auf tiefem Misstrauen basierende Sammeln von Fortbildungspunkten schaffen wir ab;
- die bisherigen Unterstützungsleistungen der Staatlichen Schulämter und kommunalen Schulträger in regionalen Bildungsbüros zusammenfassen und ausbauen (z.B. im Bereich der Schulsozialarbeit und des schulpsychologischen Dienstes) und so den Schulen Unterstützung aus einer Hand liefern. So kommt die Vernetzung zwischen Jugendhilfe und Schule einen entscheidenden Schritt voran;
- Derzeit vorhandene Reibungsverluste und unklare Zuständigkeiten zwischen den staatlichen Schulämtern, dem Institut für Qualitätsentwicklung und dem Amt für Lehrerbildung abbauen.

### **Schulen in freier Trägerschaft eine solide Grundlage geben**

Schulen in freier Trägerschaft sind eine Bereicherung der Bildungslandschaft. Sie senden wichtige Impulse an die staatlichen Schulen. Wir werden ihre Finanzierung auf eine solide Grundlage stellen.

Die Zuwendungen müssen sich gemäß den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts an den realen Kosten staatlicher Schulen orientieren, so dass die Unterfinanzierung der Schulen in freier Trägerschaft endlich abgebaut wird.

### **Ein neues Zuweisungsverfahren für die Schulen**

Schulen, ihre Schülerinnen und Schüler sowie das jeweilige soziale Umfeld unterscheiden sich zum Teil erheblich. Dementsprechend darf die Zuweisung von Stellen und Mitteln für die Schulen nicht ausschließlich an der Zahl der Klassen bemessen werden, sondern muss zukünftig neben anderen Faktoren auch einen Sozialindex berücksichtigen. An die bereits geleisteten Vorarbeiten, die strukturelle Bedingungen der einzelnen Schulen berücksichtigen, werden wir anknüpfen.

### **Berufliche Bildung stärken und weiterentwickeln**

Wir wollen das duale Ausbildungssystem als tragende Säule der Berufsausbildung beibehalten und die Rolle und Bedeutung der beruflichen Schulen in diesem Kontext weiterentwickeln. Dabei muss die vorrangige Verantwortung der Wirtschaft für die Ausbildung erhalten bleiben.

Die beruflichen Schulen haben eine Schlüsselrolle für Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe. Wir wollen ihnen die Möglichkeit geben, sich als eigenverantwortlich handelnde pädagogische Organisationen zu regionalen Kompetenzzentren zu entwickeln. Dafür werden wir die rechtlichen Voraussetzungen schaffen.

Das Modellprojekt „Selbstverantwortung plus“ wird fortgeführt und weiterentwickelt. Die Ergebnisse und Möglichkeiten des Modells an derzeit 17 beruflichen Schulen in Hessen werden wir als Gestaltungsoption allen Schulen zur Verfügung stellen. Diejenigen Schulen, die sich zu diesen Schritten hin zu mehr Selbstverantwortung entschließen, erhalten die dafür notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen und die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass vollschulische Ausbildungsgänge, die mangels dualer Ausbildungsplätze eingerichtet werden, der betrieblichen Ausbildung gleichgestellt werden und dass der Abschluss durch die Kammern anerkannt wird. Wir werden die berufliche Fort- und Weiterbildung als wichtige Säule des öffentlichen Bildungssystems ausgestalten sowie den „zweiten Bildungsweg“ bis zum Erreichen von Studienabschlüssen durch aufeinander bezogene Anrechnungen und Berechtigungen verlässlich und durchlässig gestalten. Wir werden verbesserte Möglichkeiten für den gleichzeitigen Erwerb eines Abiturs mit einer Berufsausbildung schaffen. Wir halten am Grundsatz der Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung fest.

Die Berufsschulpflicht für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz soll in Verbindung mit adäquaten Angeboten wieder auf 18 Jahre ausgedehnt werden. Jugendliche, die die Schwelle einer langjährigen Berufsausbildung mit hohen Bildungsanforderungen nicht überwinden können, dürfen nicht unqualifiziert bleiben. Für sie können verkürzte Ausbildungen eine Chance sein, überhaupt den Einstieg in die Berufswelt zu schaffen. Wir unterstützen daher in Kooperation mit den regionalen Wirtschaftspartnern die Einrichtung verkürzter Ausbildungsberufe mit zweijähriger Ausbildungszeit für die genannte Zielgruppe. Sie müssen in jedem Fall anschlussfähig sein. Wir wollen, dass bereits während der zweijährigen Erstausbildung ein größtmögliches Maß an Berufsfähigkeit erlangt wird. Verkürzte Ausbildungsgänge sind keine Lösung für fehlende Ausbildungsplätze.

Darüber hinaus wollen wir die Möglichkeit schaffen, dass Jugendliche, die Probleme haben, eine normale Ausbildung in den üblicherweise vorgesehenen drei Jahren zu absolvieren, sich mehr Zeit nehmen dürfen und ggf. eine pädagogische Begleitung erhalten.

Nach wie vor gibt es viele Jugendliche, die – ohne ausbildungsreif zu sein – aus der allgemeinbildenden Schule kommen und viele Schülerinnen und Schüler bleiben im Anschluss an Klasse 9 oder 10 bei ihrer Suche nach einem Ausbildungsplatz im dualen System erfolglos. Für das Übergangssystem zwischen Schule und Beruf werden bundesweit Milliardenbeträge ausgegeben. Wir wollen, dass diese

Mittel zielgenauer eingesetzt und Warteschleifen vermieden werden. Für die Berufsvorbereitung sollten Produktionsschulen ausgebaut werden. Sie dienen dem Nachholen von Schulabschlüssen, der Vermittlung theoretischer Kenntnisse und dem Ausbau sozialer Kompetenzen und sollen die gleitende Überführung in Ausbildung möglich machen.

Produktionsschulen oder ähnliche Angebote können an überbetrieblichen Einrichtungen, an Berufsschulen und bei freien Trägern ausgebaut werden. Zusätzliche Ausbildungsplätze mit hohen Praxisanteilen sollen von Berufsschulen, überbetrieblichen Ausbildungsstätten und Betrieben eingerichtet werden. Kammern und Land sollen diesen Prozess gemeinsam gestalten. Hessen beteiligt sich an der Erprobung von Ausbildungsbausteinen, mit denen die Berufsausbildung neu strukturiert werden kann. Darüber hinaus unterstützen wir Maßnahmen zur Bündelung von Ausbildungsordnungen. Sie dienen unter anderem zum Erhalt des schulischen Angebots in der Fläche.

### **Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern verbessern**

Das Berufsbild von Lehrerinnen und Lehrern hat sich erheblich gewandelt. Sie sind nicht nur mit anspruchsvollen pädagogischen Aufgaben, sondern auch mit gestiegenen gesellschaftlichen Anforderungen konfrontiert. Daher kommt ihrer Ausbildung großes Gewicht zu, denn sie legt den Grundstein für gute Schulen. Die Landesregierung hat in der Lehrerbildung mit ihrer „Reform“ in den Schulen, Universitäten und Studienseminaren Chaos angerichtet. In einem ersten Schritt werden wir hier die notwendigen Korrekturen vornehmen. Dazu gehören für uns eine Entschlackung der Ausbildungsmodule, die Reduzierung der Arbeitsbelastung der Lehrerinnen und Lehrer im Vorbereitungsdienst (LiV) sowie ihrer Ausbilderinnen und Ausbilder und die Stärkung der Rolle der Mentorinnen und Mentoren. In einem zweiten Schritt werden wir im Dialog mit allen Beteiligten über die künftige Struktur der Lehrerbildung beraten. Dabei sind insbesondere die Umstellung auf Bachelor- und Master-Abschlüsse, die Rolle der Staatsexamina und die schulformbezogene Ausbildung zu diskutieren.

### **Lebensbegleitendes Lernen – Weiterbildung stärken**

Wir wollen lebensbegleitende Weiterbildung neben Schule, Ausbildung und Hochschule als gleichberechtigten Teil des öffentlichen Bildungssystems ausbauen. Sie stärkt die Menschen in der Auseinandersetzung mit sich ständig wandelnden gesellschaftlichen Strukturen und beruflichen Anforderungen. Die Bereitschaft und die Möglichkeit, lebenslang zu lernen und das Schaffen der dafür notwendigen Rahmenbedingungen sind heute wichtiger denn je. Eine gute Schulbildung, eine solide Erstausbildung und die Teilhabe am lebensbegleitenden Lernen bis ins Alter sind sowohl als Eintrittskarten in den Arbeitsmarkt notwendige Weiterqualifizierung als auch für die persönliche Weiterentwicklung von großer Bedeutung. Aufgabe des Landes ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Integration von allgemeiner, beruflicher, kultureller und politischer Weiterbildung fördern und Weiterbildung mit den Bildungsbereichen Schule, Ausbildung und Hochschule verknüpfen. Volkshochschulen, Berufliche Schulen sowie die anerkannten freien Träger der Weiterbildung und Schulen für Erwachsene spielen in diesem Prozess als in der Fläche verankerte Einrichtungen der Weiterbildung eine bedeutende Rolle. Auch die Hochschulen des Landes sollen in die Kooperation einbezogen werden.

Die Möglichkeit, Bildungsabschlüsse parallel zur beruflichen Tätigkeit zu erwerben, muss gestärkt werden. Die Teilnahme an Weiterbildung muss deutlich attraktiver gemacht werden. Unser Ziel ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu Bildung, Qualifikation und gesellschaftlicher Teilhabe zu gewährleisten. Dazu gehören unter anderem Angebote zur beruflichen Qualifizierung, zur politischen Bildung, zur kulturellen und sprachlichen Integration sowie zur Förderung ehrenamtlicher Tätigkeit. Besonderer Förderung bedürfen Personen, die sonst keine Möglichkeiten haben, sich beruflich oder allgemein weiterzubilden. Dies gilt auch für Rückkehrer in das Berufsleben und für

ältere Menschen. Das Nachholen aller Schulabschlüsse muss möglich sein. Dazu bedarf es des Ausbaus entsprechender Strukturen, gerade auch der Schulen für Erwachsene. Die Pluralität der Angebote und die Gebührenfreiheit staatlicher Bildungsabschlüsse sind dabei zu erhalten. Chancengleichheit bedeutet für uns auch, allen Menschen, die in Hessen leben und arbeiten, das Recht auf Weiter- bzw. Fortbildung zu garantieren. Die Bildungsangebote müssen neuen Entwicklungen Rechnung tragen und allen Menschen Perspektiven eröffnen. Dies bietet die Chance zur Weiterentwicklung der Persönlichkeit und zum Abbau von Benachteiligungen in der Gesellschaft. Der Pluralität der Bildungsbedürfnisse – z.B. zur Entwicklung und Förderung beruflicher Qualifikationen und Kompetenzen, gesellschaftlichen Wissens, sozialer und kultureller Teilhabe, Orientierungsvermögen und der Fähigkeit zu selbstständigem Handeln – ist Rechnung zu tragen.

Wir wollen verbesserte Weiterbildungsdienstleistungen sowie Transparenz der Bildungsangebote und individuelle Weiterbildungsberatung.

Es gilt, Anreize zur Förderung des lebensbegleitenden Lernens zu schaffen – sowohl für die einzelnen Menschen, die Bildungsangebote nutzen wollen, als auch für Unternehmen, die auf kompetente Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen sind.

Drei Viertel der kleinen Unternehmen haben keine gezielten Fortbildungskonzepte und nur jede zweite Mitarbeiterin bzw. jeder zweite Mitarbeiter ist an entsprechenden Maßnahmen interessiert.

Besonders Ältere, Ungelernte und Frauen mit Familienpflichten nehmen Weiterqualifizierungsangebote nur in geringem Maße in Anspruch.

Wir wollen die Rahmenbedingungen zur Nutzung von Fortbildungsangeboten verbessern und durch mehr Transparenz und einheitliche Qualitätsstandards Orientierung ermöglichen. Dies gilt auch für die von der Arbeitsverwaltung vermittelten Angebote. Eine nutzerfreundliche Informations- und Beratungsinfrastruktur ist die Voraussetzung für die individuell passende Wahl des Qualifikationsangebots. Die Möglichkeit, Bundesmittel und EU-Mittel zur Verbesserung der Infrastruktur und der Angebote einzusetzen, werden wir in Hessen besser nutzen. Der Aufbau neuer Kooperationsmodelle richtet sich nach den regionalen Bedingungen und wird vom Staat unterstützt und gefördert. Die gemeinsame Verantwortung von Land, Kommunen und Bildungsträgern ist arbeitsteilig zu organisieren.

Wir werden das hessische Weiterbildungsgesetz weiterentwickeln, um

- die finanzielle Förderung der Bildungsangebote zu sichern und auszubauen,
- Möglichkeiten der Weiterbildungsberatung auszubauen und zu unterstützen,
- in der Landesregierung die ressortübergreifende Koordination von Weiterbildung zu verbessern,
- Innovationen anzustoßen und Strukturen und Angebote zu evaluieren,
- das Landeskuratorium für Weiterbildung als Koordinationsgremium der Weiterbildungsträger weiterzuentwickeln,
- die Koordinationsstelle für Weiterbildung mit dem Ziel auszubauen, die Ressortkooperation zu stärken und die Integration allgemeiner und beruflicher Weiterbildung voranzutreiben,
- die fachliche Supportstruktur der öffentlichen Weiterbildung zu stärken.

Wir wollen eine Lernlandschaft für alle Generationen schaffen. Das Projekt HessenCampus/ZLL ist hierzu ein wichtiger Schritt. Es bietet die Chance, die Angebote von Volkshochschulen, freien Trägern, den beruflichen Schulen und den Schulen für Erwachsene besser zu vernetzen und gemeinsam ein an den Bedürfnissen in der Region ausgerichtetes Weiterbildungsangebot zu gestalten. Die Entwicklung von HessenCampus/ZLL wird hierzu einer Evaluierung unterzogen. Das Konzept soll dann entsprechend weiterentwickelt werden.

## **Zusammenarbeit zwischen dem Land und den Kommunen**

In vielen Bereichen des schulischen Lebens gibt es Schnittmengen zwischen den Aufgaben der kommunalen Schulträger und des Landes. Wir erkennen den Gestaltungswillen der kommunalen Schulträger, der in vielen Projekten und innovativen Konzepten zum Ausdruck kommt ausdrücklich an. Dazu gehören auch regionale Bereicherungen des Bildungsangebots wie beispielsweise die sechsjährige Grundschule in Marburg. Nur gemeinsam, vertrauensvoll und partnerschaftlich können Land und Kommune im Interesse der Schülerinnen und Schüler bestmögliche Ergebnisse erzielen.

In einem gemeinsamen Dialogprozess zwischen der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden wollen wir eine Vereinbarung über die künftige Aufgaben- und Finanzverteilung zwischen den beiden Ebenen verständigen. Dabei ist unter anderem zu erörtern:

- die Auswirkungen einer höheren Selbstständigkeit der einzelnen Schulen auf die derzeitigen Aufgaben der kommunalen Schulträger und der staatlichen Schulämter sowie auf die an der Schule benötigten Verwaltungskräfte;
- die Aufgabenverteilung beim weiteren Ausbau von Ganztagschulen;
- die Einrichtung eines Schulbudgets, in dem Mittel von Land und Schulträger zusammengefasst werde,
- die Unterstützung der Schulen durch den Ausbau der Schulsozialarbeit und die Vernetzung mit der Sozial-, Kinder- und Jugendarbeit der Kommunen;
- die Vernetzung zwischen den Einrichtungen der vorschulischen Bildung und der Grundschule im Rahmen der Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans;
- die schulträgerübergreifende regionale Bildungsplanung.

## **WISSENSCHAFT. BESSERE QUALITÄT. FÜR MEHR STUDIERENDE. IN AUTONOMEREN HOCHSCHULEN.**

Bildung ist unsere wichtigste Zukunftsressource. Neben den individuellen Aufstiegschancen für den Einzelnen beeinflusst der Bildungsgrad auch Innovation und Kreativität sowie die ökonomische Leistungsfähigkeit und die Beschäftigungsquote der gesamten Gesellschaft. Daher brauchen wir dringend mehr und besser ausgebildete Hochschulabsolventinnen und -absolventen. Bildung ist aber nicht nur ökonomisch wichtig, sondern auch für die persönliche Entwicklung und die Weiterentwicklung der Gesellschaft insgesamt. Denn unsere Hochschulen sind nicht nur Orte der Aus- und Fortbildung, sie sind die ‚Think-Tanks der Zukunft‘, Motor der Innovation und Orte der Reflexion. Sie liefern Antworten zur Lösung unserer drängenden sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Zukunftsfragen. Unser Ziel ist ein chancengerechter und offener Hochschulzugang, um mehr Studierende an den Hochschulen auszubilden. Wir wollen durch bessere Studienbedingungen und -beratung Studienabbrüche vermeiden und für eine verbesserte Qualität der Forschung sorgen. Die für die nächsten Jahre prognostizierte Erhöhung der Studierendenzahlen muss zur Schaffung neuer Studienplätze führen. Wir brauchen zudem mehr Akademikerinnen und Akademiker in Deutschland, weil durch Innovation und Fortschritt immer mehr Berufe nur von Hochqualifizierten ausgeübt werden können. Der zwischen Bund und Ländern ausgehandelte Hochschulpakt 2020 reicht zur Schaffung neuer Studienplätze bei weitem nicht aus. Wir wollen die Hochschulen in die Lage versetzen, in den kommenden Jahren tatsächlich mehr Studierende aufzunehmen. Nur so können wir die Bildungsbeteiligung und auch die chancengerechte Teilhabe an Bildung erhöhen, einem Mangel an hochqualifizierten Fachkräften entgegenwirken und verhindern, dass sich die angespannte Lage auf dem Ausbildungsmarkt durch Verdrängungseffekte weiter verschärft.

### **Studienbedingungen und Lehre verbessern, für motivierte Studierende aus allen Schichten**

Wir GRÜNE stehen für die Entwicklung guter Studienbedingungen und für eine gerechte Teilhabe an Bildung ohne Rücksicht auf die finanziellen Möglichkeiten des Elternhauses:

- Wir haben bei der Abschaffung der Studiengebühren eine führende Rolle gespielt. Damit haben wir dazu beigetragen, eine große Zugangshürde zu den Hochschulen zu beseitigen.
- Wir benötigen eine Qualitätsoffensive in der Lehre, die ein zügiges Studium ermöglicht und die Studienabbrecherquote senkt. Wir haben daher im Gegenzug zum Wegfall der Studiengebühren dafür gesorgt, dass den Hochschulen 92 Mio. Euro pro Jahr zur Verbesserung der Studienbedingungen und der Qualität der Lehre zur Verfügung stehen. Die Hochschulen sollen entsprechende Qualitätsstandards entwickeln und kontinuierlich verbessern. Wir wollen die Lehre in den Hochschulen dauerhaft besser ausstatten. Bei der Höhe der Mittel zur Verbesserung der Studienbedingungen und Qualität der Lehre soll die allgemeine Entwicklung der Studierendenzahlen in Hessen berücksichtigt werden.
- Wir werden im Gespräch mit den Hochschulen Verfahren entwickeln, die einen Missbrauch des Studierendenstatus (Semesterticket, Steuervorteile, Krankenversicherung etc.) verhindern.
- Im Bundesrat werden wir uns für eine weitere Verbesserung der Ausstattung des BAföG einsetzen. Dabei soll geprüft werden, inwiefern BAföG in eine elternunabhängige Studienfinanzierung reformiert werden kann, die die Selbstständigkeit junger Menschen anerkennt.

Wir wollen für das Studium in Hessen qualifizierte, motivierte und gesellschaftlich engagierte Bewerberinnen und Bewerber gewinnen:

- Wir werden die Hochschulen dabei unterstützen, Junior- bzw. Orientierungsstudiumsprogramme zu verstärken.
- Wir wollen die Zeit von der Bewerbung bis zur Einschreibung verkürzen.

- Wir wollen, dass die Hochschulen diskriminierungsfreie Verfahren zur Auswahl von Studierenden entwickeln.
- Studierende befinden sich in verschiedensten Lebenssituationen. Wir wollen daher das Teilzeitstudium stärken, um eine größtmögliche Flexibilität zu ermöglichen.
- Zusätzlich wollen wir durch eine Vernetzung der Förderung und durch Stipendienprogramme gerade die Chancen von jungen Menschen mit Migrationshintergrund auf ein Studium erhöhen.

### **Starke selbstständige Hochschulen in gesellschaftlicher Verantwortung**

Wir werden die hessischen Hochschulen stärken und die Hochschulfinanzierung auf eine solide Grundlage stellen. Dazu gehört die Neuverhandlung des Hochschulpakts mit einer Weiterentwicklung der leistungsorientierten Mittelzuweisung inklusive der Clusterpreise. Wir werden die Frauenförderung und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses über das Erfolgsbudget und weitere Maßnahmen stärken. Die Zielvereinbarungen mit den Hochschulen werden weiterentwickelt. Dabei werden insbesondere folgende Eckpunkte besondere Beachtung finden:

- Abbau von Zugangshürden;
- Anreize zur Entwicklung transparenter und objektivierbarer Verfahren zur Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen;
- Strategien zur Verkürzung der Studienzeiten und zur Senkung der Studienabbrüche;
- Verbesserung der Frauenförderung;
- Entwicklung von Mechanismen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses;
- Verankerung von bedarfsgerechten Weiterbildungsangeboten;
- Profilbildung und Schwerpunktsetzung;
- Regelungen zur Unterstützung der Gremienarbeit und Fortbildung ihrer Mitglieder in der demokratischen Hochschule;
- Stärkung interdisziplinären Forschens und Lehrens;
- Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Hochschulforschung und außeruniversitärer Forschung;
- Ausbau der internationalen Orientierung der Hochschule;
- Verbesserung des Wissens- und Technologietransfers.

Wir werden das Hochschulbauprogramm HEUREKA fortführen und langfristig auf sichere Füße stellen. Bei der Konkretisierung des Programms soll auf die strukturellen Notwendigkeiten in allen Wissenschaftsregionen Rücksicht genommen werden. Bei den Baumaßnahmen wird klimafreundliches und nachhaltiges Wirtschaften zur Bedingung gemacht.

### **Autonomie der Hochschulen demokratisch gestalten**

Wir meinen es ernst mit der Autonomie von Hochschulen. Daher werden wir jeder Hochschule ermöglichen, ein individuelles Autonomiekonzept mit allen Beteiligten an der Hochschule auszuhandeln. Autonomie bedeutet allerdings nicht Verantwortungslosigkeit: Das Einhalten der mit dem Land vereinbarten Ziele muss durch eine Evaluation und ein transparentes Berichtswesen überprüfbar sein. Und Hochschulautonomie heißt nicht, dass die Hochschulen mit ihren Entscheidungen allein gelassen werden. Vielmehr muss das Land bei Entscheidungen, die den gesamten Hochschulraum betreffen, Absprachen und Ausgleiche zwischen den einzelnen Hochschulen forcieren.

Wir wollen Hochschulautonomie und Hochschulprofile fördern. Dafür werden wir das Hessische Hochschulgesetz in enger Abstimmung mit allen Beteiligten und unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Modelluniversität Darmstadt und der Stiftungsuniversität Frankfurt am Main novellieren. Die Hochschulen sollen im Rahmen des Hessischen Hochschulgesetzes (HHG) eigene Autonomie-

konzepte mit allen beteiligten Gruppen an der Hochschule entwickeln. Wir wollen den Weg zu einem professionellen Hochschulmanagement in enger Abstimmung mit den Hochschulen stärken.

Mehr Autonomie erfordert eine Stärkung der innerhochschulischen Demokratie. Wir wollen mehr Mitsprache insbesondere der Studierenden in den Hochschulen und eine Stärkung des Senats gegenüber dem Hochschulrat. Die Entwicklungsplanung und die Vergabe der finanziellen Mittel innerhalb der Hochschule müssen in einem demokratischen und transparenten Prozess ausgehandelt werden.

Die Funktion der Hochschulräte werden wir auf den Bereich der Beratung zurückführen.

Wir werden die demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten der Studierenden verbessern und den Einfluss der Studierenden auf die Studienbedingungen vergrößern:

- In Bereichen, die Studierende betreffen, werden wir die studentische Mitbestimmung ausweiten.
- Wir wollen das Verhältnis zwischen Landesregierung und Studierendenvertretungen verbessern.
- Die 25%-Hürde bei Wahlen zu den Vertretungsorganen der Studierendenschaft und das Recht der Hochschulen zu Eingriffen in deren Struktur wird abgeschafft.
- Das neu geschaffene „Ordnungsrecht“ wird überarbeitet und entschärft.

### **Modernes Hochschulrecht**

Durch ein modernes Hochschulrecht wollen wir im Dialog mit den Hochschulen erreichen, dass die starren Grenzen zwischen Universitäten und Fachhochschulen sowie den anderen Forschungseinrichtungen überwunden werden. Die Durchlässigkeit wollen wir nicht nur zwischen den unterschiedlichen Hochschularten, sondern auch zwischen der beruflichen und der akademischen Bildung, beispielsweise durch duale Studiengänge, erhöhen. Die Verwaltungsfachhochschulen werden in das Hessische Hochschulgesetz integriert und als wissenschaftliche Einrichtungen geführt.

Wir verstehen uns in diesem Prozess als Partner der Wissenschaftseinrichtungen und werden diese Reform auf Augenhöhe vorantreiben.

### **Veränderung der Studienstruktur für umfassende Studienreform nutzen**

Wir werden die neuen Abschlüsse Bachelor und Master für eine umfassende Studienreform nutzen und nicht nur alte Strukturen mit neuen Etiketten versehen. Eine verbesserte Einführungsphase, mehr Betreuung und Beratung sowie mehr Praxisorientierung sind Bausteine unseres Konzepts zur Verringerung der Studienzeiten und zur Senkung der Studienabbrüche. Die neuen Abschlüsse bergen die Chance auf mehr Mobilität und Internationalität von Studierenden und Lehrenden. Wir wollen den Übergang vom Bachelor- zum Masterstudiengang erleichtern, statt ihn durch Zugangshürden zu erschweren. Beim Übergang von Bachelorstudiengängen zu zulassungsbeschränkten Masterstudiengängen sollen die Hochschulen neben den Noten weitere Kriterien bei der Studienplatzvergabe anwenden. Ob es beim Übergang von Bachelor- zu den Master-Studiengängen zu geschlechtsspezifischen Benachteiligungen kommt ist zu beobachten.

Hochschulen sollen in Zukunft einen wachsenden Anteil ihrer Studierenden selbst auswählen. Dazu müssen sie Auswahlverfahren entwickeln, die transparent und objektivierbar sind. Wenn gewährleistet ist, dass Zugangskriterien keine diskriminierenden Faktoren enthalten, sind Auswahlverfahren ein Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit, weil nicht mehr nur die Abiturnote, sondern auch praktische Erfahrung, gesellschaftliches Engagement oder andere besondere Potenziale und Talente in die Bewertung eingehen. Dann könnte auch das Numerus-Clausus-Verfahren zu Gunsten qualifizierter Auswahlverfahren abgeschafft werden. Durch finanzielle Anreize aus den Innovationsbudgets werden wir die Hochschulen zu solchen Reformen ermuntern.

### **Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern verbessern**

Das Berufsbild von Lehrerinnen und Lehrern hat sich erheblich gewandelt. Sie sind nicht nur mit anspruchsvollen pädagogischen Aufgaben, sondern auch mit gestiegenen gesellschaftlichen Anforder-

rungen konfrontiert. Daher kommt ihrer Ausbildung großes Gewicht zu, denn sie legt den Grundstein für gute Schulen. Die Landesregierung hat in der Lehrerbildung mit ihrer „Reform“ in den Schulen, Universitäten und Studienseminaren Chaos angerichtet. In einem ersten Schritt werden wir hier die notwendigen Korrekturen vornehmen. Dazu gehören für uns eine Entschlackung der Ausbildungsmodule, die Reduzierung der Arbeitsbelastung der Lehrerinnen und Lehrer im Vorbereitungsdienst (LiV) sowie ihrer Ausbilderinnen und Ausbilder und die Stärkung der Rolle der Mentorinnen und Mentoren. In einem zweiten Schritt werden wir im Dialog mit allen Beteiligten über die künftige Struktur der Lehrerbildung beraten. Dabei sind insbesondere die Umstellung auf Bachelor- und Master-Abschlüsse, die Rolle der Staatsexamina und die schulformbezogene Ausbildung zu diskutieren.

### **Wissenschaftlichen Nachwuchs fördern**

Die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses sehen wir als Schlüsselaufgabe für die Zukunftsfähigkeit des Wissenschaftssystems. Wir wollen daher Angebote an den hessischen Hochschulen fördern, die einen umfassenden Qualifizierungsansatz des wissenschaftlichen Nachwuchses verfolgen. Die Phase der Promotion soll strukturierter und besser betreut erfolgen. Graduiertenschulen, die sich an den Schwerpunktsetzungen der Hochschulen ausrichten, sind hierfür ein guter Weg. Bei der Nachwuchsförderung sollen die Universitäten, die Fachhochschulen und die außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie forschungsstarke Unternehmen in der jeweiligen Hochschulregion enger zusammenarbeiten.

Wir wollen gemeinsam mit Stiftungen und Unternehmen eine Service-GmbH und einen Fonds für den wissenschaftlichen Nachwuchs einrichten. Dieser Nachwuchsfonds könnte einen deutlichen Zuwachs an Stipendien für den wissenschaftlichen Nachwuchs sicherstellen und soll mindestens zur Hälfte für die Förderung von Frauen eingesetzt werden.

Wir prüfen, wie die Mitbestimmung der Personalräte auf die Angelegenheiten aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Hochschulen ausgedehnt werden kann.

### **Internationalisierung öffnet den Blick für Neues**

Wir unterstützen eine stärkere internationale Profilierung der hessischen Hochschulen. Wir wollen, dass noch mehr Studierende Teile ihres Studiums im Ausland absolvieren und Studierende sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus Europa und aller Welt im Austausch mit hessischen Hochschulen stehen. Daher werden wir, wie im Bologna-Prozess vorgesehen, die Anerkennung von Studienleistungen konsequent umsetzen und die internationalen Kooperationen der hessischen Hochschulen weiter ausbauen.

### **Frauenförderung: nicht altbacken, sondern innovativ**

In nahezu keinem anderen gesellschaftlichen Bereich sind Frauen so stark unterrepräsentiert und Männerseilschaften so dominant wie in der Wissenschaft. Der Frauenanteil an den Professuren liegt heute in Hessen durchschnittlich bei 13,5 Prozent. Unser mittelfristiges Ziel, bei Neuberufungen für Professuren und bei Postdoc-Stellen mindestens einen Frauenanteil von 40 Prozent zu erreichen, wollen wir durch einen spürbaren finanziellen Anreiz für die Hochschulen realisieren. Dazu werden wir die Mittelzuweisungen an die Hochschulen zukünftig deutlich stärker an Erfolge bei der Frauenförderung knüpfen. Das aufgrund der Föderalismusreform ausgelaufene Hochschulwissenschaftsprogramm des Bundes zur Chancengleichheit werden wir durch ein hessisches Förderprogramm ersetzen, das Mentorinnenprogramme und Best-Practice-Preise zur Frauenförderung vorsieht.

### **Hessens Hochschulen werden familienfreundlicher**

Der Anteil von Akademikerinnen und Akademikern ohne Kinder ist signifikant höher als der von Nicht-Akademikerinnen und -akademikern. Um die familienfeindlichen Strukturen in der Wissenschaft aufzubrechen, wollen wir flexible Studien- und Arbeitsbedingungen für Hochschulangehörige mit Kindern schaffen. In Zusammenarbeit mit den Kommunen wollen wir die Kinderbetreuung an den Hochschulen ausbauen, um die Vereinbarkeit von Studium bzw. Beruf und Kindern zu erleichtern. Darüber hinaus werden wir dafür sorgen, dass das Recht auf ein Teilzeitstudium erhalten bleibt.

### **Hochschulen für Weiterbildung öffnen**

In Zukunft werden sich auch gut ausgebildete Menschen ihr gesamtes Berufsleben lang fort- und weiterbilden müssen und wollen. Den Hochschulen fällt hier eine ganz besondere Rolle zu, der sie sich bisher nur ungenügend stellen. Denn Hochschulen bieten beste Voraussetzungen, um den Transfer aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Berufspraxis zu ermöglichen. Wir wollen die Weiterbildungsaktivitäten der Hochschulen stärken, um die Qualifizierungsmöglichkeiten für Menschen, die bereits im Berufsleben stehen, zu erhöhen und den steigenden Bedarf an Besserqualifizierten decken zu können. Diesem Ziel kommen gerade auch die neuen gestuften Studiengänge entgegen, weil sie die Option eines Master-Abschlusses auch bereits nach mehrjähriger Berufserfahrung optimal ermöglichen. Wir wollen die Wirtschaft an den Kosten dieser Weiterbildung beteiligen. Zudem wollen wir beruflich Qualifizierte ohne Abitur zur Aufnahme eines Studiums ermuntern, nachdem ihnen der Hochschulzugang eröffnet wurde.

### **Ausgaben für Forschung sind Investitionen für die Zukunft**

Wir wollen unseren Beitrag zur Umsetzung des von der EU beschlossenen Ziels, die Forschungsausgaben in Deutschland bis 2010 auf drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen, leisten. Die eigenständige Forschungsförderung des Landes Hessen (LOEWE) wollen wir fortführen und weiterentwickeln.

Wir wollen die bestehende Forschungsförderung durch eine programmbezogene Förderung der Forschung zu wichtigen Zukunftsfragen ergänzen. Hierzu gehören insbesondere die Umwelt- und Klimaforschung, die Forschung für Nachhaltigkeit, Forschungsarbeiten zur ökologischen Landwirtschaft oder zur Verbesserung der Lebenssituation älterer Menschen sowie die empirische Bildungs- und Unterrichtsforschung.

Forschung darf nicht nur wirtschaftlich verwertbare technische Neuerungen vorantreiben, sie muss insbesondere auch den Risiken und Folgewirkungen Aufmerksamkeit schenken. Wir werden Technikfolgenabschätzung und Vorsorgeforschung als gleichberechtigte Elemente neben der Technologieförderung etablieren.

Zudem werden wir die außeruniversitäre Forschung stärken. Wir werden die Kürzungen der letzten Jahre bei den außeruniversitären Forschungseinrichtungen zurücknehmen und die Fördermittel nach der Überleitung der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung zur Blauen Liste im Gesamtvolumen erhalten. Die dadurch frei verfügbaren Mittel werden wir insbesondere für die Stärkung und Profilierung exzellenter, insbesondere ökologischer sowie sozialer Forschungen einsetzen. Ferner sehen wir uns in der Kontinuität der vertraglichen Vereinbarungen im Hinblick auf die gemeinsame Forschungsförderung durch Bund und Ländern.

Wir wollen den Forschungsauftrag der Fachhochschulen stärken und die innovative Forschung besser unterstützen.

## **GRÜNE WIRTSCHAFTSPOLITIK: HESSEN ZURÜCK AN DIE SPITZE**

Grüne Wirtschaftspolitik für Hessen heißt: die ökologische Modernisierung voranbringen, sozial Schwache am gesellschaftlichen Reichtum beteiligen, den Mittelstand fördern, Innovationen anschieben und unterstützen, die kommunale Daseinsvorsorge garantieren, das Bildungssystem leistungsfähig, hochwertig und gerecht gestalten, eine gut funktionierende, ökologisch und sozialverträgliche Infrastruktur schaffen. Wir GRÜNE stehen für eine Wirtschaftspolitik, die das gesellschaftliche und individuelle Wohlergehen fördern will, dabei aber der Begrenztheit der natürlichen Ressourcen Rechnung trägt. Wirtschaftspolitik muss in unseren Augen mithelfen, für eine möglichst gerechte Teilhabe aller an der Wertschöpfung und für Geschlechtergerechtigkeit zu sorgen und sie muss die Anliegen der Menschen in allen Teilen dieser Erde und die Interessen künftiger Generationen berücksichtigen. Basis unserer Wirtschaftspolitik ist die soziale Marktwirtschaft mit dem Markt als Steuerungsprinzip bei gleichzeitigem sozialem Ausgleich. Die soziale Marktwirtschaft muss um die Ziele ökologische Verträglichkeit und Nachhaltigkeit erweitert werden. Ökonomie ohne Ökologie ist nicht denkbar. Eine Wirtschaftsweise, die ihre natürlichen Ressourcen zerstört, ist nicht verantwortlich und entzieht sich selbst ihre Grundlage. Nur eine Wirtschaftsweise, die unsere natürlichen Lebensgrundlagen schont, kann dauerhaft die Teilhabe an Wohlstand und Lebensqualität für alle sichern. Dass man gleichzeitig das Klima schonen und die Wirtschaft fördern kann hat der Schub gezeigt, den das Erneuerbare-Energien-Gesetz gerade auch für das Handwerk gebracht hat.

Der Markt ist nicht alles und Markt kann auch nicht alles. Die vielerorts anzutreffende Überhöhung des Marktes und die weiterhin laut vorgetragene Forderung nach Privatisierung und Liberalisierung in immer mehr gesellschaftlichen Bereichen lehnen wir ab. Die Finanzmarktkrise hat gezeigt, wohin ein unkontrollierter Markt ohne hinreichende von der Politik definierte Rahmenbedingungen führt. Neben dem sozialen Ausgleich vor allem durch Steuern und Transfers gilt es, über ein stringentes Wettbewerbs- und Kartellrecht einen Ordnungsrahmen für einen funktionierenden Markt zu schaffen. Zudem gibt es Bereiche der Infrastruktur und der kommunalen Daseinsvorsorge, in denen sich der freie Markt eben nicht bewährt. Wirtschaftspolitik darf keine falschen Versprechungen machen oder Illusionen wecken. Sie kann und muss in unseren Augen positive Rahmenbedingungen schaffen, soziale und ökologische Standards setzen, Innovationen anschieben und öffentliche Güter bereitstellen. Diese Impulse aufzunehmen, um Entwicklungen voranzubringen und neue Arbeitsplätze zu schaffen, ist Aufgabe der Wirtschaft – Wertschöpfung und Arbeitsplätze kann der Staat selbst nur in begrenztem Umfang schaffen. Auch wollen wir keinen reglementierenden und bevormundenden Staat, weil Freiheit und Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt allen, so auch wirtschaftenden Handelns stehen müssen.

Gerade angesichts der Finanzmarktkrise und ihrer Folgen braucht der Markt einen sozialen und ökologischen Rahmen sowie einen handlungsfähigen Staat. Aktuelle Aufgabe von Politik ist es, die Folgen der Krise für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abzumildern sowie Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Wiederholung der Krise vermeiden. Gleichzeitig muss es aber auch darum gehen, unsere Wirtschaftsweise weg von kurzfristigen, die Umwelt zerstörenden Profiten für Wenige und hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise im Einklang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen und Teilhabe am Wohlstand für alle zu verändern.

### **Mit schwarzen Ideen rote Zahlen schreiben – das war gestern**

In den vergangenen zehn Jahren ist der Wirtschaftsstandort Hessen zurückgefallen. Die Arbeitslosenquote liegt deutlich höher als in unseren Nachbarländern Bayern und Baden-Württemberg und sogar über dem Schnitt der westdeutschen Bundesländer. Das Wirtschaftswachstum blieb im Gegenzug hinter dem in anderen Bundesländern zurück. Die boomenden Wirtschaftszweige der Umwelttechnologie und der Erneuerbaren Energien wurden von der Landesregierung nicht nur verschlafen, sondern

aktiv in ihrer Entwicklung gebremst. Laut dem Mittelstandsbarometer der Firma Ernst & Young landet Hessen bei der regionale Wirtschaftsförderung im Ländervergleich auf Platz 11 von 16, die Mittelstandspolitik sogar nur auf Platz 14. Die Unternehmerinnen und Unternehmen beklagen vor allem den Mangel an ausreichend qualifizierten Fachkräften und die Defizite in der schulischen Ausbildung von Auszubildenden. Beide Entwicklungen sind Ergebnis einer falschen Bildungspolitik, die seit Jahren hektischen Aktionismus verbreitet, aber zu keiner wesentlichen Qualitätsverbesserung führt. Im Gegenteil: Zwischen der ersten PISA-Studie aus dem Jahr 2000 und der dritten Studie aus dem Jahr 2006 stagniert Hessen im Vergleich der Bundesländer und ist gerade in den für die Wirtschaft besonders wichtigen Naturwissenschaften sogar auf Platz 12 zurück gefallen.

Trotz dieser schlechten Bilanz setzt die CDU weiter auf eine Kombination aus Wirtschaftspolitik der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts und neoliberaler Deregulierungspolitik. Statt in Bildung und die Märkte der Zukunft zu investieren folgt die CDU nach wie vor der antiquierten Vorstellung, dass die Wirtschaft im 21. Jahrhundert in einem gut erschlossenen Land wie Hessen ausgerechnet auf immer mehr Beton in Form neuer Autobahnen oder dem Millionengrab eines Flughafenneubaus in Kassel-Calden angewiesen sei. Schon heute verfügt Hessen nach Angaben der HessenAgentur über mehr als 600 freie Gewerbegebiete, wovon sich über 300 näher als fünf Kilometer an der nächsten Autobahnauffahrt befinden. Und schon heute liegt die Arbeitslosigkeit im Landkreis Hersfeld-Rotenburg trotz der Autobahnen A4, A5 und A7 höher als die Arbeitslosigkeit im Landkreis Waldeck-Frankenberg, der nur am äußersten nördlichen Rand von der A44 tangiert wird. Statt altem Denken brauchen wir neue Ideen. Wir GRÜNE haben sie.

### **Mit GRÜNEN Ideen schwarze Zahlen schreiben – das ist die Zukunft!**

Klimawandel und stetig steigende Preise auf den Rohstoff- und Energiemärkten beeinflussen das Wirtschaften immer stärker. Der effiziente Einsatz dieser Ressourcen ist deshalb von großer Bedeutung für unsere Umwelt, kann bestehende Beschäftigung nachhaltig sichern und neue Erwerbschancen – gerade auch in kleinen und mittleren Betrieben – erschließen. Die Förderung von Forschung und Technologietransfer zur Verbesserung der Ressourceneffizienz steht aus diesem Grunde im Mittelpunkt GRÜNER Wirtschaftspolitik.

Wir wollen die Vorteile Europas für Hessen nutzen und wissensbasierten Dienstleistungen die Verbindung zu Industrie und Handwerk ermöglichen. Die hessischen Chemie-, Pharma- und Maschinenbauunternehmen, IT-Anbieter und Automobilhersteller, aber auch die rasch wachsenden Unternehmen im Bereich der regenerativen Energien zeigen, welche Potenziale vorhanden sind. In vielen Unternehmen sind beachtliche Kostensenkungen durch Effizienzsteigerungen bei Rohstoff- und Energieeinsatz möglich, die nicht zu Lasten der Beschäftigten gehen. Gleichzeitig entlastet ein entsprechendes Ökologie-Management die Umwelt.

Umwelttechnologie-Unternehmen sollen in Hessen beste Startchancen und optimale Entfaltungsmöglichkeiten erhalten. Sie sind durch besondere Programme der hessischen Wirtschaftsförderung zu unterstützen. Beim Einkauf der Landesbehörden und bei öffentlichen Bauten ist künftig konsequent darauf zu achten, dass ökologisch und sozial sinnvolle Produkte beschafft werden.

Wir werden die weltweite Spitzenstellung Hessens in der Heizungstechnik ausbauen, indem wir unsere Unternehmen ermutigen, die führenden Anbieter dezentraler Kleinkraftwerke zur Produktion von Strom und Wärme zu werden. Für die chemische Industrie kann Hessen attraktiver werden, indem Technologien gefördert werden, die mit weniger Energieaufwand und Abfall auf der Basis nachwachsender Rohstoffe Chemikalien von morgen produzieren.

### **Kreativwirtschaft stärken, Hessen zum Innovationsland Nummer eins machen**

Wir wollen im Wettbewerb um das innovativste Bundesland die Nummer eins werden. Wir werden die Effizienz unserer Forschungsstrukturen überprüfen, Bürokratie abbauen und aus jedem Euro mehr

exzellente Forschung mit dem Ziel herausholen, neuen Schwung und neue Motivation in der hessischen Wirtschaft auszulösen.

Flexible Innovationsnetzwerke, die Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Unternehmen eng miteinander verknüpfen, sind die Modelle der Zukunft. Wir wollen alles daran setzen, die Wertschöpfung unserer Ideen auch im Land zu halten, um durch Forschung aus Geld Wissen und durch Innovation aus Wissen Geld zu machen.

Voraussetzung für den Innovationswettbewerb ist aber auch der Wettbewerb um die besten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Diesen gewinnt man nicht, wenn man Menschen nur als Kostenfaktoren betrachtet. Wir brauchen in Hessen eine Innovationskultur, die Menschen mit ihrem Wissen und Können als etwas Wertvolles respektiert. Menschen sind die Voraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg. GRÜNE Wirtschaftspolitik fördert und wertschätzt kreative Köpfe und setzt somit die richtigen Akzente für die Entwicklung und Vermarktung innovativer Ideen.

Kreativität ist mehr als künstlerische Schöpferkraft. Kreatives Denken und Handeln ist die Fähigkeit, ständig neue Zusammenhänge herzustellen, unterschiedlichste Perspektiven zu integrieren und Bestehendes zu hinterfragen.

### **Kreativität als Chance wahrnehmen**

Im kreativen Sektor liegen starke Zukunftschancen, die bislang nicht ausreichend ausgeschöpft wurden. Den Mix von Kultur, Weltoffenheit, Wissenschaft und Wirtschaft, der eine der Stärken gerade des Rhein-Main-Gebietes ist, werden wir als Chance für Hessens (wirtschaftliche) Entwicklung wahrnehmen. Wir werden kreative Vielfalt und Unkonventionelles gezielter, flexibler und unbürokratischer unterstützen.

Hessen braucht einen Kreativfonds, der durch flexible Gestaltung der monetären Förderleistung den spezifischen Merkmalen der Kreativwirtschaftsunternehmen Rechnung trägt. Dieser Fonds muss da ansetzen, wo klassische Kreditvergabe und auch Förderprogramme aufhören. Er muss der Heterogenität der Branche durch verschiedene Instrumente wie Kredite, Zuschüsse und auch Zwischenfinanzierung Rechnung tragen. Insbesondere kurzfristige Mikrokredite sind für Teile der Kreativwirtschaft von enormer Bedeutung.

Wir werden Zwischennutzungen in landeseigenen Immobilien für kreative Klein- und Kleinstunternehmungen zulassen und ihnen bei der Vermittlung von Flächen und Räumen helfen. Hierdurch können Gebäude sinnvoll genutzt werden sowie Arbeitsplätze, Einkommen und Steuereinnahmen entstehen.

Hessen braucht eine Stabstelle Kreativwirtschaft, die Beratung und Coaching für Kreative leistet und die die Aktivitäten des Landes und seiner Förderinstitute koordiniert.

### **DIE GRÜNEN als Partner des Mittelstands**

Kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) sind das Rückgrat der hessischen Wirtschaft. Sie leisten einen zentralen Beitrag zur Schaffung und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, zeichnen sich durch große Standorttreue aus und können sich häufig rascher als Großunternehmen an veränderte Marktbedingungen anpassen. Wir GRÜNE machen gezielte Politik für den Mittelstand. In Hessen tragen mehr als 300.000 selbstständige Unternehmerinnen und Unternehmer Verantwortung für sich und ihre Beschäftigten. Verantwortung heißt, Freiraum für eigene Entscheidungen zu haben und damit für Mut, Kreativität und Phantasie. Wir unterstützen den Weg in die Selbstständigkeit und wollen mehr Gründerinnen und Gründer kleiner und mittlerer Unternehmen, die den Wettbewerb beleben, Hessen zum Innovationsmotor machen und Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen. Wir wollen Selbstständigkeit sozial besser absichern und setzen uns dafür ein, die unternehmerischen Haftungsrisiken zu begrenzen und die Finanzierung neuer Geschäftsideen unbürokratisch zu erleichtern.

Die Gründung eines Unternehmens soll in Hessen möglichst schnell und unkompliziert stattfinden können und besser unterstützt werden. Risikokapital trägt zur Schaffung neuer Unternehmen und somit zu mehr Beschäftigung bei. Wir werden ein vereinfachtes Verfahren in die Wege leiten, durch das gerade auch Start-up-Unternehmen unbürokratisch über die Förderbank des Landes Kredite bis 100.000 Euro online beantragen können. Wir wollen die lokale Gründungsberatung erweitern und öffnen sowie die Zugangsmöglichkeiten von Frauen und Gründern mit Migrationshintergrund verbessern.

Wir werden neue Förderinstrumente zur gezielten Förderung kleinerer und mittlerer Unternehmen und Existenzgründungen entwickeln. Als neue Finanzierungsinstrumente für den Mittelstand werden wir dabei folgende Instrumente einführen bzw. ausbauen:

- Kleinstkreditprogramme bis zu Größenordnungen von 50.000 Euro;
- Vorfinanzierung von Aufträgen für den wirtschaftlichen Mittelstand durch Förderkredite;
- Förderung des Betriebsübergangs an einen Nachfolger bei altersbedingtem Ausscheiden der Eigentümerin oder des Eigentümers;
- die Einführung von „Mezzaninkapital“ (Kredite mit langen Laufzeiten und eigenkapitalähnlichen Eigenschaften, bei denen erst nach einigen Jahren eine Rückzahlung einsetzt).

### **Handwerk hat GRÜNEN Boden**

Mit grünen Ideen schwarze Zahlen schreiben – das gilt ganz besonders für das Handwerk. Von der Förderung der erneuerbaren Energien, von der Wärmedämmung bei Gebäuden, vom Einsatz von Energiespartechnologien in Privathaushalten und im Gewerbe profitieren Handwerksbetriebe in besonderem Maß. Das schafft Wertschöpfung in der Region und damit Arbeitsplätze und macht uns unabhängiger von teuren und zunehmend unsicheren Rohstoffimporten. Das Potenzial ist bei weitem noch nicht ausgeschöpft: die energetische Sanierung von Altbauten, Austausch alter gegen neue, sparsame Heizungen, der Bau von Nahwärmenetzen und viele anderen Maßnahmen schaffen Perspektiven für das Handwerk. Allerdings müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Dafür werden wir mit der konsequenten Förderung von Erneuerbaren Energien, Energieeffizienz und Energieeinsparung sorgen.

### **Neue Akzente in der Wirtschaftsförderung**

Die vielfältigen Aufgaben der Wirtschaftsförderung werden derzeit von mehreren Landeseinrichtungen wahrgenommen. Dies führt zu Unübersichtlichkeit und Kompetenzwirrwarr. Wir werden die Wirtschaftsförderungseinrichtungen (Landestreuhandanstalt LTH, Investitionsbank Hessen IBH und HessenAgentur) mit dem Ziel neu strukturieren, monetäre Wirtschaftsförderung aus einer Hand zu erreichen. Die nichtmonetäre Wirtschaftsförderung soll unabhängig verbleiben und neu strukturiert werden.

Die hessische Wirtschaftsförderung wird das Standortmarketing, die Regionalförderung und den Technologietransfer in den Regionen miteinander verbinden. Dazu wird sie die regionale Identität und regionale Vermarktungswege durch Förderung genossenschaftlicher Initiativen, Netzwerke, Regiogeldinitiativen und Kooperationen zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Kommunen fördern. Siedlungsentwicklung und Wohnungspolitik müssen einbezogen werden.

Wir streben an, in Hessen bis 2012 eine flächendeckende Breitbandversorgung sicherzustellen: Soweit notwendig werden Fördermaßnahmen mit Mitteln der EU, des Bundes (Gemeinschaftsaufgaben) und des Landes dort durchgeführt, wo Wirtschaftlichkeitslücken die Breitbandversorgung bisher verhindern.

Die Wirtschaftsförderung wird mit einem Förderprogramm „Leitbranche Umwelttechnik und Ressourceneffizienz“ einen neuen Schwerpunkt bilden. Bis 2014 sollen 50.000 neue Arbeitsplätze im hessischen Umweltsektor entstehen. Insbesondere soll die Zusammenarbeit bei der Entwicklung und

Vermarktung von Produkten aus dem Umweltsektor zwischen Unternehmen, Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen weiter ausgebaut werden.

Durch ein Programm „Ökologische und faire Beschaffung und ökologisches Bauen bei Land und Kommunen“ werden, u.a. durch Beschaffungs- und Baurichtlinien sowie die Nutzung zertifizierten Ökostroms, entsprechende Unternehmen direkt und indirekt (durch die Vorbildfunktion des Staates) gefördert.

Die Tourismusförderung soll künftig gezielter eingesetzt werden: Wir werden die Werbung auf Hauptdestinationen und Thementourismus konzentrieren. Einen Schwerpunkt wird der nachhaltige Tourismus bilden

In diesem Sinne wollen wir die Planungen für das Ferienresort Beberbeck in Nordhessen nach ökologischen Kriterien überarbeiten. Mit einer Vernetzung und Einbindung in die vorhandenen Strukturen soll dort ein am nachhaltigen Wirtschaften ausgerichtetes Tourismusprojekt entstehen, das sich als dauerhafter Impulsgeber für Handwerk und Dienstleister in Nordhessen erweist.

### **Forschungs- und Technologiepolitik**

Die Technologiepolitik des Landes und der Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Unternehmen müssen verbessert werden. Bei den Aufwendungen für die Technologiepolitik liegt Hessen im Bundesvergleich hinter den anderen großen Flächenbundesländern. Vorrangiges Ziel ist die Stärkung des operativen Technologietransfers durch regionale Transferzentren. Technologie- und Wissenstransfer müssen außerdem bei den Hochschulen einen höheren Stellenwert erhalten. Die bestehenden Strukturen innerhalb der Hochschulen sollen auf ihre Wirksamkeit untersucht und weiterentwickelt werden. Wir werden die Kooperationsstellen zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft verbessern. Die Transferzentren können auch eine wesentliche Gestaltungsrolle beim Aufbau des Clustermanagements spielen.

### **Jobwunder Dienstleistungssektor**

Viele hessische Industrieunternehmen lagern Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten, Marketing und PR, Personalbeschaffung, Steuerberatung oder Controlling zu unternehmensnahen Dienstleistern aus. Diese wachsen schnell und können sich flexibel an Marktveränderungen anpassen. Um die Infrastruktur für ihre Ansiedlung auch außerhalb des Ballungsraums zu verbessern, werden wir für einen flächendeckenden, schnellen und leistungsfähigen Zugang zum Internet sorgen.

Angesichts der demografischen Entwicklung wächst auch der Markt für haushaltsnahe Dienstleistungsunternehmen weiter. Hier eröffnen sich viele neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Auch in der Gesundheitswirtschaft bieten sich Hessen durch seine Infrastruktur mit Universitätskliniken, Schwerpunktkrankenhäusern und traditionsreichen Heilbädern besondere Chancen für neue und zukunftsträchtige Arbeitsplätze. Wir unterstützen ihre Vernetzung mit Forschung und Lehre, Therapie und Pflege, der Medizintechnik und Medikamentenherstellung, aber auch im Bereich des Wellnessdienstleistungssektors.

### **Politik für Hessens Regionen**

Hessens Vielfalt bietet die Chance, die Landespolitik gezielt auf die unterschiedlichen Strukturen der Regionen und deren Stärken auszurichten. Mittels des kommunalen Finanzausgleichs wollen wir die Ausgangsbasis strukturschwacher Regionen verbessern. Die Landeseinrichtungen in Mittel- und Nordhessen mit ihren zahlreichen Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich werden wir erhalten und ausbauen. Darüber hinaus benötigen strukturschwache Gebiete differenzierte Förderprogramme, die regionale Stärken nutzen. Wir werden regionale Aktivitäten besser fördern und vernetzen.

Eine wachsende Herausforderung im ländlichen Raum ist die Nahversorgung. Wir werden innovative Konzepte wie mobile und/oder multifunktionale Nahversorger sowie Hauszustellungen einführen, um insbesondere für ältere Menschen die Grundversorgung sicherzustellen.

Handlungsfähige Regionen brauchen eine moderne Verwaltungsstruktur. Die Vielzahl der staatlichen Ebenen (Europa, Bund, Land, Regierungspräsidien, Verbandskammern, Landkreise und Kommunen) machen den Aufbau viel zu kompliziert. Das schadet dem Wirtschaftsstandort Hessen. Der Zuschnitt der Landkreise entspricht nicht mehr ihren Aufgaben: Für viele Themen sind sie zu klein. So werden schon heute viele Aufgaben von mehreren Landkreisen in Zweckverbänden geregelt. Transparenz und demokratische Kontrolle bleiben dabei häufig auf der Strecke. Für die Erledigung anderer Aufgaben sind die Landkreise wiederum zu groß; diese Leistungen könnten die Kommunen besser und bürger-näher erbringen. Wir werden daher so viele Aufgaben wie möglich den Städten und Gemeinden übertragen. Überörtliche Aufgaben sollen Regionalkreise mit direkt gewähltem Parlament erledigen. Die bisherigen Landkreise, der Planungsverband und die Regierungsbezirke gehen in diesen Regionalkreisen auf. Da regionale Zusammenhänge auch über Landesgrenzen hinausreichen, wollen wir die Kooperation mit unseren Nachbarn verstärken. Die bereits existierende länderübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Region Rhein-Neckar wollen wir durch eine direkt gewählte Verbands-kammer stärken und demokratisieren.

Die bisherige Förderpolitik in der Landwirtschaft orientiert sich nur an der Größe der Betriebe und berücksichtigt nicht die Anzahl der Arbeitsplätze, die in den Betrieben vorhanden sind. Dies wollen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten verändern. Auf diese Weise werden wir es schaffen, in den strukturschwachen Regionen mehr Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen.

### **Hessen braucht stabile Finanzmärkte**

Frankfurt ist das wichtigste Finanzzentrum Kontinentaleuropas. Deshalb ist Hessen von der Finanzmarkt-krise in besonderer Weise betroffen. Die Krise ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen Liberalisierungs- und Deregulierungspolitik, die zwar die Finanzströme globalisierte, aber bisher weitgehend darauf verzichtete, den Weltmärkten ökologische und soziale Rahmenbedingungen zu setzen. Auch haben sich die nationalen und internationalen Kontrollmechanismen als letztendlich wirkungslos erwiesen. Im Rahmen des landespolitisch Gestaltbaren werden wir uns für folgende Punkte einsetzen:

- Das Land muss an nationalen und internationalen Initiativen mitwirken, die die Transparenz und Stabilität der Finanzmärkte erhöhen sowie die Verantwortlichkeit des Bankenmanagements verstärken.
- Wir wollen eine neue Finanzmarktverfassung mit den Kernpunkten Stabilität, Verbraucherschutz und Nachhaltigkeit schaffen. Anders als bisher sollen künftig alle Akteure auf den Finanzmärkten – die Banken und die Anlegerinnen und Anleger – wissen, aus welchen Elementen Finanzprodukte bestehen und welche Risiken sie mit sich bringen. Nur so können die Anlegerinnen und Anleger die Verantwortung für ihr Investment wahrnehmen.
- Wir setzen uns für die vollständige Ansiedlung der nationalen Finanzmarktaufsicht (BaFin) sowie die Integration der europäischen Finanzmarkt- und Versicherungsaufsichten am Standort Frankfurt ein.
- Die Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Wirtschaftskriminalität mit bundesweiter Zuständigkeit in Frankfurt muss ausgebaut werden.
- Wir halten an der Landesbank Hessen-Thüringen mit ihrem bewährten Geschäftsmodell als landeswirtschaftlichem Kreditinstitut fest. Wir werden sicherstellen, dass sie ihre dem Gemeinwohl dienenden Aufgaben weiter wahrnehmen kann und die Kontrolle durch Sparkassen, Kommunen und die Länder Hessen und Thüringen gewahrt bleibt.

- Wir wollen das öffentliche Bankenwesen stärken und uns in Folge der Finanzmarktkrise auf der europäischen Ebene dafür einsetzen, dass die Gewährträgerhaftung und die Anstaltslast wieder aufleben.

Mit der Novellierung des Sparkassengesetzes haben die GRÜNEN bereits in der zu Ende gegangenen Legislaturperiode sichergestellt, dass die hessischen Sparkassen, die sich ebenso wie die Volksbanken und Genossenschaftsbanken in der gegenwärtigen Finanzkrise als stabilisierender Faktor im Bankensystem erweisen, im öffentlichen Eigentum verbleiben und künftig erweiterte Möglichkeiten der Zusammenarbeit nutzen können. Mit ihrem gemeinnützigen Auftrag und ihrer regionalen Verankerung bilden sie gemeinsam mit den Genossenschaftsbanken und Volksbanken einen tragfähigen Bestandteil der wirtschaftlichen Infrastruktur sowohl in den ländlichen Regionen Hessens als auch im Rhein-Main-Ballungsraum und stellen den Finanzbedarf insbesondere auch kleiner und mittlerer Unternehmen sicher. Den eingeschlagenen Weg, die Sparkassen zukunftsfest aufzustellen und ihnen den zu ihrer Weiterentwicklung nötigen Spielraum zu schaffen, werden wir gerade auch angesichts der Finanzmarktkrise fortsetzen.

### **Hessen braucht mehr Internationalität**

Hessen muss attraktiver für Hochqualifizierte aus aller Welt werden. Nur ein weltoffenes gesellschaftliches Klima legt die Grundlage dafür, dass Hessen auch für ausländische hochqualifizierte Fachkräfte attraktiv ist, damit Hessen seine kreative Vielfalt so gut nutzen kann wie heute schon zahlreiche andere Regionen Europas. Die für unsere Ballungsräume typische Mischung von Menschen unterschiedlicher Herkunft ist eine Chance stetiger Erneuerung.

Statt an einer überlebten Wirtschaftsstruktur festzuhalten, werden wir neuen Produkten und Technologien Raum geben. Wir wollen Hessen zum attraktiven Standort für die kreativsten Köpfe der Welt machen.

Viele Migrantinnen und Migranten werden zu Unternehmensgründern, weil sie in dem Schritt zur Selbstständigkeit eine Chance zu beruflicher Freiheit sowie sozialem und ökonomischen Aufstieg sehen. Wir werden deshalb bestehende Beratungs- und Förderungsangebote ausbauen, um noch mehr Migrantinnen und Migranten auf dem Weg in die Selbstständigkeit zu unterstützen.

### **Frauen fördern heißt Wirtschaft modernisieren**

In den mittleren Führungsetagen der deutschen Wirtschaft gibt es jede Menge topqualifizierter Frauen. Aufsichtsräte und Vorstände hingegen sind fest in der Hand von Männern. Beim Anteil von Frauen in Managementpositionen liegt Deutschland im internationalen Vergleich am unteren Ende der Skala. Die im Jahr 2001 zwischen den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft und der Bundesregierung geschlossene freiwillige Vereinbarung zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in Unternehmen hat bislang nicht zum gewünschten Ergebnis einer Annäherung der Anteile von Frauen und Männern in den höchsten Positionen großer Unternehmen sowie in Managementpositionen geführt. Je größer das Unternehmen, desto schwerer fällt es einer Managerin, sich gegen ähnlich qualifizierte Männer durchzusetzen. Als Haupthindernis für ihre weitere Karriere führen weibliche Führungskräfte an, dass sie von der Dominanz männlicher Netzwerke ausgebremst werden. Um diese Ressourcenvergeudung zu beenden, werden wir über den Bundesrat den Ländern Spanien, Norwegen, Dänemark und Schweden folgen und per Gesetz eine Quote in Aufsichtsräten ab 2012 festlegen. Das ist ein notwendiger Beitrag zur Modernisierung der börsennotierten Unternehmen am Finanzplatz Frankfurt. Darüber hinaus werden wir Gründerinnenzentren besonders fördern.

### **Das Potenzial der über Fünfzigjährigen nutzen**

Wir wollen und dürfen nicht auf Kreativität und Erfahrung der „Generation Ü 50“ verzichten. Gemeinsam mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Arbeitgeberverbänden, der Politik

und weiteren gesellschaftlichen Gruppierungen werden wir Programme entwickeln, die Frühverrentung vermeiden und generationsübergreifende Belegschaften zum Ziel haben. Durch Gesundheitsförderung und Krankheitsprävention sowie altersgerechte Arbeitsprozesse und -zeiten wollen wir den Arbeitsmarkt für alle Generationen öffnen und Erfahrung mit Innovation verbinden. Neben einer Verbesserung der Gesundheitsvorsorge muss deshalb die fortlaufende Weiterbildung der Beschäftigten im Mittelpunkt stehen, um Partizipation am technischen Fortschritt und an neuen Arbeitsprozessen unabhängig vom Alter zu gewährleisten. Wichtig sind uns auch Modelle mit flexiblem Übergang in den Ruhestand. Ehrenamtliches Engagement kann einen gleitenden Übergang unterstützen.

### **Hessens Wirtschaft und Verwaltung durch Vielfalt stärken**

Wir unterstützen die Implementierung von Diversity-Ansätzen in der Personalpolitik der öffentlichen Verwaltungen und fördern diese auch insbesondere in mittelständischen Unternehmen. Das Unterzeichnen der „Charta der Vielfalt“ durch die Landesverwaltung ist hierfür selbstverständlich. Durch die Förderung von Vielfalt, durch die Akzeptanz unterschiedlicher Lebensentwürfe und Beziehungsformen schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass Hessens Unternehmen und Verwaltungen moderne, attraktive Arbeitgeber werden, in denen auch Homosexuelle ihre sexuelle Identität selbstbewusst leben können.

Mit der rückwirkenden Gleichstellung der in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft lebenden Beamtinnen und Beamten im Besoldungs- und Versorgungsrecht wird die hessische Verwaltung ihrer Vorbildfunktion für Wirtschaft und Gesellschaft hinsichtlich der Gleichstellung gerecht.

### **Mindestlohn für Hessen**

Weil sich die Bundesregierung weigert, die Rechte Geringverdienender abzusichern, werden wir eine Bundesratsinitiative ergreifen, um regional- und branchenspezifische Mindestlöhne durchzusetzen. Die Höhe soll so bemessen sein, dass man von dem Einkommen leben kann, ohne auf Transferleistungen angewiesen zu sein. Mindestlöhne sorgen für Fairness und Sicherheit, verhindern Armut trotz Arbeit und dienen überdies der Geschlechtergerechtigkeit, da 70% der Niedriglohneempfänger Frauen sind. Darüber hinaus unterstützen wir alle Initiativen zur Stärkung der Flächentarifverträge und der Tarifautonomie.

Zukünftig sollen nur Unternehmen, die Tariflöhne bezahlen, öffentliche Aufträge erhalten. Dazu ist ein rechtswirksames Vergabegesetz nötig, das für die relevanten Branchen gilt (Bau, Gebäudereinigung, Gebäudedienstleistungen, ÖPNV, Abfallwirtschaft, Fort- und Weiterbildung, Sicherheit und Bewachung, Garten- und Landschaftsbau, Abbruch) und spürbare Sanktionen vorsieht (Vertragsstrafen, Zentrales Register). Soweit bundesgesetzliche oder europarechtliche Regelungen notwendig sind werden wir die dazu erforderlichen Initiativen anstoßen.

### **Wohnen ist ein Grundrecht**

Die Wohnsituation von Menschen mit geringem Einkommen, darunter überproportional viele Migrantinnen und Migranten, ist in vielen Kommunen nicht ausreichend gestaltet. Preisgünstiger Wohnraum ist – vor allem in Großstädten – nicht ausreichend vorhanden oder aber die Wohnqualität ist stark eingeschränkt. Eine hohe Konzentration von Haushalten mit sozialen Problemlagen ist häufig auf wenige Stadtviertel beschränkt. Um aber einer weiteren Entwicklung sozialer Brennpunkte entgegenzuwirken, müssen hier nachhaltige Konzepte umgesetzt werden.

Das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ ist eine sinnvolle Strategie, die wir ausweiten wollen. Das Wohnraumzweckentfremdungsverbot soll den Gemeinden wieder als Option eröffnet werden. Mit den GRÜNEN wird es keinen Ausverkauf öffentlicher Wohnungsunternehmen geben. Sie leisten einen Beitrag zur Stadttrendite, indem sie Neubau und Modernisierung betreiben und zur kommunalen und regionalen Wertschöpfung beitragen. Ihre Mieten wirken dämpfend auf das Mietpreisniveau

### **Hessens Verbraucherinnen und Verbraucher schützen**

Erfolgreicher Wettbewerb braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Verbraucherschutz ist eine zentrale Aufgabe des Staates. Wir sorgen dafür, dass die Sicherheit und die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern Vorrang genießen. Verbraucherschutz beginnt mit der ausführlichen Information und Bewertung aller Produkte und Dienstleistungen. Wir unterstützen die hervorragende Arbeit der Verbraucherzentralen und werden sie wieder besser finanziell ausstatten.

### **Europäische Politik mitgestalten**

Hessische Politik muss den europäischen Prozess mitgestalten. Unsere Vertretung in Brüssel soll ein offenes Haus für alle Hessen und Hessinnen werden. Wir wollen, dass hessische Europapolitik mehr ist als nur die Wahrnehmung von traditionellen Wirtschaftsinteressen. Hessen muss auf europäischer Ebene Vorreiter einer effizienten Klima – und Ressourcenpolitik werden, Verbraucherrechte stärken und sich für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen einsetzen.

### **Hessen schafft mehr internationale Solidarität**

Der Globalisierungsprozess produziert Gewinnerinnen und Gewinner, aber auch Millionen Verliererinnen und Verlierer sowohl in den armen Ländern als auch bei uns. Für unsere hessische Entwicklungspolitik heißt das, eine Förderpolitik zu betreiben, die Beiträge zu Nachhaltigkeit, Umweltschutz und zur Reduzierung von Armut leistet. Menschen in den Partnerländern können davon ebenso profitieren wie Menschen von dort, die hier bei uns leben. Die Vernetzung und Förderung von Eine-Welt-Gruppen fördert persönliches Engagement, gegenseitiges Verständnis und solidarisches Miteinander. Die Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit unterstützt die gerade für Hessen so wichtige Weltoffenheit und Solidarität. Initiativen für Menschenrechte, Bildung, Umwelt und Energie sowie fairen Handel werden wir in unserer Politik besonders berücksichtigen.

Wirtschaftsunternehmen, die in anderen Ländern gegen soziale oder ökologische EU- und UN-Standards verstoßen, werden ebenso wie der Korruption überführte Unternehmen mit einer Sperre für öffentliche Ausschreibungen in Hessen belegt und erhalten keine Förderung aus öffentlichen Mitteln.

## **KULTUR UND MEDIEN: KREATIVITÄT WECKEN. ZUSAMMENARBEIT FÖRDERN. VIELFALT STÄRKEN.**

In einer Welt zunehmender Unsicherheiten und wachsender gesellschaftlicher Differenzierung ist das Erleben und Schaffen von Kultur unverzichtbar. Gerade die Kunst in ihren vielgestaltigen Ausdrucksformen reflektiert die Erfahrungen der Menschen mit sich selbst, mit ihrer Umwelt und der Gesellschaft. So befördert die Kunst das individuelle Selbstverständnis und die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. Kultur ist nichts Statisches, sondern entwickelt sich immer wieder neu.

Ob in der Frage des friedlichen Zusammenlebens unterschiedlicher ethnischer und religiöser Kulturen oder der zunehmenden Spaltung in wenige Reiche und viele Arme: Kultur reflektiert die gesellschaftliche Realität, fördert den offenen Umgang mit anderen Kulturen und ist deshalb eine wichtige Voraussetzung für eine offene und tolerante Gesellschaft. Gerade für eine multikulturelle Gesellschaft ist die Auseinandersetzung mit Kultur ein Prozess, den es kontinuierlich zu gestalten gilt. Kulturelle Werte sind dabei einerseits sehr persönlich, andererseits bilden sie Normen für gesellschaftliche Eckpfeiler.

Ziel GRÜNER Kulturpolitik ist, allen die gleiche Chance zur Teilhabe an Kunst und Kultur zu ermöglichen. Dazu gehört neben der materiellen Möglichkeit auch die Eröffnung von Zugangswegen durch kulturelle Bildung, gerade für Menschen, die bisher keinen Zugang zu kulturellen Angeboten finden. Kultur und kulturelle Bildung fördern nicht nur Identität und Toleranz, sondern auch Kreativität. Und Kreativität ist ein Schlüssel zur Zukunft, weil sie Innovationen hervorbringt und Motor gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels ist. Die Entwicklung künstlerischer und kreativer Talente und Chancen ist daher nicht allein ein Gebot ästhetischer und humanitärer Dimension, sondern Bedingung dafür, dass Städte und Regionen im globalen Wettbewerb attraktiv, lebendig und wirtschaftlich erfolgreich sind.

Neben Bildung und Forschung kommt der Kulturpolitik beim Wecken von Kreativität und Innovation eine besondere Rolle zu. Denn Innovationen können nur in einem gesellschaftlichen Klima entstehen, in dem Neugier und Vielfalt eine Rolle spielen und nicht alles dem Markt und seiner Verwertungslogik überlassen bleibt.

Kultur ist neben Bildung eine zentrale Zukunftsressource der offenen Gesellschaft. Öffentliche Kunst- und Kulturförderung ist daher auch in Zeiten knapper Kassen kein Luxus, sondern gesellschaftliche Notwendigkeit.

Die Kreativindustrie gehört in den entwickelten Ländern zu den am stärksten wachsenden Wirtschaftszweigen. Besonders günstige Entwicklungsbedingungen finden sich dort, wo Technologie, Talente und Toleranz zusammengebracht werden. Darauf wollen wir unsere Kultur-, aber auch unsere Wirtschafts- und Innovationspolitik ausrichten. Dabei erkennen wir die Notwendigkeit von Kultur und kultureller Bildung für das Bestehen im globalen Wettbewerb an, ohne dass wir die Kulturpolitik einem Wirtschaftlichkeitszwang unterziehen.

Wir wollen ein neues Fördersystem, das transparent und dynamisch ist, die Effizienz der bestehenden Praxis erhöht und den Kulturinstitutionen mehr Eigenverantwortung zugesteht. Dafür wollen wir die Landesförderung auf neue Beine stellen und so ein zukunftsfähiges und offenes Fördersystem entwickeln, damit neue Ideen, Initiativen und Projekte eine Chance haben.

### **Regionale Kooperation statt Zwangsverband**

Wir werden die Zusammenarbeit der Regionen im Kulturbereich verbessern – insbesondere im Rhein-Main-Gebiet. Und wir werden für eine gerechtere Finanzverteilung zwischen dem Land, den Sitzstädten der großen Museen und Theater sowie den Umlandgemeinden sorgen. Das Land soll sich an der Finanzierung der Kulturausgaben Frankfurts, als hessische Stadt mit dem umfangreichsten Kulturangebot, in vergleichbarem Maße wie bei der Finanzierung der Staatstheater und Landesmuseen

beteiligen. Diese Kosten sollen anteilig über den kommunalen Finanzausgleich solidarisch auf alle Nutzerinnen und Nutzer verteilt werden. Konkret wollen wir eine Drittelfinanzierung für die Staatstheater und Landesmuseen in Kassel, Darmstadt und Wiesbaden sowie die Theater in Gießen und Marburg. Ein Drittel der Kosten soll künftig vom Land, ein Drittel aus den kommunalen Haushalten und ein Drittel aus dem kommunalen Finanzausgleich finanziert werden. Hierbei werden wir nicht auf Zwang, sondern auf Kooperation setzen.

### **Kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen**

Die kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen stellt einen besonderen Schwerpunkt unserer Kulturpolitik dar. Leselust und die Kompetenz, sich kreativ und künstlerisch auszudrücken, die Lust am Theater und der Musik, an Tanz, Film und Medien sind gesellschaftliche Schlüsselkompetenzen. Dies gilt insbesondere für diejenigen Kinder und Jugendlichen, die nicht bereits von ihrem Elternhaus gefördert werden, also insbesondere für Kinder aus so genannten bildungsfernen Schichten und von Migrantinnen und Migranten. Wir wollen eine konzeptionelle Zusammenarbeit von Kultur- und Kultusministerium einführen sowie Schulen und Kulturinstitutionen und -initiativen bestärken, mehr Kulturangebote für Kinder und Jugendliche zu initiieren und bestehende Angebote fortzuführen. Dafür werden wir einen „Innovationsfonds Kultur“ einsetzen. Um diese Mittel können sich hessische Kultureinrichtungen mit Projekten im Bereich der kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche bewerben. Als weiteren Beitrag zur kulturellen Bildung wollen wir die Förderung von Kinder- und Jugendtheater sowie von theaterpädagogischer Arbeit an Theatern die staatliche Förderungen erhalten verbindlich machen und die Arbeit der Musikschulen besser unterstützen.

### **Kulturelle Vielfalt und Soziokultur**

Wir wollen nicht nur eine neue Finanzverteilung, sondern wir wollen auch mehr in Kultur investieren: auch, aber nicht nur, in herausragende kulturelle Angebote von nationaler bzw. internationaler Strahlkraft, sondern ebenso in die Förderung eines lebendigen und vielfältigen Kulturangebots in der Breite sowie neuer, innovativer Kulturprojekte. Dabei wollen wir uns verstärkt auf die kulturelle Vernetzung der Rhein-Main-Region sowie der Regionen Nord-, Süd- und Mittelhessen konzentrieren. Wir wollen die Vielfalt von Hessens Kultur erhalten und ausbauen. Und das gerade auch in der Fläche, um die Attraktivität der ländlichen Regionen und den dortigen Zugang zu Kultur und insbesondere zu kultureller Bildung zu erhöhen.

Die soziokulturellen Zentren haben, oftmals als Vermittler einer „Kultur von der Basis“, für uns einen besonderen Stellenwert. Zur Stärkung der Soziokultur wollen wir ein Finanzierungsmodell entwickeln, das die Kommunen motiviert einen angemessenen Beitrag zur Finanzierung soziokultureller Einrichtungen zu leisten. Mittelfristig streben wir eine Verdopplung der bisherigen und seit 2003 in der Höhe unveränderten Zuwendungen an. Zudem wollen wir einen Fonds für Soziokultur einrichten, aus dem besondere Produktionen, Projekte, Veranstaltungsreihen und Kunstaktionen gefördert werden, um die Soziokultur in Hessen wesentlich stärker zu fördern als bisher.

### **Kulturelle und wirtschaftliche Filmförderung**

Wir wollen die kulturelle und wirtschaftliche Filmförderung in Hessen profilieren und fortentwickeln. Dafür wollen wir eine Film und Medien GmbH schaffen. Damit wollen wir auch die Arbeit von „location hessen“ verbessern, die Filmfestivals im Hinblick auf eine Schwerpunktsetzung profilieren und die eDIT weiter fördern. Der Hessische Filmpreis soll vom Aushängeschild der hessischen Landesregierung zum Aushängeschild des hessischen Films werden. Kleine, kulturell orientierten Kinos und Programmkinos in „der Fläche“ wollen wir verstärkt fördern und ihre Rolle als Kulturträger in den Regionen aufwerten.

## **Medienstandort Hessen**

Medienangebote müssen allen Hessinnen und Hessen zugänglich sein und die Vielfalt unseres Landes widerspiegeln. Dazu muss es ein produktives Miteinander öffentlich-rechtlicher und privater Anbieter geben.

Wir wollen den Hessischen Rundfunk (HR) als eigenständigen öffentlich-rechtlichen Sender erhalten und ihm ermöglichen, ein unabhängiges und qualitativ hochwertiges Programm für alle Bevölkerungsgruppen anzubieten. Wir legen Wert darauf, dass sich ein gebührenfinanzierter Sender in Qualität und Niveau positiv vom Angebot der Privatsender unterscheidet. Als Teil einer lebendigen und offenen Demokratie haben die öffentlich-rechtlichen Sender die Aufgabe, politische und kulturelle Positionen jenseits des „Mainstream“ einem breiten Publikum zugänglich zu machen und sie nicht bloß in Nischen abzuschieben und weiter zu marginalisieren. Wir setzen uns für Meinungsvielfalt und Transparenz in den Medien ein. Der Zugang zu Informationen und Berichterstattung über wichtige Veranstaltungen des politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens muss weiterhin kostenfrei möglich sein. Wir wollen einen ungehinderten Zugang der öffentlich-rechtlichen Sender zu allen neuen Verbreitungsmedien (digitale Technik, Internet, Handy-TV etc.) gewährleisten. Wir wollen im Interesse einer größtmöglichen politischen Unabhängigkeit eine repräsentativere Beteiligung gesellschaftlich relevanter Gruppen im Rundfunkrat. Wir streben an, dass der Rundfunkrat künftig geschlechterparitätisch besetzt werden soll.

Medienangebote können dann besonders gut genutzt werden, wenn man weiß, wie sie entstehen und wer dahinter steht. Deshalb wollen wir die Medienkompetenzangebote vor allem für Jugendliche weiter ausbauen.

Bürgermedien wie beispielsweise die nichtkommerziellen Lokalradios und offene Kanäle, die ohne die Gewinninteressen privater Anbieter oder die Zwänge öffentlich-rechtlicher Einrichtungen arbeiten, sind eine wichtige Ergänzung der hessischen Medienszene, die wir weiter stärken werden.

Der Film- und Medienstandort Hessen hat nach wie vor mehr Chancen, als er bisher wahrnimmt. Diese Potenziale werden wir stärker aktivieren.

## **Neue Medien/Open Source**

Zum freien Zugang zu den Möglichkeiten der Neuen Medien gehört auch der verstärkte Einsatz freier Software. Wir unterstützen deshalb die Anwendung von Open-Source-Systemen einschließlich offener Dokumentenformate nach ISO-Standard (OpenDocumentFormat) in Bildungseinrichtungen und in der öffentlichen Verwaltung. Die von der CDU-Landesregierung geplante Einführung eines sogenannten Hessen-PC unter der Mitwirkung der Firma Microsoft werden wir vor diesem Hintergrund überprüfen.

## **SELBSTBESTIMMT UND SOZIAL – GEGEN ARMUT UND AUSGRENZUNG**

### **Aufbruch in der Sozialpolitik**

Globalisierung, demografischer Wandel, Individualisierung und Massenerwerbslosigkeit verändern unser Zusammenleben und erfordern eine Neuausrichtung unserer sozialen Systeme. Eine moderne, solidarische, gerechte und nach vorn gewandte GRÜNE Sozialpolitik ist in Hessen überfällig. Wir wollen, dass niemand zurückgelassen wird.

Alle müssen darauf vertrauen können, unabhängig von Alter, Herkunft, Geschlecht oder Behinderung bei Bedarf solidarische Hilfe zu erhalten. Eckpfeiler GRÜNER Sozialpolitik sind Nachhaltigkeit, Teilhabegerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit und Generationengerechtigkeit.

In der hessischen Sozialpolitik der letzten Jahre fand Innovation bestenfalls auf dem Papier statt. Die Kommunikation und Kooperation mit den Kommunen und den Trägern der freien Wohlfahrtspflege wurde vernachlässigt, zum Teil sogar massiv behindert. Wir werden den Dialog mit den Wohlfahrtsverbänden, den sozialen Institutionen und den Kommunen wieder pflegen und gemeinsam mit ihnen in einem beteiligungsorientierten Prozess eine „Soziale Charta“ für Hessen entwickeln, in der Grundsätze und Perspektiven unserer neuen Sozialpolitik festgeschrieben werden. Gemeinsam mit den Akteuren der sozialen Landschaft werden wir den notwendigen Paradigmenwechsel zu einer verantwortungsbewussten Sozialpolitik in Hessen herbeiführen. Wir werden uns den Herausforderungen unserer Zeit stellen und Antworten auf die neuen sozialen Fragen finden.

### **Armut und Ausgrenzung verhindern, gleichwertige Lebensbedingungen schaffen**

Materielle Armut sowie gesellschaftliche und soziale Ausgrenzung existieren auch in einem reichen Bundesland wie Hessen. Die Angst vor dem sozialen Abstieg ist längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Das Ziel unserer Politik ist, Armut zu bekämpfen, gesellschaftliche Teilhabe zu sichern und das Entstehen neuer Armut zu verhindern. Wir werden eine landesweite Armuts- und Reichtumsberichterstattung in Zusammenarbeit mit der kommunalen Ebene (Sozialkonferenzen) und den Wohlfahrtsverbänden einführen. Unsere Strategien zeigen Wege aus der Armut auf und stellen die Teilhabe an Erwerbsarbeit, Bildung und sozialer Integration sicher.

Wir werden das Programm „Soziale Stadt“ erneuern und damit strukturelle und partizipative Prozesse in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf fördern. Wir werden wieder Landesmittel für Menschen in sozialen Notlagen bereitstellen, die Präventionsarbeit in sozialen Brennpunkten fördern sowie die Finanzierung der Schuldnerberatung sicherstellen.

Wir wollen die soziale Infrastruktur Hessens durch den verantwortungsvollen Einsatz von Landesmitteln zukunftsfest gestalten. Dazu führen wir ein Sozialbudget im Landeshaushalt ein, das die Verlässlichkeit der Förderung durch freiwillige Leistungen sicherstellt. In einem gemeinsamen fundierten Sozialplanungsprozess, der vom Land gesteuert wird, mit den Trägern, Einrichtungen und sozialen Dienstleistungen werden wir das Sozialbudget umsetzen. In diesem Prozess wird erarbeitet, wo neue Strukturen entstehen oder bestehende effektiver gestaltet werden sollen. Mit dem Sozialbudget erhalten Bürgerinnen und Bürger, Kommunen und Träger sozialer Dienste und Selbsthilfeeinrichtungen Planungssicherheit über den Zeitraum von mehreren Jahren. Zudem definiert ein solches Sozialbudget Qualitätsstandards für die soziale Arbeit. Auch Frauennetzwerke, Frauenbildungszentren und frauenspezifische Beratungsstellen werden von uns im Rahmen des Sozialbudgets in die Planungsprozesse miteinbezogen mit dem Ziel, durch vertragliche Absicherung eine gezielte Förderung herzustellen. Echte Wirkungsorientierung und ständige Evaluation ermöglichen die Weiterentwicklung einer nachhaltigen Sozialpolitik für ein gerechtes Hessen.

Den begonnenen Prozess der Kommunalisierung werden wir von Landesseite begleiten und die bestehenden Zielvereinbarungen hinsichtlich ihrer Effizienz und sozialpolitischer Wirkungen überprüfen. Die

landespolitische Sozialberichterstattung werden wir auf fachlich fundierte Beine stellen und eine enge Kooperation mit den kommunalen Planungsprozessen fördern.

### **Den demografischen Wandel als Chance begreifen**

Wir werden älter, weniger und bunter: Der Anteil älterer Menschen und von Menschen aus anderen Kulturen an der Bevölkerung steigt stetig. Gleichzeitig nimmt die Gesamtbevölkerung ab. Die gerechte und nachhaltige Gestaltung des demografischen Wandels ist deshalb eine wesentliche Herausforderung an Politik und Gesellschaft auch in Hessen. Wir wollen diesen Prozess gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern gestalten, Beteiligungsrechte und das bürgerschaftliche Engagement stärken.

Da der demografische Wandel regional unterschiedlich verlaufen wird, brauchen wir starke Regionen mit angepassten und innovativen Entwicklungskonzepten, um vergleichbare Lebensbedingungen in allen Landesteilen abzusichern.

GRÜNE Politik fördert eine neue Kultur des Arbeitens und Lernens. Wir werden die Investitionen in Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen verstärken und durch eine moderne Kinder-, Familien- und Frauenpolitik, die Eltern den ungehinderten Zugang zu Erwerbstätigkeit ermöglicht, die Realisierung des Kinderwunschs unterstützen. Um Familienarbeit mit der Berufstätigkeit zu vereinbaren, bedarf es des gemeinsamen Engagements von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik. Hierbei werden wir ein besonderes Augenmerk auf die Geschlechtergerechtigkeit und die Vielfalt von Lebensentwürfen legen.

Angesichts der demografischen Entwicklung wächst auch der Markt für haushaltsnahe Dienstleistungsunternehmen. Hier eröffnen sich viele neue Beschäftigungsmöglichkeiten. Insbesondere in der Gesundheitswirtschaft bieten sich Hessen durch seine Infrastruktur mit Universitätskliniken, Schwerpunktkrankenhäusern und traditionsreichen Heilbädern besondere Chancen für neue und zukunftsträchtige Arbeitsplätze. Wir unterstützen ihre Vernetzung mit Forschung und Lehre, Therapie und Pflege, der Medizintechnik und Medikamentenherstellung, aber auch mit Wellness-Angeboten.

### **In Würde alt werden – Für eine neue Kultur des Alterns**

Unser Ziel ist, dass alle Menschen ein selbst bestimmtes und eigenverantwortliches Leben auch im hohen Alter führen können. Erfreulich viele alte Menschen sind heute bei guter Gesundheit, aktiv, mobil und verfügen über ein gesichertes Einkommen. Außer acht bleiben darf dabei aber nicht, dass die Altersarmut aufgrund hoher Arbeitslosigkeit und unterbrochener Erwerbsbiographien – besonders von Frauen – wieder steigen wird. Gleichzeitig wächst die Zahl der auf Unterstützung und Pflege angewiesenen Hochbetagten.

Die besonderen Bedürfnisse älterer Menschen müssen umfassend beim Wohnen, der Verkehrsgestaltung, der Stadtplanung, der gesundheitlichen Versorgung, dem Verbraucherschutz und durch das Angebot spezifischer Produkte und Dienstleistungen berücksichtigt werden. Die Vielfalt der älteren Menschen muss sich auch in den Angeboten widerspiegeln.

Wir werden dafür sorgen, dass das Land seiner Verantwortung für eine bedarfsgerechte Altenpflege nachkommt und berufsbegleitende Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Pflegekräfte ermöglicht. Zudem werden wir ambulante und teilstationäre Wohn- und Betreuungsangebote für demenzkranke Menschen fördern und vernetzen.

Wir wollen ein Heimgesetz vorlegen, das unter anderem alternative Pflegekonzepte, die psychosoziale Betreuung in Heimen und neue Formen des Wohnens gesetzlich verankert und so ein würdiges Leben im Alter absichert.

Wir werden die nach dem Pflegeweiterentwicklungsgesetz neu einzurichtenden Pflegestützpunkte so gestalten, dass sie unabhängig und bedarfsorientiert, trägerübergreifend und umfassend Pflegebedürftige und ihre Angehörigen beraten und unterstützen.

Dem Wunsch vieler Menschen auf ein selbst bestimmtes und würdevolles Sterben werden wir durch eine nachhaltige Förderung von Hospizen und der Hospizbewegung und der Stärkung der palliativmedizinischen Versorgung entsprechen.

Viele Ältere sind bürgerschaftlich engagiert. Ihre Erfahrungen, ihre Potenziale und ihr Wissen wollen wir stärker in die Gestaltung der Zukunft unseres Landes einbeziehen und ihre kommunalen Mitwirkungsrechte durch Seniorenbeiräte gesetzlich verankern. Generationenübergreifende Initiativen erfahren unsere besondere Unterstützung. Im hessischen Landesdienst werden wir Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege entwickeln.

### **Menschen mit Behinderung – selbst bestimmt statt ausgegrenzt**

Wir wollen Menschen mit Behinderungen die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Wir werden das Behindertengleichstellungsgesetz novellieren um die nach wie vor bestehenden Barrieren, die behinderte Menschen an der gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe hindern, zu beseitigen. Die Regelungen zur Barrierefreiheit auf Landesebene sollen auf die kommunale Ebene übertragen werden. Die Verwendung der Gebärdensprache und anderer Kommunikationshilfen muss weiter gefördert werden, u.a. durch Einblendungen in aktuellen Fernsehsendungen wie der „Hessenschau“.

Wir werden die Hessische Gemeindeordnung dahingehend ändern, dass in den Kommunen Behindertenräte oder Behindertenbeauftragte wirken werden. Die bisherigen Aufgaben und Kompetenzen des Landesbehindertenbeauftragten wollen wir überprüfen und seine Funktion als engagierte Interessensvertretung auf Landesebene stärken.

Wir werden dafür sorgen, dass alle Hilfemaßnahmen für Menschen mit Behinderungen am individuellen Bedarf ausgerichtet werden. Menschen mit Behinderungen sollen in ihren gewohnten Umgebungen bleiben können, für uns gilt die Maxime „ambulant vor stationär“. Eine der größten Hürden einer kundenorientierten und bedarfsgerechten Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ist die Zuständigkeitsvielfalt. Wir wollen auf eine einheitliche Zuständigkeit in der Eingliederungshilfe hinarbeiten. Dabei soll das Land die Moderatorenfunktion übernehmen. Wir wollen eine Individualisierung der Hilfebedarfsfeststellung und Hilfeerbringung sowie eine dezentrale Koordination von Hilfen und Angeboten. Menschen mit Behinderung sollen einen Anspruch auf Information, Beratung und Begleitung vor Ort erhalten. Wir erwarten, dass auf der Basis dieser Prämisse der Landeswohlfahrtsverband (LWV) in seiner Organisation auf die Umsetzung einer dezentral organisierten Koordination und Leistungserbringung ausgerichtet (Regionalisierung) wird unter Einbeziehung der Kommunen. Wir wollen die Übertragung der administrativen Zuständigkeiten für weitere Hilfeleistungen nach SGB XII auf den LWV prüfen. Ziel ist es, regionalisierte Anlauf- und Entscheidungsfunktionen zu verbinden mit der effizienten Wahrnehmung überregionaler Verantwortung für landesweit ausgeglichene Angebote. Für die konkrete Ausgestaltung der Regionalisierung der Koordinations- und Hilfeleistungen des LWV werden zwischen LWV und Kommunen Vereinbarungen zur dezentralen Aufgabenerbringung abgeschlossen, die eine Einbeziehung der Kommunen (der kreisfreie Städte, der Landkreise und kreisangehörigen Städte und Gemeinden) gewährleisten. Dabei sind Modellprojekte zu ermöglichen, die den örtlichen Trägern bzw. den Landkreisen oder kreisfreien Städten die Übertragung der Durchführung der genannten Aufgaben erlauben. Die solidarische Umlagefinanzierung soll beibehalten werden. Die Hilfeplan- und Regionalkonferenzen sind in Kooperation zwischen LWV und örtlichen Trägern sicherzustellen. Bei diesem Vorgehen sollen die Selbsthilfeorganisationen der Menschen mit Behinderungen und der Landesbehindertenrat einbezogen werden.

Das Landesblindengeldgesetz soll weiter gelten.

Wir wollen, dass behinderte Kinder gemeinsam mit nicht behinderten Kindern aufwachsen und in Kindertagesstätten und Schulen gemeinsam lernen. Die Angebote der Frühförderung werden wir bedarfsgerecht ausgestalten und die bereits für behinderte Kindergartenkinder bestehende

Integrationsleistung künftig auf behinderte Kinder unter drei Jahren ausweiten. Die Integration behinderter Kinder in Kindertagesstätten, Kinderhorten, Schulen sowie außerschulischen Betreuungseinrichtungen werden wir durch eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Institutionen sicherstellen. Damit die Integration in der Schule gewährleistet wird, werden wir Eltern dabei unterstützen, dass bestehende Ansprüche auf Integrationsassistenzen auch umgesetzt werden können.

Wir werden Arbeitsmöglichkeiten für behinderte Erwachsene und Jugendliche auch außerhalb von Werkstätten durch ein „Budget für Arbeit“ schaffen. Damit behinderte Jugendliche mehr Chancen auf Ausbildung und Erwerbstätigkeit erhalten, werden wir Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen absichern.

Wir wollen, dass unter Beteiligung der Behindertenverbände und zuständigen Ministerien überprüft wird, inwieweit eine Anpassung des Landesrechts an die UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen notwendig ist.

### **Prävention und Gesundheit fördern**

Für uns steht der Mensch, als Versicherte bzw. Versicherter und als Patientin bzw. Patient, im Mittelpunkt unseres Gesundheitswesens. Die Verbraucherrechte von Versicherten, Patientinnen und Patienten wollen wir stärken.

Vorrangige Ziele unserer Gesundheitspolitik sind die Förderung der Gesundheit und die Prävention von Krankheiten. Dadurch soll nicht nur die Gesundheit der Menschen erhalten, sondern auch ihre Selbstverantwortung gestärkt werden. Von diesem Konzept sollen alle Generationen profitieren, wir wollen insbesondere Kinder und Jugendliche kompetenter machen und ihre Eigenverantwortung fördern.

Der öffentliche Gesundheitsdienst soll sich zur tragenden Säule kommunaler Gesundheitspolitik entwickeln, wobei wir die Planung, Steuerung und Kooperation vor Ort durch klar definierte und messbare Gesundheitsziele effektiv gestalten wollen. Wir fördern hessenweite überregionale Gesundheitscluster zur ökonomisch sinnvollen Ausgestaltung von gesundheitspolitischen Konzepten unter Beteiligung der Selbsthilfe. Dabei ist die Berücksichtigung von interkulturellen und geschlechtsspezifischen Aspekten von besonderer Bedeutung.

Wir setzen uns für ein integriertes Versorgungssystem ein, in dem ambulante, teilstationäre, stationäre, pflegerische und der Rehabilitation dienende Angebote patientenorientiert zusammenarbeiten. Gerade aufgrund der demografischen Altersentwicklung muss eine wohnortnahe Versorgung – auch im ländlichen Raum – sichergestellt werden. Wir wollen in enger Abstimmung mit den Krankenkassen, den Verbänden und den Leistungsanbietern einen hessischen „Masterplan Gesundheit“ erstellen und umsetzen. Durch Kooperation der verschiedenen Akteure können an den Patienten orientierte Gesundheitsdienstleistungen erbracht und regionale Stärken, zum Beispiel in Nordhessen, genutzt werden.

Umweltmedizin, die sich mit den Auswirkungen von Umweltfaktoren auf die Gesundheit des Menschen auseinandersetzt und eine fächerübergreifende Zusammenarbeit bedeutet, muss eine deutliche Aufwertung erfahren.

Zugang zum Gesundheitssystem ist auch eine Frage der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in unsere Gesellschaft. Wir brauchen mehr interkulturelle Kompetenz im Gesundheitswesen, bei der Prävention und Gesundheitsförderung, Beratung, Aus- und Weiterbildung der Fachkräfte sowie in der medizinischen Forschung, um soziale und kulturelle Aspekte von Gesundheit und Krankheit stärker berücksichtigen zu können.

Geschlechtsspezifische Aspekte im Gesundheitswesen werden wir differenziert betrachten.

Die Versorgung psychisch kranker Menschen wollen wir verbessern. Bei psychischen Erkrankungen und psychischen Problemen wollen wir neben der Behandlung verstärkt auf Prävention setzen. Wir

legen dabei den Fokus auf gezielte Projekte für primäre Prävention und Gesundheitsförderung in Kindergärten und Schulen und Vernetzung in der Kommune.

Auch wenn sich die Behandlungsmöglichkeiten bei AIDS und HIV Infektionen enorm verbessert haben, bleibt die Krankheit unheilbar. Besorgniserregend ist die steigende Zahl von Neuerkrankungen. Deshalb wollen wir die Präventionsarbeit stärken. Wir werden die Arbeit der Aids-Beratungsstellen im Sozialbudget angemessen berücksichtigen.

Die Krankenhausplanung und -finanzierung wird eng mit den Kreisen und kreisfreien Städten abgestimmt. Wir treten für den Erhalt öffentlicher und freigemeinnütziger Krankenhäuser ein. Bei der Weiterentwicklung des hessischen Krankenhausplans setzen wir auf regionale Krankenhausverbände mit integrierten Versorgungskonzepten, um insbesondere im ländlichen Raum die medizinische Versorgung durch Medizinische Versorgungszentren (MVZ) zu sichern.

Hessen muss wieder zu einer menschlichen Suchtpolitik zurückkehren. Unser Konzept umfasst konsequente Prävention, vernetzte und wohnortnahe Beratung und Behandlung sowie ausreichende Überlebenshilfen.

Wir wollen eine rationale Drogenpolitik für mehr Sicherheit, die auf den Dreiklang aus Prävention, Hilfe und Entkriminalisierung setzt. Die Kriminalisierung der KonsumentInnen ist der falsche Weg, wenn der verantwortungsvolle Umgang mit allen Drogen das Ziel ist. Bei der Nutzung weicher Drogen setzen wir uns für die konsequente Umsetzung des geltenden Jugendschutzes sowie flächendeckender Aufklärungsarbeit an Schulen sowie die Prüfung eines Modellversuchs für eine lizenzierte Abgabe ein. Wir möchten eine großzügige Auslegung der so genannten „geringen Menge“, wie sie in anderen Bundesländern üblich ist. Zur Umsetzung eines konsequenten Nichtraucher-schutzes wollen wir die Gleichbehandlung der Gastronomie mit anderen Arbeitsstätten durch Änderung des Arbeit-schutzgesetzes erreichen. Zudem werden wir das hessische Nichtraucher-schutzgesetz mit dem Ziel novellieren, dass es den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entspricht.

### **Bürgerschaftliches Engagement stärken**

Freiwilliges gesellschaftliches Engagement aller Generationen ist ein unverzichtbares Grundelement einer aktiven und demokratischen Gesellschaft. Staatliches Handeln und Freiwilligkeit ersetzen sich nicht, sondern stärken sich gegenseitig. Wir werden die Bereitschaft zum Ehrenamt durch ein Gesetz fördern, in dem die Vielzahl bestehender Regelungen zusammengefasst ist. Insbesondere werden wir Angebote für „Freiwilligenjahre“ Jugendlicher, junger Erwachsener, aber auch Älterer ausbauen.

### **Starke Jugend – starke Zukunft**

Wir wollen auf Landesebene eine eigenständige, emanzipatorische Jugendpolitik etablieren. Die Sicherstellung der politischen und gesellschaftlichen Partizipation von Jugendlichen ist uns dabei ein wichtiges Ziel. Deshalb wollen wir das Kommunalwahlalter auf 16 Jahre senken.

Eine berufliche/schulische Ausbildung bedeutet Teilhabe und Aufstiegschancen. Wenn junge Menschen ohne Perspektiven sind, gefährdet dies den sozialen Zusammenhalt und letztlich unsere Demokratie. Insbesondere müssen die Chancen auf einen Ausbildungsplatz für benachteiligte Jugendliche, insbesondere Migrantinnen und Migranten erhöht werden. Wir wollen in Kooperation mit der hessischen Wirtschaft Ausbildungsplätze für alle Jugendlichen schaffen. Insbesondere für so genannte „Altbewerber“ werden Vermittlungs- und Beratungsprogramme aufgelegt.

Damit wir die Chancen von sozial benachteiligten Jugendlichen auf eine gute Ausbildung erhöhen, soll Jugendhilfe und Schule früher und stärker miteinander vernetzt werden. Durch eine bessere Zusammenarbeit mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit sollen deren Mittel individueller und effektiver eingesetzt werden können. Landesprogramme der Ausbildungs- und Arbeitsmarktförderung sollen stärker auf die individuellen Bedürfnisse der Jugendlichen ausgerichtet werden. Die gute Arbeit der Jugendberufshilfen in den Kommunen werden wir wieder stärken und mit diesem

Angebot auch Jugendliche außerhalb von Leistungsbezug frühzeitig in die berufliche Orientierung aufnehmen.

Die Angebote der außerschulischen Jugendbildung werden wir sichern und stärker die interkulturelle Jugendarbeit fördern. Dabei unterstützen wir die geschlechtsspezifische Arbeit mit Mädchen und Jungen. Wir wollen ein Programm zur Stärkung der Freiwilligendienste (FSJ/FÖJ) auflegen, um mehr Jugendliche – auch mit Migrationshintergrund – für das bürgerschaftliche Engagement zu gewinnen. Wir werden wieder Programme zur Prävention gegen Jugendgewalt auflegen und wieder Landesmittel zur Unterstützung von Angeboten für straffällige Jugendliche zur Verfügung stellen. Wir werden besonders die integrative Jugendarbeit und die allgemeine soziale Integrationsarbeit für Aussiedlerinnen und Aussiedler fördern.

### **Aufbruch in der Arbeitsmarktpolitik**

Die Integration in den Arbeitsmarkt ist für uns eine wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und nachhaltige Verhinderung von Armut. Für uns bedeutet eine aktive Arbeitsmarktpolitik des Landes, die gerechte Teilhabe aller am Arbeitsmarkt zu fördern. Menschen müssen von ihrer Arbeit ihr Leben nicht nur bestreiten, sondern auch gestalten können.

Durch die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen soll künftig Lohndumping verhindert werden. Wir wollen zudem das Tariftreuegesetz dahingehend novellieren, dass öffentliche Aufträge nur noch an solche Betriebe vergeben werden dürfen, die geltende Tarifverträge einhalten, nicht mit Sub-Sub-Unternehmenspolitik indirektes Lohndumping betreiben, ihrer Firmengröße entsprechende Ausbildungsplätze für Jugendliche anbieten.

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit für Männer und Frauen muss endlich selbstverständlich werden. Die existenzsichernde Erwerbsbeteiligung von Frauen wollen wir durch gezielte Förderung von Qualifizierungs- und beruflichen Wiedereinstiegsprogrammen für Frauen, die nach Familienarbeit wieder in den Beruf einsteigen, gering qualifizierte benachteiligte Frauen und allein erziehenden Frauen erhöhen.

Die Integration von Migranten und Migrantinnen in den Arbeitsmarkt werden wir durch gezielte Programme fördern, dazu gehören, der erworbenen Berufsqualifikation im Ausland angemessene Qualifizierungsmaßnahmen, Sprachförderangebote sowie gezielte Existenzgründungsberatung usw. Wir werden die bestehenden Ausbildungs- und Arbeitsmarktprogramme des Landes neu strukturieren um spezielle Zielgruppenförderung zu ermöglichen und mehr Transparenz herzustellen. Die Programme sollen insbesondere in Abstimmung mit den Kommunen deren und die des Bundes ergänzen. Damit alle Jugendlichen die Chance auf eine gute berufliche Zukunft erhalten, werden wir einen wirk-samen Ausbildungspakt mit einer angemessenen Beteiligung des Landes daran durch zusätzliche Ausbildungskapazitäten, auflegen. Wir werden insbesondere niedrigschwellige Berufsbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für benachteiligte Jugendliche fördern. Dabei müssen geschlechtsspezifische Angebote vorgehalten werden.

Eine dezentrale Struktur mit kommunaler Verantwortung ist die Voraussetzung dafür, dass eine individuelle und nachhaltige Vermittlung in Arbeit für Arbeit suchende Menschen passiert. Wir lehnen die von der Bundesregierung geplante Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente ab, da sie statt Dezentralität Zentralität und statt passgenauer Hilfen Einschränkungen der Angebote bedeutet. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung von Bundesagentur und Kommunen bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende und der Fortbestand des Optionsmodells gesichert werden.

Wir wollen alle Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende in ihrer verantwortungsvollen Arbeit unterstützen und durch die Erstellung einer Stärken/ Schwächen-Analyse von Optionskommunen und Arbeitsgemeinschaften die Förderung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen und ihrer Familien verbessern. Wir wollen, dass das Land mehr Verantwortung in der Steuerung übernimmt.

Wir wollen mit einem neuen Programm dauerhaft öffentlich geförderte Beschäftigung mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen schaffen, um Menschen, die keine Beschäftigungschance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, eine langfristige Beschäftigungsperspektive zu geben. Die Beschäftigung soll zusätzlich, gemeinwohlorientiert und nicht wettbewerbsverzerrend sein. Mittel der Bundesagentur für Arbeit, Transferleistungen der Kommunen und Landesgelder unter Nutzung von ESF-Mitteln sollen dazu verwendet werden.

Das jüngste Urteil des Landessozialgerichtes Darmstadt hat unsere Position bestätigt, dass der Regelsatz von Hartz IV zur Deckung des soziokulturellen Existenzminimums gerade für Familien nicht ausreicht und erhöht werden muss. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Regelsätze angepasst werden und ein eigener Kinderregelsatz eingeführt wird.

## ZUSAMMENLEBEN IN HESSEN STÄRKEN

Integrationspolitik ist eine hochrangige politische Querschnittsaufgabe und betrifft alle Ressorts einer Landesregierung. Die Integration der Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund ist eine der großen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen der heutigen Zeit. Fast ein Viertel aller Hessinnen und Hessen hat Migrationshintergrund. Die enormen Potenziale dieser Vielfalt unserer Einwanderungsgesellschaft sind eine bisher wenig genutzte Stärke unseres Landes. Deshalb werden wir eine engagierte und partnerschaftliche Integrationspolitik betreiben, an der alle hier lebenden Menschen beteiligt werden. Integration bedeutet, dass alle den Willen und die Bereitschaft zur Verständigung in dieses gemeinsame Projekt einbringen. Das schließt neben den eingewanderten und den in Deutschland geborenen Ausländerinnen und Ausländern auch Deutsche, Eingebürgerte und Spätausgesiedelte sowie deren Kinder ein.

Integration verstehen wir als einen von gegenseitigem Respekt getragenen Prozess der Verständigung, dessen Ziel nicht die unterschiedslose Assimilation der Zuwanderer in die aufnehmende Mehrheitsgesellschaft ist, sondern der das Recht auf die Bewahrung der eigenen kulturellen und religiösen Identität anerkennt. Ziel aller Integrationspolitik ist das gleichberechtigte, friedliche Zusammenleben auf der Basis der Verfassung und der Grundwerte unserer Gesellschaft.

Wir wollen einen Perspektivwechsel in der Integrationspolitik, durch den die Chancen des Zusammenlebens von Menschen unterschiedlicher Abstammung und mit unterschiedlichem kulturellem Hintergrund stärker als bisher betont werden. Wir werden ein umfassendes Integrationskonzept vorlegen und die Umsetzung vorantreiben. Dabei setzen wir auf die Zusammenarbeit aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte, auf die Kommunen ebenso wie auf die zivilgesellschaftlichen Akteure, vor allem auch auf die Partizipation der Organisationen und Einrichtungen von Menschen mit Migrationshintergrund selbst. Initiativen für interkulturelle Veranstaltungen und Begegnungen, die zu einem konstruktiven Dialog beitragen, werden wir unterstützen.

Wir wollen die bedarfsgerechte Förderung eines nationalitätenübergreifenden, interkulturell ausgerichteten und lebenslagenorientierten Beratungsangebots für Migrantinnen und Migranten gewährleisten. Die interkulturelle Öffnung der gesamten öffentlichen Verwaltung ist ein Ziel unserer Integrationspolitik. Alle sozialen Beratungs- und Hilfsorganisationen und -institutionen sollen künftig ihre Angebote interkulturell ausrichten.

### **Teilhabe durch Einbürgerung**

Wir wollen, dass sich mehr Menschen für eine Einbürgerung entscheiden können, weil sie sich mit dieser Gesellschaft und diesem Staat identifizieren. Keine demokratische Gesellschaft kann es sich auf Dauer leisten, Teile ihrer Bevölkerung von rechtlicher und politischer Teilhabe auszuschließen. Viele Eingewanderte erfüllen die Voraussetzungen für eine Einbürgerung bereits, nehmen diese Option aber nicht wahr. Die Ursache sind sowohl bestehende bürokratische Hürden als auch die unzureichende Information der Betroffenen. Wir werden deshalb eine Informationskampagne zur Einbürgerung starten und unnötige Hürden abbauen.

### **Hessen stellt gleich**

Die deutsche Staatsangehörigkeit allein kann keinen Integrationsprozess ersetzen. Wir wollen eine möglichst weitgehende Angleichung der Rechte von langjährig in Deutschland lebenden Eingewanderten, auch wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit nicht annehmen. Wer seinen Lebensmittelpunkt in einer hessischen Kommune hat, soll auch politisch mitbestimmen dürfen.

Wir werden die hessischen Unternehmen aber auch Verwaltungen und öffentliche Einrichtungen ermutigen, die „Charta der Vielfalt“ zu unterschreiben. Eine innerbetriebliche Antidiskriminierungsstrategie ist häufig effektiver als Gesetze. Wir werden eine aktive hessische Gleichstellungspolitik

betreiben, um den längst nicht überwundenen Rassismus zu bekämpfen sowie minderheiten- und fremdenfeindlicher Gewalt in unserem Land entgegenzuwirken. Diskriminierungsschutz steht mit uns nicht nur auf dem Papier.

Zur Integration tragen auch Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sowie Polizistinnen und Polizisten mit Migrationshintergrund bei. Wir fördern die weitere Öffnung dieser Berufsgruppe für Menschen aus anderen Herkunftsländern.

### **Integration beginnt mit Sprache**

Integration heißt aktive Teilnahme und Teilhabe an der Gesellschaft. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist dafür eine zentrale Voraussetzung. Wir werden daher den Erwerb der deutschen Sprache von klein auf fördern und in allen weiteren Bildungsbereichen fortführen, ohne Herkunftssprachen zu vernachlässigen. Die Beherrschung mehrerer Sprachen ist in unserer multikulturellen und global tätigen Gesellschaft eine wichtige und verbindende Ressource. Auch für Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus müssen Sprachkurse ohne Sanktionen angeboten werden. Sport, Musik und Kunst kommen als Integrationswerkzeuge besondere Bedeutung zu.

### **Kinder und Eltern stärken**

Kinder mit Migrationshintergrund wollen wir besser unterstützen, indem wir die frühkindliche Bildung ausbauen und verbessern, Eltern in ihrer Erziehungskompetenz stärken, Sprachkompetenz – sowohl in Deutsch als auch in der Herkunftssprache – systematisch fördern, individuelle Förderung ausbauen und Bildungsbarrieren abbauen. Wir werden für mehr Erzieherinnen, Erzieher mit Migrationshintergrund sorgen sowie interkulturelle Kompetenz stärker in der ErzieherInnenaus- und -fortbildung verankern. Wir werden Schulen unterstützen, die verbreitete Herkunftssprachen als reguläres Schulfach oder zweite Fremdsprache anbieten wollen.

### **Hessens Schulen integrieren**

Wir werden das Integrationsangebot der Schulen erweitern, um der Sprachförderung von Kindern und Jugendlichen und ihrem sozialen Miteinander mehr Raum zu bieten. Dazu können Sport, Musik und Kunst als Integrationswerkzeuge genutzt werden. Alle Migrantinnen und Migranten sollen einen möglichst hohen Bildungsabschluss erreichen können. Dafür ist eine Verbesserung der derzeitigen Förderung wesentlich. Notwendig ist zudem die verstärkte Einstellung von Lehrpersonal mit Migrationshintergrund: Dessen Kenntnisse der deutschen sowie der Kultur des Herkunftslandes ermöglichen ihm eine wertvolle Mittlerfunktion zwischen Lernenden, Lehrenden und Eltern. Wir wollen deshalb Abiturientinnen und Abiturienten mit Migrationshintergrund gezielt für ein Lehramtsstudium werben.

Schulen ermöglichen jungen Menschen gemeinsame Erfahrungen und fördern sie in ihrer gesamten Persönlichkeitsentwicklung. Deshalb ist es notwendig, dass alle Schülerinnen und Schüler an Klassenfahrten sowie dem Sport-, Schwimm- und Sexualkundeunterricht teilnehmen.

Wir werden uns um die Einführung eines islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache durch in Deutschland ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer bemühen. Wir werden weiter nach einem dafür geeigneten Partner suchen. Alternativ werden wir einen islamkundlichen Unterricht einführen.

### **Gute Ausbildung ist Erfolgsgrundlage**

Ein wesentlicher Faktor für die Integration in eine Gesellschaft ist eine existenzsichernde Beschäftigung. Bildung und Ausbildung sind deren Fundament. Viele Jugendliche können nur durch Nachqualifizierung für einen Ausbildungsplatz fit gemacht werden. Angebote, die den Übergang von der Schule in den Beruf begleiten, werden wir ausbauen. Die Bereitstellung einer ausreichenden Zahl von Ausbildungsplätzen ist eine der wichtigsten gesellschaftspolitischen Aufgaben. Wir begrüßen, dass Men-

schen mit Migrationshintergrund vermehrt unternehmerisch tätig werden. Bestehende Initiativen bei der Akquise von Ausbildungsplätzen in diesen Unternehmen werden wir unterstützen. Wir wollen weder, dass aus „Schulverlierern“ – in der Regel jungen Männern mit Migrationshintergrund – auch Verlierer auf dem Arbeitsmarkt werden, noch wollen wir eine perspektivlose Jugend in sozialen Brennpunkten am Stadtrand. Wir wollen diese Jugendlichen durch Bildung und Ausbildung in die Mitte unserer Gesellschaft holen.

Darüber hinaus werden wir die gezielte berufliche Förderung von Eingewanderten durch Beratung zu Dienstleistungs- und Handwerksberufen, ausbildungsbegleitendes Mentoring und Hilfen bei Existenzgründungen ausbauen.

Einem Fachkräftemangel müssen wir mit innovativen Ideen und neuen Ansätzen bereits jetzt entgegenwirken. Die Anerkennung von Bildungs- und Ausbildungsabschlüssen von Migrantinnen und Migranten, die sie in ihren Herkunftsländern erworben haben, gilt es zu prüfen, ohne dabei das duale Ausbildungssystem unserer Berufslandschaft zu unterhöhlen.

### **Interkulturelle Öffnung der Altenhilfe**

Teil der demografischen Entwicklung ist auch ein erheblicher Anstieg älterer Menschen mit Migrationshintergrund. Bislang wird in der Altenhilfe zu wenig Rücksicht auf ältere Migrantinnen und Migranten, die hier ihren Lebensabend verbringen wollen, geachtet. Neben schichtspezifischen Problemen im Alter, wie z.B. Armutsrisiko, sind migrationspezifische Aspekte (beispielsweise Migrationsbiographie, Rückkehrorientierung sowie kulturelle Bedürfnisse der Migrantinnen und Migranten) in der Altenhilfe zu berücksichtigen. Künftig werden diese Menschen vermehrt auf die Dienste der Altenhilfeeinrichtungen und professionelle Pflege angewiesen sein. Wir werden die Kommunen deshalb dabei unterstützen, die Systeme der Altenhilfe interkulturell zu öffnen und ihre Angebote auch auf die Bedürfnisse älterer Migrantinnen und Migranten auszurichten. In Würde älter zu werden bedeutet Lebensqualität und ist eine zentrale Integrationsaufgabe.

### **Die inhumane Abschiebep Praxis in Hessen beenden**

Menschen werden aus unterschiedlichen Gründen dazu veranlasst ihre Heimat zu verlassen und zu flüchten. In Hessen leben viele gut integrierte Familien ohne gesicherten Aufenthaltsstatus in ständiger Angst, Deutschland kurzfristig verlassen zu müssen. Diese Angst führt zu weiteren psychischen Problemen der ohnehin häufig durch Erlebnisse in ihrem Ursprungsland traumatisierten Menschen. Ihre qualifizierte Betreuung ist in ihren Heimat- bzw. den Abschiebeländern oftmals nicht gewährleistet. Diese Menschen nach hohem Integrationsaufwand und ärztlicher Betreuung in ein Land abzuschicken, das die meist hier geborenen Kinder nur aus Erzählungen kennen und dessen Sprache sie nicht sprechen, ist unsinnig. Wir wollen ihnen einen gesicherten Aufenthalt ermöglichen. Auch illegal in Hessen lebende Menschen sollen die Möglichkeit ärztlicher Versorgung erhalten, ohne Angst vor Entdeckung haben zu müssen. Gleiches gilt für den Schulbesuch von Kindern, die keinen legalen Aufenthaltsstatus haben. Wir Hessinnen und Hessen dürfen nicht hinnehmen, dass Kinder ohne Schulbildung aufwachsen. Deshalb werden wir das Recht dieser Kinder durchsetzen, eine Schule zu besuchen. Bei Rückführungen muss aus unserer Sicht die Wahrung der Menschenrechte ebenfalls stets gesichert werden. Das gilt insbesondere für den Vollzug der Abschiebehaft. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Abschiebehaft in Hessen so kurz wie möglich gestaltet, sowie bei Minderjährigen, Traumatisierten, Schwangeren und Behinderten gar vermieden wird.

### **Härtefallkommission**

Auf Initiative der GRÜNEN wurde in der letzten Wahlperiode durch Gesetz eine neue Härtefallkommission eingerichtet, die überwiegend mit unabhängigen Fachleuten besetzt ist. Diese kann fern vom politischen Tagesgeschäft Einzelfallentscheidungen in humanitären Fragen treffen. Wir werden die

Arbeit der Härtefallkommission beobachten ggf. die gesetzlichen Grundlagen novellieren, wenn dies notwendig werden sollte.

## **GRÜNE FRAUENPOLITIK – SELBSTVERSTÄNDLICH, SELBSTBEWUSST, SACHORIENTIERT**

### **Frauen und Männer sind für Geschlechtergerechtigkeit zuständig**

Wir wollen eine geschlechtergerechte Gesellschaft, in der die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an der Erwerbs- und der Familienarbeit Ziel ist und in der sich unterschiedliche Lebensentwürfe beider Geschlechter verwirklichen lassen. Gleichberechtigte politische Partizipation und Repräsentation von Frauen und Männern in der Gesellschaft sind Voraussetzungen einer lebendigen Demokratie. Wir wollen, dass individuelle Fähigkeiten gefördert und die erworbenen Kompetenzen ausgeschöpft werden können: Statt der Fortschreibung tradierter Geschlechterrollen wollen wir Entscheidungsfreiheit. Deshalb ist es auch Zeit für eine progressive Geschlechterpolitik, in der sich offensive Männerpolitik der besonderen Belange von Jungen und Männern annimmt.

### **Gender Mainstreaming**

Geschlechtergerechtigkeit soll mit dem Instrument Gender Mainstreaming systematisch in allen Politikfeldern umgesetzt und über die Fortschritte berichtet werden, von der Gesundheitspolitik über geschlechtergerechte Forschung bis hin zu Verkehrsplanung. Als wesentlicher Teil des Gender Mainstreaming Konzepts ist der Landeshaushalt im Hinblick auf seine Auswirkungen auf die Gleichstellung von Männern und Frauen zu überprüfen und neu auszurichten. Diesen Ansatz des Gender Budgetings werden wir schrittweise im Landeshaushalt verwirklichen. Dazu werden wir verstärkt geschlechterdifferenzierte Statistiken einführen.

### **Novellierung Hessisches Gleichberechtigungsgesetz**

Wir wollen das Hessische Gleichberechtigungsgesetz mit dem Ziel novellieren, Frauenförderung in allen Geltungsbereichen durchzusetzen und eine Vorbildrolle für die Privatwirtschaft zu übernehmen. Das Land ist als Gesetzgeber und Arbeitgeber gefordert, die Gleichbehandlung am Arbeitsplatz in gezielter und systematischer Weise zu fördern.

Verbindliche Frauenförderpläne sollen deshalb als Teil der Personalentwicklung definiert werden, sie müssen Zielquoten und Maßnahmen zur Erreichung der Ziele definieren sonst bleiben sie wirkungslos. Dabei ist vor allem die Festschreibung von Sanktionen bei Nichteinhaltung der Gesetzesregelungen und das Klagerecht für Frauenbeauftragte gesetzlich zu regeln. Denn nur durch verbindliche Vorgaben und eine gezielte Frauenförderung ist Geschlechtergerechtigkeit im öffentlichen Dienst umsetzbar.

### **Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

Unser Ziel ist die gleichberechtigte Verteilung von Familien- und Erwerbsarbeit für Frauen und Männer. Der öffentliche Dienst hat hierbei eine besondere Vorbildfunktion. Wir stehen für eine faire Politik des Landes gegenüber seinen Beschäftigten, die den Anforderungen einer modernen und familienbewussten Personalführung entspricht.

Wir werden Unternehmen motivieren und gerade auch im Bereich der kleineren mittelständischen Unternehmen unterstützen, durch eine familienbewusste Personalpolitik die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für ihre Beschäftigten, Väter und Mütter sowie pflegende Angehörige zu gewährleisten. Familienfreundliche Arbeitsbedingungen und Anreize für mehr Teilzeitarbeit für Väter sind entsprechende Bausteine. Damit die Vereinbarkeit gelingt sind qualitativ hochwertige und ausreichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten für alle Kinder unabdingbar. Für Familien mit pflegebedürftigen Angehörigen werden wir Modelle entwickeln, die die Übernahme von Pflegeverantwortung durch Berufstätige ermöglichen.

## **Frauen und Hochschule**

Wir wollen den Anteil der Professorinnen und weiblichen wissenschaftlichen Stellen deutlich erhöhen und deshalb die Mittelzuweisungen an die Hochschulen zukünftig deutlich stärker an Erfolge bei der Frauenförderung knüpfen.

Hessens Hochschulen müssen auch familienfreundlicher werden. Dazu werden wir durch Zielvereinbarungen mit den Hochschulen insbesondere für Studierende und den wissenschaftlichen Nachwuchs mit Kindern flexible Studien- und Arbeitsbedingungen schaffen und in Zusammenarbeit mit den Kommunen die Kinderbetreuung an den Hochschulen ausbauen, um die Vereinbarkeit von Studium bzw. Beruf und Kindern zu erleichtern. Darüber hinaus werden wir dafür sorgen, dass das Recht auf ein Teilzeitstudium erhalten bleibt.

## **Frauen und Erwerbstätigkeit**

Gerade Frauen arbeiten überproportional in Teilzeitjobs und geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse mit schlechter Bezahlung. Deshalb setzen wir uns für gesetzliche Mindestlöhne ein. Wir wollen, dass öffentliche Aufträge nur an solche Unternehmen gehen, die sich verpflichten, Tariflöhne zu zahlen. Wir wollen auch, dass Unternehmen, die gegen das Tariftreuegesetz verstoßen, sanktioniert werden. Unser Ziel ist, dass es in Hessen künftig für Männer und Frauen weder Lohndifferenzen noch unterschiedliche Aufstiegschancen gibt. Zu den Selbstverständlichkeiten der Geschlechtergerechtigkeit gehört die gerechte Bezahlung gleicher und gleichwertiger Arbeit. Deshalb werden wir gemeinsam mit den Tarifpartnern Initiativen und Förderprogramme starten, um auch in diesen Bereichen für tatsächliche Chancengleichheit zu sorgen. Wir treten ein für die Existenz sichernde Erwerbsarbeit von Frauen. Dazu gehört auch die Förderung von Qualifizierungs- und beruflichen Wiedereinstiegsprogrammen für Frauen, die nach Familienarbeit wieder in den Beruf einsteigen, gering qualifizierte benachteiligte Frauen und allein erziehenden Frauen. Darüber hinaus werden wir Gründerinnenzentren besonders fördern.

Wir werden das Berufswahlverhalten von Mädchen und jungen Frauen durch Projekte und Maßnahmen wie z. B. den Girl's Day, kontinuierlich politisch thematisieren und damit die Chancen auf einen zukunftssträchtigen, finanziell Existenz sichernden Arbeitsplatz für junge Frauen erhöhen.

Ebenso ist es unser Ziel, ältere und alte Frauen vor Altersarmut zu schützen. Gerade Frauen haben aufgrund ihrer besonderen Biografien ein hohes Armutsrisiko, das in den nächsten Jahren weiter ansteigen wird. Wir werden Unterstützungsstrukturen schaffen, die die berufliche Qualifizierung für ältere Frauen fördern und die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben auch in hohem Alter sicherstellen. Um künftig Frauen in Führungspositionen verstärkt zu fördern, werden wir eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel starten, das Aktiengesetz zu ändern und eine Frauenquote von mind. 40 Prozent in den Aufsichtsräten festzulegen (Beispiel Norwegen).

Wir setzen uns für ein Steuerrecht ein, das Frauen nicht als Zuverdienerinnen versteht sondern eigenständige Existenzsicherung in allen Lebensphasen fördert.

## **Frauen stärken – vor Gewalt schützen – Geschlechterrollen überwinden**

Um Frauen vor Gewalt zu schützen, bedarf es flächendeckender Beratungsstrukturen, niedrigschwelliger Schutzprogramme und verstärkter Präventionsanstrengungen. Wir werden wieder ein engmaschiges Netz an Zufluchtsmöglichkeiten für Frauen und Kinder schaffen. Wir werden den Aktionsplan gegen Gewalt in Hessen verlässlich umsetzen und die Landeskoordinierungsstelle gegen Häusliche Gewalt weiterentwickeln. Hilfeangebote und Schutzmaßnahmen für Opfer von Menschenhandel werden wir verstärken. Wir werden den besonderen Bedürfnissen von Migrantinnen Rechnung tragen.

Das Überwinden von Geschlechterrollen und Gewaltprävention beginnt im frühen Kindesalter und muss schon Thema in Kindergarten und Schule sein. Dabei sind geschlechtsspezifische Angebote für Mädchen und Jungen von besonderer Bedeutung.

### **Frauen und Integration**

Die Potentiale von Frauen mit Migrationshintergrund müssen Anerkennung und Akzeptanz in der Mehrheitsgesellschaft finden. Gleichzeitig verlangt die Situation von Frauen mit Migrationshintergrund, bei denen es nicht nur zu Benachteiligung aufgrund ihres Geschlechts, sondern auch aufgrund tradierter Rollenbilder in der Herkunftsgesellschaft kommen kann, besondere Aufmerksamkeit. Kommunikation fördert Integration. Deshalb wollen wir erfolgreiche Programme wie „Mama lernt deutsch“ oder „Integration durch Sport“ flächendeckend anbieten. Wir werden Anlauf- und Beratungsstellen stärken, die besonders Mädchen und junge Frauen der zweiten und dritten hier lebenden Migrantinnengeneration bei kulturell, religiös oder patriarchal bedingten Problemen zur Seite stehen. Für uns ist es nicht akzeptabel, dass Mädchen aus kulturellen oder religiösen Gründen vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Alle Frauen und Mädchen müssen bei der Wahrnehmung ihrer Rechte besser unterstützt werden. Dazu gehören ein faires Aufenthaltsrecht, Beratungsstrukturen und Schutzprogramme. Ebenso unverzichtbar ist die Sicherung des Aufenthaltsstatus der Betroffenen in Deutschland, wenn sie sich aus einer in Deutschland bestehenden Zwangsehe lösen bzw. aus dem Ausland nach einer Zwangsehe zurückkehren. Um die speziellen Lebenslagen von zugewanderten Mädchen und Frauen angemessen zu berücksichtigen, werden wir ein eigenes Integrationsprogramm auflegen.

## **HESSEN WAGT MEHR DEMOKRATIE UND BÜRGERRECHTE**

Das Eintreten für die demokratische Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger und die Rechte von Minderheiten ist Grundlage GRÜNER Rechts- und Innenpolitik. Unser Staatsverständnis ist das einer demokratischen Republik, in der die Bürgerinnen und Bürger ihr Gemeinwesen gemeinsam gestalten. Damit der Staat dieser Aufgabe nachkommen kann, ist er auf intakte Gesetzgebungs-, Verwaltungs- und Rechtsinstitutionen angewiesen. Diese müssen transparent sein und vorhandene Informationen grundsätzlich offen legen. Die Grenzen zwischen Lobbyismus, Politik und Verwaltung müssen zu jeder Zeit eindeutig erkennbar sein. Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger als Akteurinnen und Akteure der Demokratie stärken und ihre Beteiligungsrechte erweitern. Wir wollen endlich auch in Hessen ein umfassendes Informationsfreiheitsgesetz. Damit entsteht ein allgemeiner Anspruch auf Informationszugang der Bürgerinnen und Bürger gegenüber öffentlichen Stellen des Landes und der Kommunen und damit eine größere Transparenz öffentlichen Handelns.

### **Sicherheit und Freiheit in Balance**

Für die Stabilität jeder Demokratie sind die Freiheit und die Sicherheit ihrer Bürgerinnen und Bürger von zentraler Bedeutung. Sie zu gewährleisten gehört zu den zentralen Aufgaben, die der Staat zu erfüllen hat. Dabei muss er der tatsächlichen Bedrohungslage Rechnung tragen und für ein positives Sicherheitsgefühl seiner Bürgerinnen und Bürger sorgen. Absolute Sicherheit gibt es aber nicht. Sicherheit darf nicht zu Lasten der offenen, freien und demokratischen Gesellschaft gehen. Sie lässt sich erst recht nicht durch den Abbau fundamentaler Freiheitsrechte erreichen. Wir GRÜNE wollen die Balance von Freiheit und Sicherheit gewährleistet wissen und lehnen unverhältnismäßige Eingriffsbefugnisse der Sicherheitsbehörden ab. Wir werden das Hessische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts anpassen und praktikabel gestalten. Darüber hinaus hat das Trennungsgebot von Verfassungsschutz und Polizei für uns einen hohen Stellenwert. Wir werden daher dem Trennungsgebot bei der Ausgestaltung und Anwendung des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz besondere Aufmerksamkeit widmen. Außerdem werden wir das Gesetz über das Landesamt für Verfassungsschutz an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts anpassen, um den Schutz privater Lebensgestaltung in verfassungsmäßiger Weise sicherzustellen.

Sicherheit umfasst vielmehr auch Präventionsmaßnahmen wie die Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Armut, sozialer Ungleichheit und Perspektivlosigkeit und setzt auf internationale Kooperation. Kommunale Kriminalprävention lässt sich durch soziale Städteplanung und sozialen Städtebau flankieren. Die Verbesserung der Wohnverhältnisse und des infrastrukturellen Angebots, die Unterstützung des sozialen Miteinanders und die Herstellung gemischter Wohnstrukturen können ein Klima erzeugen, das Gewalt zu einer Ausnahme werden lässt. Gute Sozialpolitik ist die wirksamste Kriminalprävention. Eine angemessen bezahlte, gut ausgebildete und bürgernahe Polizei ist unverzichtbarer Bestandteil der Wahrung öffentlicher Sicherheit. Deshalb wollen wir dem jahrelangen Stellenabbau bei der Polizei entgegenwirken und zusätzliche Anwärterinnen und Anwärter in den Polizeidienst einstellen, so dass wieder mehr Polizeivollzugsbeamtinnen und –beamte für die Sicherheit der Bevölkerung zur Verfügung stehen werden. An dem Erfolgsmodell der zweigeteilten Laufbahn werden wir festhalten. Die Polizei muss ein Spiegelbild der ganzen Gesellschaft sein. Wir werden verstärkt dafür werben, dass mehr Menschen mit Migrationshintergrund und interkultureller Kompetenz den Polizeiberuf wählen. Deshalb wollen wir die von uns begonnene Anwerbung von Polizeibeamtinnen und –beamten nichtdeutscher Herkunft fortsetzen und ausbauen. Für uns gilt auch der Grundsatz: Überall wo Polizei drauf steht, muss auch Polizei drin sein. Die Dienstnummer muss klar erkennbar und offen getragen werden. Die weitere Entprofessionalisierung im Polizeibereich durch die Vergabe von Sicherheitsaufgaben in private Hände lehnen wir ab. Wir werden den Landespräventionsrat und die

kommunalen Präventionsräte stärken. Dort entwickeln Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen, der Polizei und andere Interessierte gemeinsam Strategien zur Kriminalitätsvermeidung. Sie überwinden Anonymität und befördern ein solidarisches Miteinander.

### **Leistungsstarke und moderne Justiz**

Ein funktionierender Rechtsstaat ist ein hohes demokratisches Gut. Wir wollen, dass die hessische Justiz auf hohem Niveau eine effektive Rechtsprechung als bürgernahe Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger bietet. Deswegen wird es mit uns keinen weiteren Abbau von Gerichtsstandorten in Hessen geben. Die Fachgerichtsbarkeiten bleiben erhalten.

Die Justiz soll den Rechtsfrieden durch qualitativ hochwertige und zeitnahe Entscheidungen sichern. Hierfür braucht sie in ausreichendem Maße Personal. Dazu ist es erforderlich, den Personalabbau der letzten Jahre zu beenden und die Justiz wieder zu stärken.

Wir wollen das qualitative Niveau der Rechtsprechung erhalten und kürzere Verfahrenszeiten gewährleisten. Dem dienen die technische Modernisierung der Justiz und die Beschleunigung justizinterner Verfahrensabläufe. Zum Beispiel kann der Rechtspflegerdienst durch die Verlagerung geeigneter Aufgaben auf den mittleren Dienst entlastet werden. Die außergerichtliche Streitschlichtung und das Institut der gerichtsnahen Mediation bieten zusätzliche Möglichkeiten der Konfliktbewältigung. Wir wollen beides fördern.

### **Jugendkriminalität bekämpfen – Rückfallquote senken**

Die Entwicklung der Jugendkriminalität zeigt die in Hessen seit Jahren bestehenden Versäumnisse. Wichtig ist die Prävention, die zeitnahe Verfolgung delinquenten Verhaltens und ein erfolgreiches Einwirken auf die Täter. Wir wollen die in der „Operation düstere Zukunft“ gestrichenen Landesmittel für die Arbeit mit straffällig gewordenen Jugendlichen wieder einführen. Durch „Häuser des Jugendrechts“ kann die Zusammenarbeit von Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendgerichtshilfe intensiviert werden.

Im Jugendstrafvollzug muss die Erziehung der Jugendlichen im Vordergrund stehen. Er muss vom Erwachsenenvollzug räumlich und organisatorisch getrennt sein. Der offene Vollzug muss als Regelangebot für Jugendliche ausgestaltet sein, im geschlossenen Vollzug sind überschaubare Wohngruppen wichtig. Die jugendlichen Gefangenen werden nicht verpflichtet, Anstaltskleidung zu tragen, sondern dürfen selbst über ihre Kleidung entscheiden. Außenkontakte zu Angehörigen und Bezugspersonen müssen erleichtert werden. Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten sind entscheidend für eine erfolgreiche Resozialisierung im Jugendstrafvollzug. Der Jugendarrest muss mehr sein, als bloßes Wegsperrn. Der Erziehungsgedanke muss auch hier im Vordergrund stehen.

Schließlich ist auch im Rahmen der Entlassungsvorbereitung jugendlicher Straftäter die Zusammenarbeit von Jugendamt, Bewährungshilfe und freien Trägern zu verbessern.

### **Justizvollzug humanisieren**

Wir werden die Sicherheit der Bevölkerung durch einen effizienten, auf Resozialisierung ausgerichteten Justizvollzug gewährleisten. Entlassungsvorbereitung durch Hafterleichterungen muss wieder selbstverständlich sein, der offene Vollzug muss wieder stärker genutzt werden. Die Resozialisierung während des Vollzugs muss durch wirksame Unterstützungsmaßnahmen nach dem Übergang in die Freiheit ergänzt werden. Entscheidend ist, ob die Wiedereingliederung in die Gesellschaft gelingt und die ehemaligen Gefangenen künftig keine Straftaten mehr begehen. Deshalb gibt es zum Behandlungsvollzug keine Alternative. Der Strafvollzug muss auch personell wieder so ausgestattet werden, dass er diesen Erfordernissen gerecht werden kann.

Auch im Strafvollzug und der Resozialisierung muss den unterschiedlichen Lebenslagen von Frauen und Männern Rechnung getragen werden.

Das Betreiben von Justizvollzugsanstalten ist eine hoheitliche Aufgabe. Wir wenden uns daher gegen privat betriebene Gefängnisse.

### **Korruption wirkungsvoll bekämpfen**

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die UN-Konvention zur Korruptionsbekämpfung endlich umgesetzt wird. Sie verbietet die Abgeordnetenbestechung umfassend. Alle Nebeneinkünfte der Abgeordneten des Hessischen Landtags sowie die der hessischen Ministerinnen und Minister, Staatssekretärinnen und -sekretäre sind für die Bürgerinnen und Bürger transparent darzustellen, um Abhängigkeitsverhältnisse der Mandatsträgerinnen und -träger jenseits des Wählerauftrags berücksichtigen zu können. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass ein Unternehmensstrafrecht durch den Bund geschaffen wird, denn bei Korruptionsdelikten werden Straftaten häufig zur Durchsetzung von Unternehmensinteressen begangen. Daher reicht allein die Bestrafung der handelnden Personen nicht aus, sondern die Unternehmen selbst müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Durch die mangelhafte personelle Ausstattung der Staatsanwaltschaft im Bereich der Korruptionsbekämpfung und Steuerhinterziehung ist das Entdeckungsrisiko immer noch gering und die Bearbeitung vieler Delikte nicht möglich. Das werden wir ändern. Um Korruptionsdelikte effizienter verfolgen zu können, werden wir integrierte Ermittlungseinheiten einrichten, in denen Staatsanwaltschaft, Kriminalpolizei und Fachleute unterschiedlicher Gebiete (Vergabewesen, Betriebsprüfung, Steuerfahndung, Bautechnik, Gesundheitswesen, Umweltverwaltung etc.) unter einheitlicher Leitung zusammenarbeiten. In allen öffentlichen Verwaltungen werden unabhängige Anti-Korruptions-Ombudsleute benannt, die als vertrauensvolle Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner für Hinweisgeberinnen und -geber fungieren.

### **Hessen diskriminiert nicht!**

Das vom Bundestag beschlossene Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz wirkt in weite Bereiche des täglichen Lebens. Es verankert erstmals ein Verbot der Benachteiligung aus Gründen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität im Zivilrecht. In Deutschland gibt es bisher nur wenige Erfahrungen mit Bürgerrechten im Zivilrecht. Wir werden den europäischen Gleichbehandlungsgrundsatz in einem hessischen Gleichbehandlungsgesetz umsetzen und den Entwurf einer neuen EU-Richtlinie zur Gleichbehandlung aktiv unterstützen. Wir wollen eine Informationskampagne und weitere Maßnahmen zur aktiven Umsetzung initiieren. Dazu gehört auch der Respekt gegenüber allen Religionen.

### **Hessen kann mehr Vielfalt: Gleiche Rechte für Lesben und Schwule**

Die Rechtsinstitution der eingetragenen Lebenspartnerschaft hat die rechtliche Gleichstellung und soziale Anerkennung von Lesben und Schwulen deutlich verbessert. Wir werden dafür sorgen, dass gleichgeschlechtliche Paare ihre Lebenspartnerschaft in jeder hessischen Kommune auf dem Standesamt eintragen lassen können. Darüber hinaus werden wir die hessischen Gesetze, Verordnungen und Erlasse endlich an das Lebenspartnerschaftsgesetz anpassen und dazu unseren Gesetzentwurf zur Anerkennung eingetragener Lebenspartnerschaften auch in der neuen Wahlperiode wieder einbringen.

Wir wollen, dass eingetragene Lebenspartnerinnen und -partner die gleichen Rechte und Pflichten erhalten wie heterosexuelle Ehepaare. Dies gilt insbesondere im Steuerrecht, bei der Hinterbliebenenversorgung und im Adoptionsrecht. Wir wollen eine Gesellschaft der Akzeptanz. Trotz der großen gesellschaftspolitischen Erfolge sehen sich viele Lesben und Schwule im Alltag wieder stärker bedroht, in Teilen der Gesellschaft nimmt Homophobie wieder zu. Wir werden dafür sorgen, dass Hessen einen Aktionsplan gegen Homophobie auflegt.

Hessens Schulen sollen unterschiedliche sexuelle Identitäten als selbstverständliche Lebensweisen vermitteln und wertneutral behandeln. Hierzu sind Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer durchzuführen. Auch die Landesverwaltung muss ihre Vorbildfunktion für Wirtschaft und Gesellschaft wahrnehmen und Diversity-Konzepte erarbeiten und umsetzen. Leitbild und Ziel ist die vorurteilsfreie und selbstbestimmte Findung der eigenen sexuellen Identität und die Möglichkeit, diese frei von Diskriminierungen leben zu können. Dazu gehört auch die zielgruppenspezifische Jugendarbeit.

### **Hessen gegen Rechtsextremismus**

Die Demonstrationen so genannter rechter Kameradschaften und die NPD-Erfolge bei der Kommunalwahl zeigen, dass der Rechtsextremismus auch Hessen nicht verschont. Die von einzelnen konservativen Politikerinnen und Politikern regelmäßig praktizierte Anbiederung an den rechten Rand ist ein gefährlicher Irrweg und ebnet den Rechten den Weg. „Moderne“ Neonazis gehen zwar professioneller, aber weiterhin skrupellos vor. Wir werden ein Landeskonzept gegen den auch in Hessen gefährlicher werdenden Rechtsextremismus auflegen, das auf kontinuierliche Prävention und Aufklärung setzt. Die bereits erfolgreich laufenden Projekte werden wir fortführen und verstärkt zivilgesellschaftliche Projekte aus Bereichen der Pädagogik, Beratung und Aufklärung fördern, sowie eine zentrale Servicestelle einrichten. Deshalb werden wir vorrangig Nicht-Regierungsorganisationen und –initiativen im Kampf gegen den Rechtsextremismus unterstützen. Gemeinsam mit anderen demokratischen Parteien kämpfen wir für die Werte unserer freien, demokratischen und pluralistischen Gesellschaft. Wesentliche Voraussetzungen für ihren Erhalt sind Aufrichtigkeit und Transparenz in der Politik und die echte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Entscheidungen. Der beste Schutz gegen braune Propaganda ist politische Bildung. Deshalb werden wir ein landesweites Bildungs- und Informationsprogramm gegen Rechts auflegen, das auch unter Einbeziehung einer Genderperspektive auf unterschiedliche Zielgruppen eingeht und nicht nur Jugendliche im Blick hat: Fremdenfeindlichkeit und antidemokratische Einstellungen finden sich bedauerlicherweise in allen Altersgruppen und Schichten der Gesellschaft. Die Stärkung jeglicher demokratischer Kultur ist daher fundamentaler Bestandteil des Kampfes gegen Rechtsextremismus.

### **Moderne Informationsgesellschaft und Datenschutz gehören zusammen**

Die wachsenden technischen Möglichkeiten für die Sammlung, Speicherung und Verarbeitung von Daten sowohl im öffentlichen Bereich als auch im Bereich der Wirtschaft erfordern einen wirksamen Datenschutz. Den Datenschutz werden wir stärken, indem wir den öffentlichen und den privaten Bereich in einem unabhängigen Zentrum zusammenführen. Wir wollen damit erreichen, dass der Hessische Datenschutzbeauftragte auch für die Kontrolle des Datenschutzes im privatrechtlichen Bereich zuständig ist und damit die europarechtlichen Datenschutzvorgaben in Hessen umsetzen. Die Position der bzw. des Hessischen Datenschutzbeauftragten werden wir aufwerten.

Als Stammland des Datenschutzes werden wir den Datenschutz in Hessen modernisieren. Wir werden ein Landesinformationsfreiheitsgesetz schaffen, das einen Auskunftsanspruch gegenüber öffentliche Stellen des Landes und der Kommunen begründet und eine größere Transparenz öffentlichen Handelns gewährleistet. Zugleich muss das hessische Archivrecht derart geändert werden, dass der Zugang zu den archivierten Unterlagen der Behörden erleichtert wird. Wir werden den Hessischen Datenschutzbeauftragten zum Beauftragten für Informationsfreiheit bestellen.

Mit diesen Maßnahmen werden wir das Recht auf informationelle Selbstbestimmung sowohl bei öffentlichen wie auch privaten Datenerhebungen stärken.

### **Elektronische Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung stärken**

Das Internet bietet zahlreiche Möglichkeiten und Potenziale für mehr Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung. Bundesweit werden unter dem Begriff „E-Partizipation“ neue Formen der Mitbestimmung

erprobt und weiterentwickelt. Diese Erfahrungen gilt es auch in Hessen zu nutzen. Zu diesem Zweck können Internetforen zu aktuellen landespolitischen Themen eingerichtet werden. Wir werden dadurch die Politik bürgerinnen- und bürgerfreundlicher gestalten und die Möglichkeit eröffnen, dass sich Menschen ohne große Hürden engagieren.

### **Hessen direkt demokratisieren**

Die Weichen für die kommenden Generationen werden heute gestellt: Renten, Atomkraft, Umwelt, Bildung und Gentechnik werden auch unsere Kinder und Kindeskiner beschäftigen. Solch weitreichende und häufig nur schwer rückgängig zu machende Entscheidungen benötigen ein stabiles gesellschaftliches Fundament. Wir wollen deshalb die direkte Demokratie in Hessen stärken und Volksbegehren und Volksentscheid erleichtern. Wir wollen das Quorum für die Einleitung eines Volksbegehrens auf ein Prozent der Stimmberechtigten und für die Durchführung auf höchstens zehn Prozent absenken. Die Zeit zur Werbung von Unterstützerinnen und Unterstützern wollen wir verlängern und die Unterschriftensammlung wesentlich erleichtern. Auch Verfassungsänderungen sollen künftig durch Volksbegehren möglich sein. Besonders Frauen wollen wir durch Mentoringprogramme u.ä. verstärkt dafür gewinnen, sich aktiv am politischen Geschehen zu beteiligen. Zur Stärkung der politischen Teilhaberechte gehört für uns auch, die Möglichkeit für Jugendlichen zu erweitern, sich an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Deshalb werden wir das aktive Wahlrecht auf kommunaler Ebene auf 16 Jahre senken.

### **Demokratie und Daseinsvorsorge in Hessens Kommunen**

Bürgerinnen und Bürger begegnen dem Staat und seinem Handeln nirgends so direkt wie in ihren Kommunen. Diese stehen angesichts wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und demografischer Wandlungsprozesse unter zunehmendem Druck. Gleichzeitig hängen Substanz und Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung von ihren Strategien ab. Wir werden die Handlungsfähigkeit der Kommunen stärken. Alle Menschen mit Wohnsitz in der jeweiligen Kommune – nicht nur die Wahlberechtigten – müssen sich an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligen können. Wir werden die Rechte der Einwohnerinnen und Einwohner an der örtlichen Politik durch die Einführung bzw. Verankerung von Einwohnerversammlungen, Petitionsrechten, Einwohneranträgen, Bürgerentscheiden auf Kreisebene und Einwohnerfragestunden ausbauen. Wir wollen die zu hohen Quoren für Bürgerbegehren und Bürgerentscheid senken.

### **Hessen als fairer Arbeitgeber**

Wir stehen für eine faire Politik des Landes gegenüber seinen Beschäftigten, die den Anforderungen einer modernen und familienfreundlichen Personalführung entspricht. Deshalb werden wir die Verhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder aufnehmen, um wieder in die TdL eintreten zu können. Da sich nach unserer Auffassung das Beamtenrecht an den Vorgaben des Tarifrechts zu orientieren hat, wird das Beamtenrecht schrittweise dem Tarifrecht angepasst. Dazu gehört, dass die Wochenarbeitszeit der hessischen Beamtinnen und Beamten von 42 Stunden schrittweise reduziert und der für den Tarifbereich im Rahmen der TdL geltenden Arbeitszeit angepasst wird. Wir werden im Dialog mit den Gewerkschaften das öffentliche Dienstrecht mit dem Ziel reformieren, den Öffentlichen Dienst als modernen Arbeitgeber zu stärken. Dabei soll auch durch die Erhöhung der Durchlässigkeit zwischen öffentlichem und privaten Bereich und der Schaffung von praktikablen Leistungsanreizen dafür gesorgt werden, dass die Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erhöht wird. Wir GRÜNE wollen durch eine Novellierung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst weiterentwickeln.

## **Sport**

Sport ist eine der am stärksten verbindenden Aktivitäten in unserer Gesellschaft. Gerade dem Vereinssport messen wir besondere Bedeutung bei. Wir werden die Sportstättenförderung und den Sportstättenbau im Rahmen der Gemeinschaftsfinanzierung mit dem Bund fortführen. Wir werden den Breitensport ebenso fördern wie den Spitzensport. Deshalb treten wir für starke Olympiastützpunkte ein. Wir werden die Kooperationen zwischen Sportverbänden sowie –vereinen und zivilgesellschaftlichen Initiativen unterstützen, um Sport zu einem herausragenden Instrument für das Erlernen demokratischer Umgangsformen und im Kampf gegen Extremismus zu machen. Außerdem werden wir die Bedeutung von Sport als Integrationsinstrument herausstellen. Flächendeckende Möglichkeiten von Breiten- und Spitzensport für alle Menschen müssen gewährleistet sein. Mit der Frauenfußball-WM 2011 wird ein weiteres großes Sportereignis in Deutschland ausgetragen. Frankfurt wird dabei als Sitz des Organisationskomitees und Endspielaustragungsort in besonderer Verantwortung sein. Wir werden dafür sorgen, dass Hessen der Welt organisatorisch und kulturell ein guter Gastgeber sein wird. Wir streben eine einvernehmliche Lösung mit allen Fraktionen und Verbänden für eine moderate Anhebung der Anteile der Sportverbände aus den Einnahmen nach dem Glücksspielgesetz an, um dadurch langfristig unter anderem auch die Finanzierung des Sports in Hessen zu sichern.

## **SOLIDE FINANZPOLITIK FÜR HESSEN**

Wir GRÜNE sind dem Ziel der Nachhaltigkeit auch im Bereich der Haushalts- und Finanzpolitik verpflichtet. Zukünftige Generationen verlangen zu Recht, dass wir sie nicht mit Schulden überlasten. Die Politik der CDU-Landesregierung missachtet dieses Prinzip seit Jahren; sie hat entgegen ihrer Behauptungen die Verschuldung des Landes massiv ausgeweitet und damit weder nachhaltig noch generationengerecht gewirtschaftet. Die ausufernde Verschuldung und der Ausverkauf des Landesvermögens gehen nämlich vor allem zu Lasten der kommenden Generationen und verengen die Handlungsspielräume in der Zukunft.

Weil aktuell die Finanzmarktkrise in einem scharfen konjunkturellen Abschwung zu münden droht, hat die Finanzpolitik die Aufgabe, die konjunkturelle Entwicklung zu beleben. Daraus entstehende Defizite werden wir – wie vom Sachverständigenrat empfohlen – temporär hinnehmen, allerdings durch Überschüsse im nächsten Aufschwung ausgleichen.

In diesem Sinne werden wir auf die Einführung einer wirksamen Schuldenbremse nach Schweizer Vorbild dringen, die den dazu nötigen konjunkturpolitischen Handlungsspielraum schafft. Wir werden den Verkauf der landeseigenen Immobilien stoppen und dafür eintreten, unsinnige Steuervergünstigungen und -subventionen zielgerichtet abzubauen. Mit diesen Maßnahmen werden wir die bisherige hemmungslose Verschuldungspolitik beenden und eine zukunftsfähige Haushaltswirtschaft zur verbindlichen Grundlage unserer Politik machen.

Nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik ist aber mehr als zu sparen. Daher werden wir die Investitionen in die Zukunft vor allem in den Schwerpunkten Umwelt, Bildung und Soziales spürbar erhöhen. Eine intakte Umwelt und exzellente Bildung sind das wichtigste Kapital, das wir der nächsten Generation übergeben können. Deshalb werden wir finanzielle Mittel für den Umweltschutz, für Bildung und Betreuung sowie für Soziales mit erster Priorität bereitstellen.

### **Geschlechtergerechte Haushaltspolitik**

Der Landeshaushalt ist im Hinblick auf seine Auswirkungen auf die Gleichstellung von Männern und Frauen zu überprüfen und neu auszurichten. Den Ansatz des Gender Budgetings werden wir schrittweise auf den gesamten Haushalt ausdehnen.

### **Gerechte Steuerpolitik**

Staatliche Leistungen und Aufgaben bedürfen einer angemessenen und gerechten Finanzierung durch die Gesellschaft. Deshalb werden wir Steuerflucht und Steuerhinterziehung konsequent bekämpfen. Wir wollen den Anteil vermögensbezogener Steuern am gesamten Steueraufkommen erhöhen, damit auch von den Vermögenden endlich ein angemessener Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens geleistet wird.

### **Reform des Länderfinanzausgleichs**

Wir wollen, dass der Finanzausgleich in Deutschland modernisiert wird, ohne dabei seine solidarische Ausgleichsfunktion auszuhebeln. Der reformierte Länderfinanzausgleich muss dennoch einfacher, überschaubarer und dadurch gerechter geregelt werden. Er muss gleichzeitig stärker aktivierend wirken, d.h. die finanzschwächeren Länder sollen sich nicht auf die Hilfe der anderen verlassen sondern angeregt werden, ihr eigenes Engagement zu verstärken. Darum sollen sich eigene Anstrengungen der Länder, Steuereinnahmen zu verwirklichen, stärker lohnen, indem zusätzliche Einnahmen nicht sofort an andere abgeführt werden müssen. Die fiskalische Eigenverantwortlichkeit der Länder wird auf diese Weise erhöht und die Basis ihrer Steuereinnahmen verbreitert.